



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

03 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Pflegevorausberechnung

Zensus 2011

Ungültigwähler



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Iris Stadler

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung wird in Rheinland-Pfalz von 2007 bis 2050 die Zahl der Seniorinnen und Senioren um etwa 343 000 bzw. 34% steigen. Damit geht eine zunehmende Zahl pflegebedürftiger Seniorinnen und Senioren einher. Gegenüber 2007 ist ein Zuwachs der Zahl Pflegebedürftiger im Alter ab 60 Jahren um mehr als 99 000 Menschen bzw. 112% bis 2050 zu erwarten.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

03 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell	161
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Gastgewerbe ■ Tourismus Landwirtschaft ■ Bildung ■ Energie ■ Umwelt ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	171
Rheinland-Pfalz in Karten: Neugründungen 2009	172
Rheinland-Pfalz 2050: Pflegevorausberechnung	173
Der Zensus 2011	184
Ungültigwähler im Vergleich	190
Daten zur Konjunktur	198
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	227
Neuerscheinungen	237

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt 5,8% mehr Aufträge als im Vorjahresmonat

Die rheinland-pfälzische Industrie verzeichnete im Dezember 2009 5,8% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +8,4%). Die Bestelltätigkeit aus dem Ausland verbesserte sich um 12,3% (Deutschland: +9,2%). Aus dem Inland gingen 1,2% weniger Aufträge ein als vor einem Jahr (Deutschland: +7,4%). Im Dezember 2008 waren die Auftragseingänge infolge der Krise stark eingebrochen, sodass dieser Vorjahresvergleich nur eingeschränkt aussagekräftig ist. Trotz des Zuwachses im Dezember 2009 lag das Niveau der Auftragseingänge weit unter den Höchstständen, die im Laufe des Jahres 2007 bzw. in der ersten Jahreshälfte 2008 erreicht wurden.

Von den umsatzstarken rheinland-pfälzischen Branchen verzeichneten die Metallherzeugung und -bearbeitung sowie die Herstellung von Metallherzeugnissen mit +32,8 bzw. +31,4% kräftige Zuwächse. Auch der Maschinenbau erzielte im Vorjahresvergleich einen zweistelligen Zuwachs (+21,1%). Gleichfalls mehr Aufträge erhielten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+15%). Auftragsrückgänge waren bei den Herstellern von pharmazeutischen Erzeugnissen (-15,7%), der Chemieindustrie (-6,3%) sowie den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (-4,8%) zu verzeichnen.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung Dezember 2009	
	Dezember 2009	2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingänge (real)				
Industrie	75,3		5,8% ↑	-9,1% ↓
Inland	76,6		-1,2% ↓	-13,2% ↓
Ausland	74,4		12,3% ↑	-5,4% ↓
Chemie	63,9		-6,3% ↓	-9,5% ↓
Fahrzeugbau	59,0		15,0% ↑	0,3% ↗
Maschinenbau	86,6		21,1% ↑	-10,7% ↓
Metallerzeugnisse	82,9		31,4% ↑	-9,5% ↓
Bauhauptgewerbe	106,3		14,7% ↑	5,1% ↑
Umsätze (real)				
Großhandel	99,9		-2,6% ↓	-5,8% ↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	125,7		-1,2% ↓	17,4% ↑
Kfz-Handel	76,2		-2,3% ↓	-15,1% ↓
Gastgewerbe	88,9		-2,3% ↓	4,6% ↑

Veränderungen gegenüber November 2009

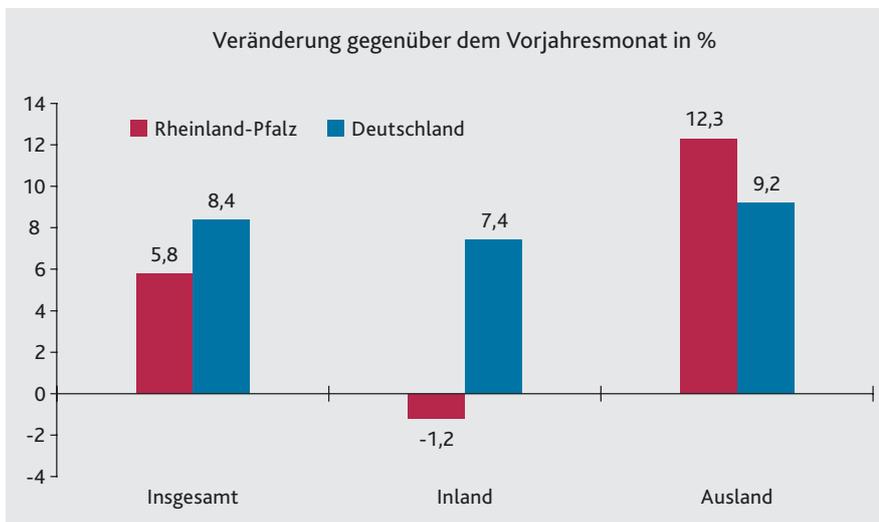
Im Dezember 2009 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 9,1% weniger Aufträge als im November (Deutschland: -6,9%). Die Bestellungen aus dem Inland sanken stärker (-13,2%; Deutschland: -10,4%) als die Auslandsnachfrage (-5,4%; Deutschland: -4%). Mit Ausnahme der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+0,3%) bekamen die größten Branchen im Land weniger Aufträge als im November. Im umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweig, der Herstellung chemischer Erzeugnisse, sanken die Bestellungen um 9,5%. Die Entwicklung wurde sowohl durch die fehlende Inlandsnachfrage (-13%) als auch

durch den Rückgang der Auslandsbestellungen (-6,3%) beeinflusst. Zweistellig war der Rückgang in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (-19%), in der Pharmabranche (-16,4%) sowie im Maschinenbau (-10,7%). Die Herstellung von Metallherzeugnissen verzeichnete ein Minus von 9,5%, die Metallherzeugung und -bearbeitung bekam 7,1% weniger Aufträge als im November.

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft auf den folgenden Seiten und ab Seite 198 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Dezember 2009



Industrie erlebte 2009 starken Umsatzrückgang

Beschäftigtenabbau hält an

Die Wirtschaftskrise hat die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie 2009 stark schrumpfen lassen. Auch bei den Arbeitsplätzen werden die Folgen der stärksten Rezession der Nachkriegszeit zunehmend spürbar. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten im Jahr 2009 Umsätze in Höhe von rund 62,4 Mrd. Euro, das waren 19,9% weniger als im Jahr zuvor (Deutschland: -18,2%). Der Auslandsumsatz sank um 22,1% (Deutschland: -20%), das Inlandsgeschäft ging um 17,6% zurück (Deutschland: -16,7%). Die Exportquote sank damit leicht auf 48,6% (Deutschland: 44,1%).

Im Dezember 2009 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 239 789 Beschäftigte, das waren rund 8 400 bzw. 3,4% weniger als vor Jahresfrist (Deutschland: -4,5%). Die Zahl

der geleisteten Arbeitsstunden lag um 7,7% unter der des Jahres 2008 (Deutschland: -8,9%).

Nur zwei Wirtschaftszweige – die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+1,5%) und der vergleichsweise kleine Zweig Tabakverarbeitung (+7,8%) – erzielten höhere Umsätze als im Vorjahr. Alle anderen Branchen verzeichneten Rückgänge, die bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, dem zweitgrößten Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz, besonders drastisch ausfielen (-44,9%). Von der Krise ebenfalls stark betroffen waren die umsatzstarken Zweige Metallherzeugung und -bearbeitung (-27%) sowie Maschinenbau (-22,5%), aber auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Metallherzeugnissen (jeweils -17,5%), von chemischen Erzeugnissen (-17,3%) sowie von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (-12,3%).

In den meisten Wirtschaftszweigen führten die Umsatzeinbußen zu weniger Beschäftigung. Unter den großen Branchen verzeichnete die Metallherzeugung und -bearbeitung mit -8,1% im Dezember eine deutlich niedrigere Beschäftigtenzahl als ein Jahr zuvor. Überdurchschnittliche Rückgänge gab es auch in den Wirtschaftszweigen Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (-5,5%), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-5,2%) sowie Herstellung von Metallherzeugnissen (-3,9%). In der Gummi- und Kunststoffwaren-Branche waren 2,7% weniger Menschen beschäftigt, im Maschinenbau 2,4%. Moderater fiel die Personalreduzierung in der Chemieindustrie (-1,1%) und in der Papierherstellung aus (-0,9%). Gegen den Trend waren im Dezember in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+0,4%) sowie der vergleichsweise kleinen Tabakbranche (+7,8%) mehr Menschen tätig als ein Jahr zuvor. Die Pharmaindustrie konnte ihren Personalstand halten.

Dezember 2009

Im Dezember 2009 verbuchte die rheinland-pfälzische Industrie Umsätze von rund 5,5 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Rückgang von 1,1% gegenüber Dezember 2008 (Deutschland: -2,9%). Dabei wurde die negative Entwicklung durch den Inlandsmarkt verursacht (-6,8%). Umsatzsteigerungen im Auslandsgeschäft (+5,4%) konnten diesen Rückgang nicht kompensieren

(Deutschland: Inlandsumsatz: -6,6%; Auslandsumsatz: +1,8%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich gegenüber Dezember 2008 um 2,9% (Deutschland: -3,5%).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen

Die Auftragslage im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe hat sich im Dezember 2009 wieder verbessert. Verglichen mit November 2009 ist die Nachfrage nach Bauleistungen um 5,1% gestiegen, und gegenüber dem Vorjahresmonat ist sogar eine Steigerung im zweistelligen Bereich (+14,7%) zu verzeichnen.

Im öffentlichen Tiefbau sind die Auftragseingänge im Dezember 2009 gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat kräftig gestiegen (+97,2 bzw. +58,5%). Dieses beachtliche Auftragsplus resultierte jedoch in erster Linie daraus, dass der November 2009 bzw. der Dezember 2008 Monate mit verhältnismäßig niedrigen Auftragseingängen waren. Der gewerbliche Tiefbau konnte, verglichen mit dem Vorjahresmonat, ebenfalls deutlich zulegen (+58,2%), wenngleich die Nachfrage gegenüber November 2009 gesunken ist (-7,3%). Auch hier lässt sich die positive Nachfrageentwicklung, durch die schlechte Auftragslage im Vorjahresmonat erklären.

Größere Veränderungen im Vergleich zum Vormonat gab es außerdem im gewerblichen (-11,6%) und im öffentlichen Hochbau (+28,2%) sowie im Straßenbau (-19,8%).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Dezember 2009	
	Dezember 2009	2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingang	106,3		14,7 % ↑	5,1 % ↑
Hochbau insgesamt	98,0		-0,6 % ↓	2,0 % ↑
Wohnungsbau	75,3		-4,3 % ↓	-9,1 % ↓
gewerblicher Hochbau	83,8		-7,4 % ↓	-11,6 % ↓
öffentlicher Hochbau	141,4		8,8 % ↑	28,2 % ↑
Tiefbau insgesamt	114,0		30,5 % ↑	7,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	159,0		58,2 % ↑	-7,3 % ↓
öffentlicher Tiefbau	138,2		58,5 % ↑	97,2 % ↑
Straßenbau	86,2		3,2 % ↑	-19,8 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	153,1		5,8 % ↑	-1,3 % ↓
Hochbau insgesamt	137,7		-2,2 % ↓	1,7 % ↑
Wohnungsbau	126,1		14,4 % ↑	-5,6 % ↓
gewerblicher Hochbau	146,1		-14,5 % ↓	2,3 % ↑
öffentlicher Hochbau	135,6		9,9 % ↑	7,6 % ↑
Tiefbau insgesamt	168,2		13,2 % ↑	-3,5 % ↓
gewerblicher Tiefbau	170,5		9,8 % ↑	-5,5 % ↓
öffentlicher Tiefbau	148,1		-4,2 % ↓	18,8 % ↑
Straßenbau	180,0		26,2 % ↑	-11,6 % ↓

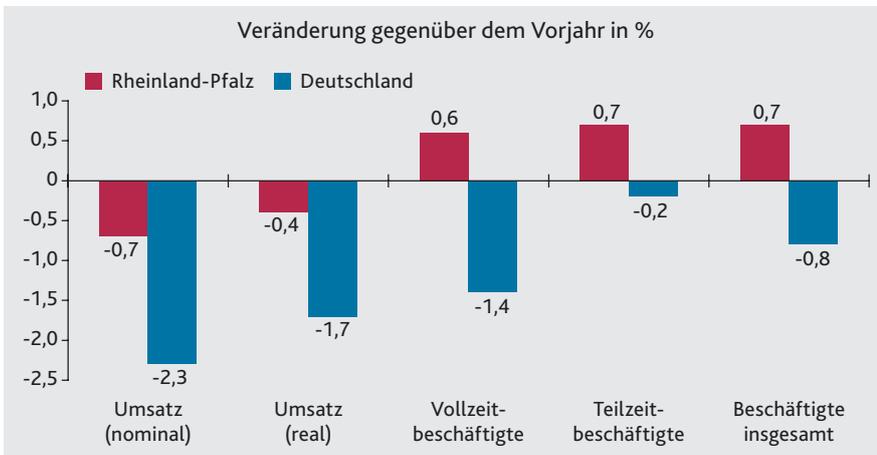
Der baugewerbliche Umsatz sank zwar gegenüber dem Vormonat geringfügig (-1,3%), verglichen mit dem Vorjahresmonat ist aber ein Zuwachs zu verzeichnen (+5,8%). Der öffentliche Hochbau ist der einzige Bereich, der sowohl im Vergleich zum Dezember 2008 (+9,9%) als auch im Vergleich zum November 2009 (+7,6%) seinen baugewerblichen Umsatz steigern konnte. Im Vormonatsvergleich verzeichneten der Straßenbau den stärksten Umsatzrückgang (-11,6%) und der öffentliche Tiefbau den größten Zuwachs (+18,8%). Verglichen mit Dezember 2008 ist der Umsatz im gewerblichen Hochbau besonders stark gesunken (-14,5%) und im Straßenbau am kräftigsten gestiegen (+26,2%).

Leichte Umsatzeinbußen im Einzelhandel

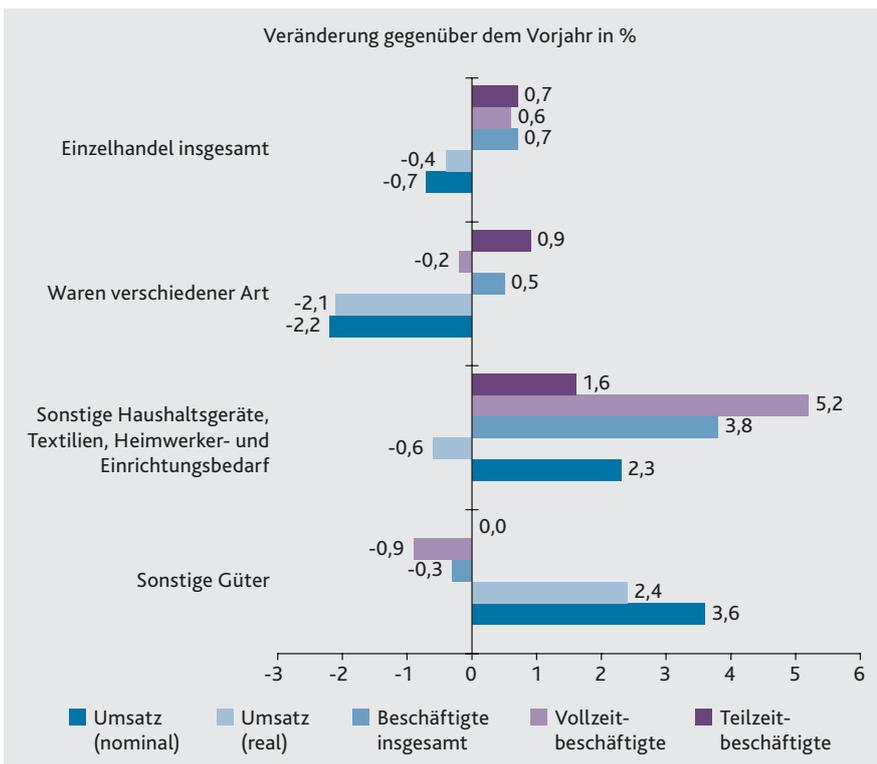
Zahl der Beschäftigten wuchs im Jahr 2009

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel musste im Jahr 2009 leichte Umsatzeinbußen hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen blieben die Umsätze nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 0,7% hinter dem Vorjahreswert zurück. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, setzte der Einzelhandel 0,4% weniger um als im Jahr 2008. Deutschlandweit fiel das Ergebnis mit einem nominalen Minus von 2,3% und einem realen Rückgang von 1,7% deutlich schlechter aus.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2009



Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Den stärksten Umsatzrückgang verzeichnete in Rheinland-Pfalz der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören (nominal: -2,2%,

real: -2,1%). Der Umsatz im Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren blieb fast unverändert (nominal und real: -0,2%). Positiv verlief die Entwicklung im Einzelhandel mit sonstigen

Gütern, zu denen unter anderem Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen (nominal: +3,6%, real: +2,4%). Im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik gab es einen nominalen Umsatzrückgang um 1,1%, der auf einen Preisverfall in diesem Segment zurückzuführen ist. Real stiegen die Umsätze um 6,5%. Der Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf verbuchte zwar ein nominales Umsatzplus von 2,3%, preisbereinigt gingen die Umsätze jedoch um 0,6% zurück. Auch der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren legte nominal zu (+1,9%), real blieben die Umsätze aber unverändert.

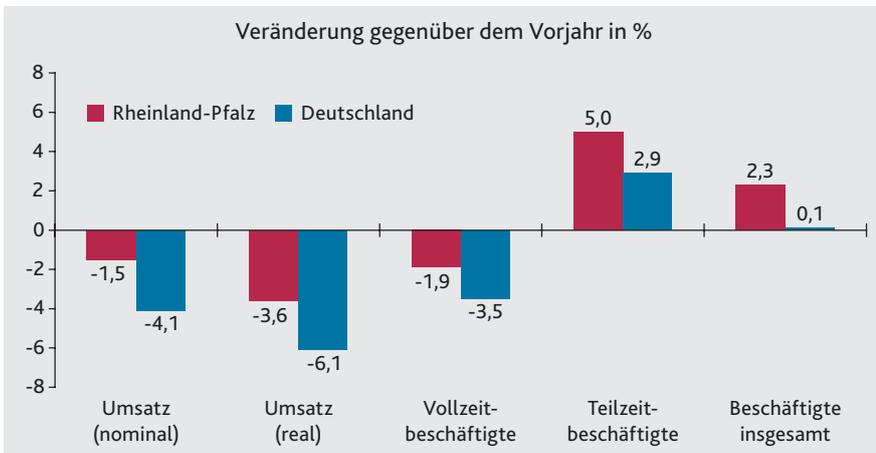
Trotz rückläufiger Umsätze nahm die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel zu. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg um 0,6%, die der Teilzeitkräfte um 0,7%.

Gastgewerbe spürte 2009 Konsumzurückhaltung

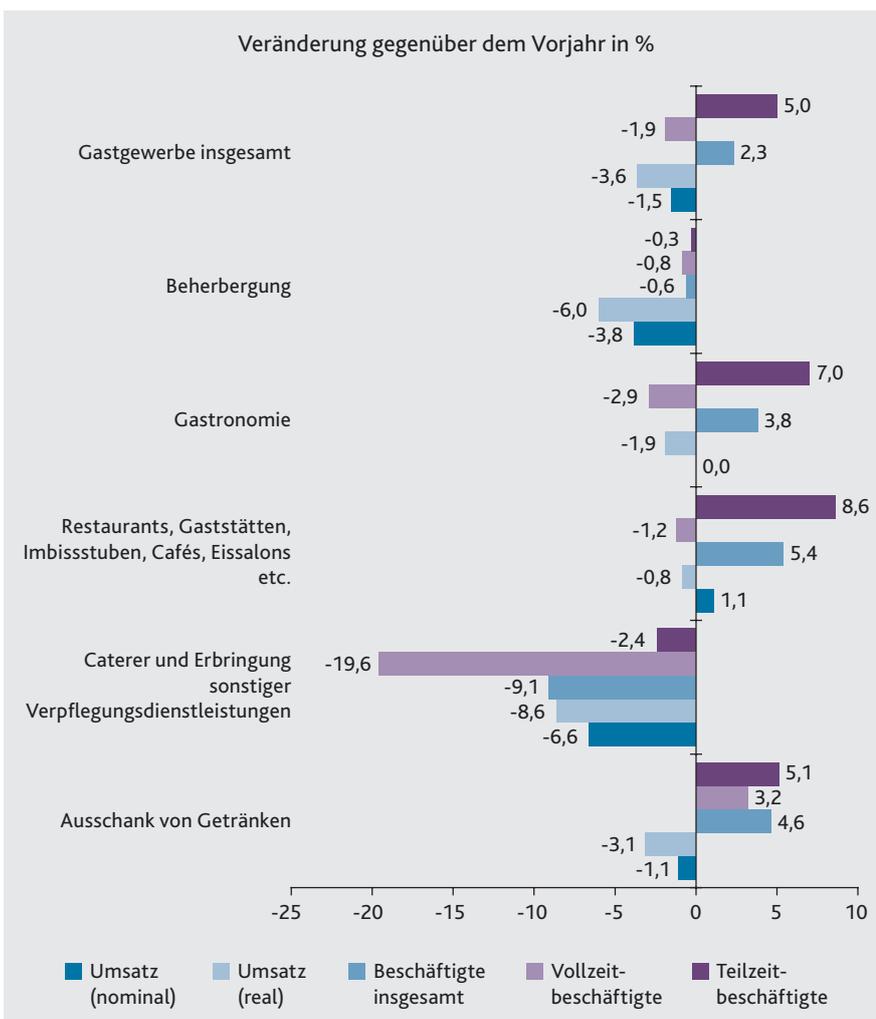
Stärkste Umsatzeinbußen bei Beherbergungsbetrieben und Caterern

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe musste im Jahr 2009 einen Umsatzrückgang verkraften. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze nominal um 1,5% niedriger als im Jahr 2008. Real gingen sie um 3,6% zurück (Deutschland nominal: -4,1%, real: -6,1%).

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2009



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Gastronomie

In der Gastronomie, in der etwa 60% der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, stellte sich die Entwicklung etwas besser dar als im Beherbergungsgewerbe. Nominal blieben hier die Umsatzzahlen gegenüber dem Jahr 2008 unverändert, preisbereinigt war ein Minus von 1,9% zu verzeichnen. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, konnte die Umsatzzahlen nominal sogar um 1,1% steigern. Real lagen die Umsätze jedoch um 0,8% unter denen des Vorjahres. In der getränkegeprägten Gastronomie (Schankwirtschaften, Diskotheken und Bars) gingen die Umsätze nominal um 1,1% und real um 3,1% zurück. Ein deutliches Umsatzminus (nominal: -6,6%; real: -8,6%) mussten die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen hinnehmen. Eine mögliche Erklärung für den Einbruch in diesem Segment ist die vergleichsweise größere Abhängigkeit von Firmenkunden, die ihre Nachfrage in der Wirtschaftskrise bislang stärker reduzierten als private Verbraucher.

Beherbergungsgewerbe

Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze im Jahr 2009 nominal um 3,8% und real um 6% unter dem Vorjahreswert. Dieser Umsatzrückgang dürfte vor allem durch die Reisezurückhaltung aufgrund der Wirtschaftskrise zu erklären sein.

Trotz sinkender Umsätze lag die Zahl der Beschäftigten um 2,3% höher als im Jahr 2008. Allerdings wurden Vollzeit- durch Teilzeitkräfte ersetzt. Während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 5% zunahm, ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,9% zurück.

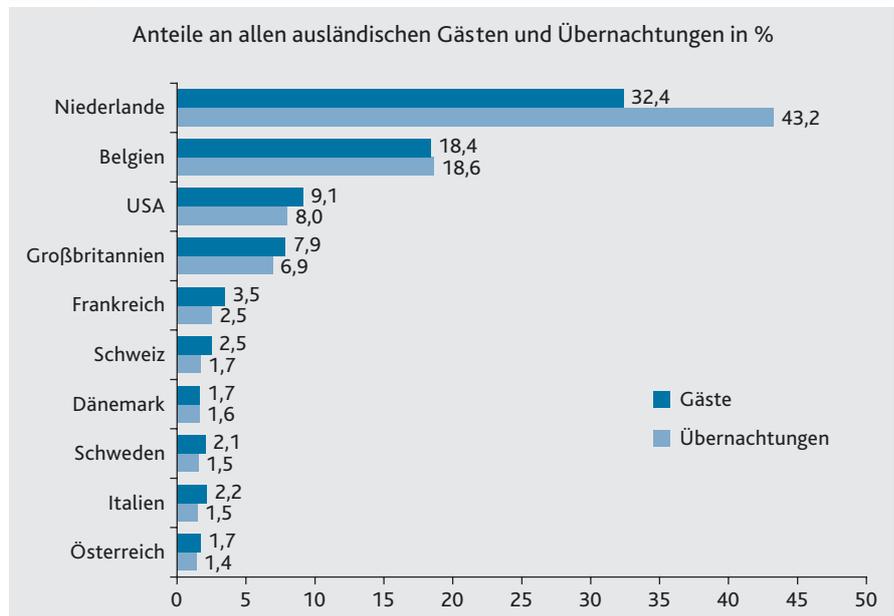
Tourismus 2009 mit leichten Rückgängen

Höhere Nachfrage aus dem Ausland

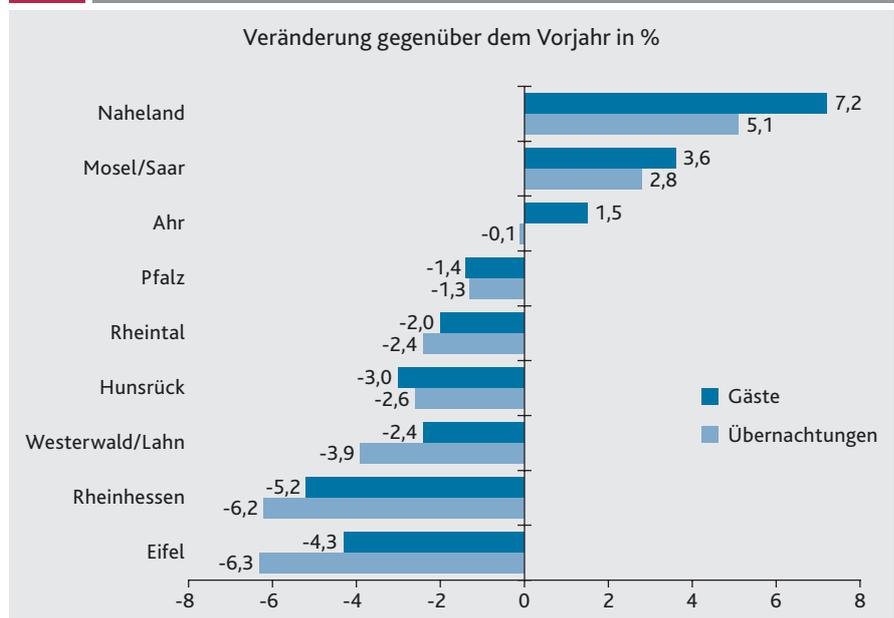
Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte im abgelaufenen Jahr 2009 nicht ganz an das Rekordergebnis des Vorjahres anknüpfen, erzielte aber trotz leichter Rückgänge eines der besten Resultate der vergangenen zehn Jahre. Mehr als 7,7 Mill. Übernachtungsgäste besuchten das Land. Das waren 0,5% weniger als im Jahr 2008, das den bisherigen Höchststand markiert. Rund 21,4 Mill. Übernachtungen bedeuteten das viertbeste Ergebnis seit 1999. Gegenüber dem Vorjahr sanken die Übernachtungszahlen um 1,1%. Der Rückgang wäre höher ausgefallen, hätten die Gäste aus dem Ausland nicht für ein Plus an Übernachtungen von 1,9% gesorgt.

Ausländische Gäste buchten knapp ein Viertel aller Übernachtungen, wobei die Niederländer mit Abstand für die größte Nachfrage sorgten. Auf sie entfielen mehr als 2,1 Mill. Übernachtungen (+5,4%). Auf Rang zwei lagen die Gäste aus Belgien, deren Übernachtungszahl auf 928 000 stieg (+4,1%). Besonders positiv entwick-

Gäste und Übernachtungen 2009 nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern



Gäste und Übernachtungen 2009 nach Tourismusregionen



kelte sich die Nachfrage von Gästen aus den USA. Sie buchten 398 000 Übernachtungen, knapp 20% mehr als im Jahr 2008. Damit schoben sie sich auf Rang drei der wichtigsten Herkunftsländer und überholten die

Briten, deren Übernachtungszahl um 12,2% auf 345 000 zurückging.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung 2009 uneinheitlich. Im

Naheland und im Fremdenverkehrsgebiet Mosel-Saar freuten sich die Anbieter über ein Gäste- und Übernachtungsplus. An der Ahr kamen mehr Gäste, die Übernachtungszahlen stagnierten jedoch auf Vorjahresniveau. Die übrigen Fremdenverkehrsgebiete verzeichneten teilweise deutliche Rückgänge, die in den Regionen Eifel und Rheinhessen am stärksten ausfielen.

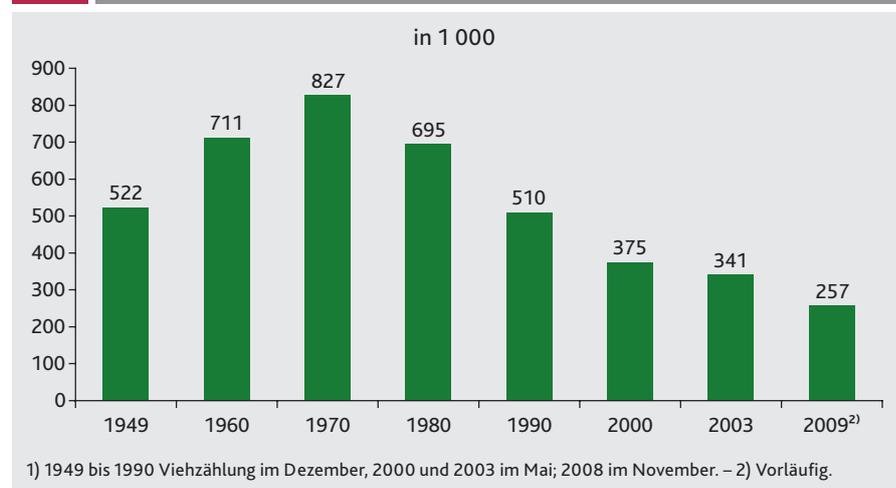
Ähnlich uneinheitlich war die Entwicklung in den verschiedenen touristischen Betriebsarten. Eine Nachfragesteigerung verzeichneten lediglich Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten. Diese Betriebsart weist – nach den Hotels – in Rheinland-Pfalz die zweithöchsten Gäste- und Übernachtungszahlen auf. In den Hotels sanken, wie auch in den übrigen Betriebsarten, die Übernachtungszahlen gegenüber dem Jahr 2008. Das höchste Minus mussten dabei die Anbieter von Ferienhäusern und Ferienwohnungen hinnehmen.

Immer mehr Schweinehalter geben auf

Auch Zahl der Rinderhaltungen geht zurück

Die Schweinehaltung verliert in Rheinland-Pfalz immer weiter an Bedeutung. Im November 2009 wurden noch 1300 Halter registriert, das waren 250 weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang war mit rund 15% deutlich stärker als in ganz Deutschland, wo binnen Jahresfrist gut 7% der Betriebe die Schweine-

Schweinebestand 1949–2009¹⁾



haltung aufgaben. Die Zahl der in Rheinland-Pfalz gehaltenen Schweine sank um 6,4% auf den neuen Tiefstand von 257 000 Tieren (Deutschland: –0,4%). Der durchschnittliche Schweinebestand je Betrieb erreichte zwar einen neuen Höchstwert, lag aber mit 198 weit unter dem deutschen Durchschnitt von knapp 430 Tieren. Lediglich rund 2% der deutschen Betriebe mit Schweinehaltung hatten im November 2009 ihren Sitz in Rheinland-Pfalz. Knapp 1% aller in Deutschland gehaltenen Schweine standen in rheinland-pfälzischen Ställen.

Auch die Zahl der Rinderhaltungen reduzierte sich weiter. Mit rund 6 450 wurden Anfang November 250 Halterungen weniger ermittelt als ein Jahr zuvor (–3,5%; Deutschland: –3,3%). Der Rinderbestand schrumpfte um 2,1% auf 381 000 (Deutschland: –0,7%). Die Rinderhaltung hat in Rheinland-Pfalz, gemessen am Bundeswert, eine etwas größere Bedeutung als die Schweinehaltung. Im

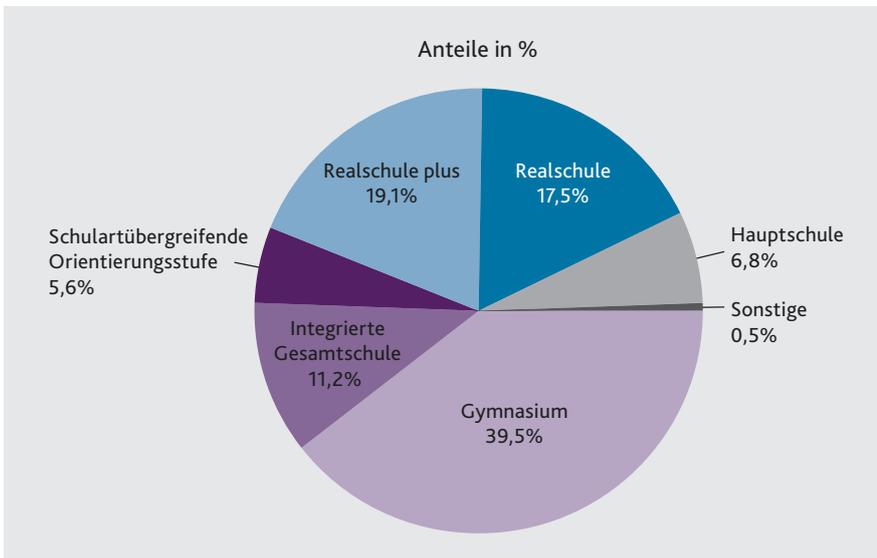
November 2009 entfielen 3,6% der Rinderhaltungen auf Rheinland-Pfalz, die rund 3% der Tiere auf sich vereinigen. Die Rinderhaltung konzentriert sich in Rheinland-Pfalz auf den Naturraum Eifel. Allein im Eifelkreis Bitburg-Prüm standen gut ein Viertel aller Rinder (27%) bzw. rund ein Drittel aller Milchkühe (36%) des Landes.

Jeder fünfte Viertklässler wechselte auf die neue Realschule plus

Fast jeder fünfte Viertklässler wurde zum Schuljahr 2009/10 an einer der landesweit 129 neu eingerichteten Realschulen plus angemeldet. Damit setzten 7 455 der insgesamt 39 125 Grundschulabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2009 (19,1%) ihre Schullaufbahn in dieser neuen Schulart fort.

Die Realschule plus wurde zum Schuljahr 2009/10 im Rahmen der Schulstrukturreform eingerichtet. Sie führt die Bildungsgänge der Haupt-

Grundschulabsolventinnen und -absolventen 2009 nach der Schulwahl



und der Realschule zusammen und soll bis zum Jahr 2013 schrittweise die bisherigen Regionalen Schulen, die Dualen Oberschulen sowie die Haupt- und Realschulen ersetzen. Bereits zum laufenden Schuljahr wurden alle Regionalen Schulen und Dualen Oberschulen in die neue Schulart überführt.

Die Schulneuerrichtungen, -schließungen und -umwandlungen im Zuge der Schulstrukturreform haben deutliche Auswirkungen auf das Übergangsverhalten der Grundschulabsolventinnen und -absolventen des Jahres 2009. So wechselten zum laufenden Schuljahr nur noch knapp 6,8% aller Kinder nach der vierten Klasse an eine der verbliebenen 125 Hauptschulen (-4 Prozentpunkte). Auch der Anteil der Anmeldungen an einer der noch 83 Realschulen lag mit rund 17,5% deutlich unter dem Vorjahreswert (-5,4%). Zuwächse verzeichneten hingegen die um 10

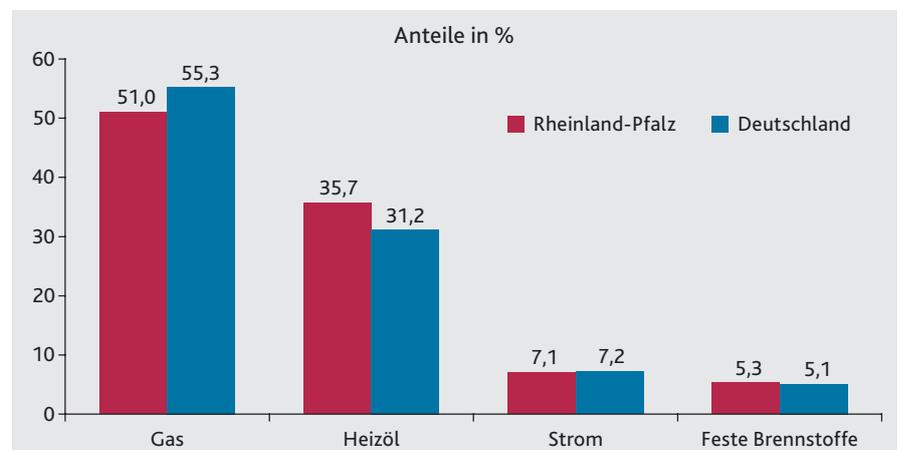
auf 35 Einrichtungen angewachsenen Integrierten Gesamtschulen, auf die fast 11,2% aller Anmeldungen entfielen (+3,5 Prozentpunkte). Annähernd 39,5% aller Eltern wählten für ihre Kinder eines der landesweit 146 Gymnasien. Damit wuchs der Gymnasialanteil um 0,5 Prozentpunkte. Nahezu unverändert blieb mit zusammen rund 0,5% der Anteil

jener Grundschülerinnen und -schüler, die an einer Freien Waldorfschule oder an einer Förderschule angemeldet wurden (-0,1 Prozentpunkte).

Die meisten Haushalte heizen mit Gas

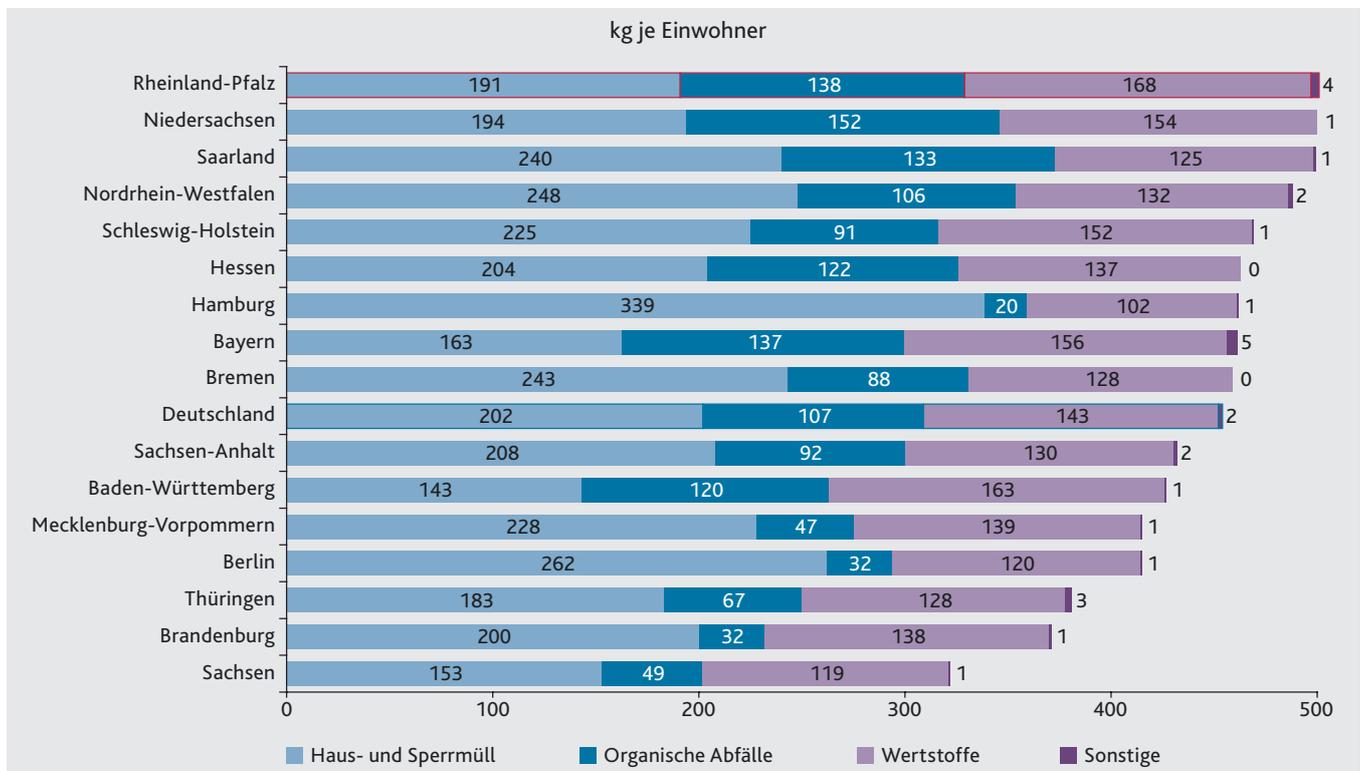
Fast 88% der Privathaushalte in Rheinland-Pfalz beheizen ihre Wohnungen über Zentral- bzw. Etagenheizungen. Laut der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 nutzen weitere 8,8% Einzel- und/oder Mehrraumöfen (einschließlich Nachspeicheröfen). Lediglich 3,4% der rheinland-pfälzischen Haushalte beziehen ihre Wärme über eine Fernheizung. Haushalte, die ihre Heizenergie über Zentral- oder Etagenheizung bzw. über Einzel- und/oder Mehrraumöfen erhalten, heizen am häufigsten mit Gas (51%). Mehr als ein Drittel dieser Haushalte (35,7%) verwendet Heizöl, 7,1% nutzen Strom und 5,3% feste Brennstoffe zur Beheizung.

Privathaushalte 2008 nach überwiegender Heizenergieart¹⁾



1) Errechnet an der Summe aus Zentral-, Etagenheizung sowie Einzel- und/oder Mehrraumöfen.

Haushaltsabfälle 2008 nach Ländern und Abfallfraktionen



501 kg Haushaltsabfälle Pro-Kopf

Rheinland-Pfälzer trennen besonders eifrig Wertstoffe

Rheinland-pfälzische Haushalte „produzierten“ im Jahr 2008 – pro Einwohner – den meisten Abfall, lagen aber auch bei der Müllverwertung im Ländervergleich an der Spitze. Insgesamt fielen in Rheinland-Pfalz 2 Mill. t Haushaltsabfälle an, das waren 501 kg je Einwohner. Dies war, gleichauf mit Niedersachsen, das höchste Pro-Kopf-Aufkommen aller Bundesländer. Im Bundesdurchschnitt errechnete sich eine Pro-Kopf-Menge von 453 kg. Die sogenannte Verwertungsquote erreichte 73,3% und wurde nur von Sachsen (77,1%) übertroffen. Der Bundesdurchschnitt lag bei 58,5%.

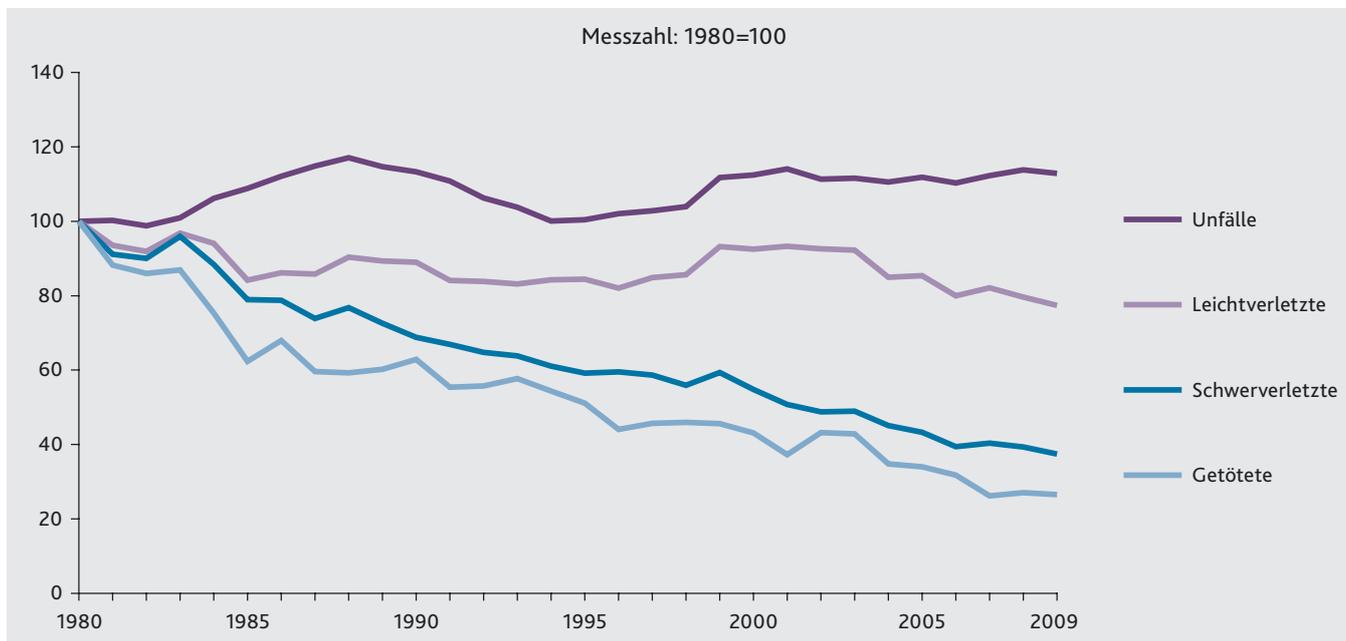
Das im Vergleich der Bundesländer hohe Aufkommen, aber auch die hohe Verwertungsquote, resultierten aus den getrennt erfassten organischen Abfällen und aus den getrennt gesammelten Wertstoffen, während die Pro-Kopf-Menge bei Haus- und Sperrmüll unter dem Durchschnitt lag.

- Im Rahmen des Dualen Systems oder in sonstigen Sammelcontainern kamen 676 000 t Wertstoffe zusammen (Glas, Papier, Pappe, Karton und Leichtverpackungen), das waren 168 kg je Einwohner und damit der höchste Wert aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt lag bei 143 kg je Einwohner.
- Aus den in der Biotonne und als Garten- und Parkabfälle landes-

weit gesammelten organischen Abfällen von 556 000 t errechnet sich ein Pro-Kopf-Aufkommen von 138 kg. Das waren 31 kg mehr als im Bundesdurchschnitt. Während der Wert für die getrennten Grünschnittsammlungen und Anlieferungen lediglich um 9 kg über dem Bundeswert von 55 kg lag, nutzten die rheinland-pfälzischen Haushalte besonders eifrig die Biotonne. Pro Kopf wurden 74 kg gesammelt, das waren 23 kg mehr als im Bundesdurchschnitt.

- An Haus- und Sperrmüll fielen in Rheinland-Pfalz 769 500 t an, das waren 191 kg je Einwohner. Bundesweit wurden 202 kg Haus- und Sperrmüll pro Einwohner eingesammelt.

Straßenverkehrsunfälle, Getötete und Verletzte 1980–2009



Weniger Unfälle und Verkehrstote im Jahr 2009

Weniger Unfälle, weniger Todesopfer und weniger Verletzte: Diese Bilanz ergibt sich aus den Meldungen der Polizeidienststellen für das Jahr 2009. Von Januar bis Dezember 2009 ver-

loren in Rheinland-Pfalz 223 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das waren vier weniger als im Vorjahr. Schwer verletzt wurden 3753 Unfallbeteiligte, 4,8% weniger als 2008. Die Zahl der Leichtverletzten sank um 2,8% auf 16 437.

Insgesamt wurden auf rheinland-pfälzischen Straßen 125 101 Verkehrsunfälle registriert. Gegenüber dem Jahr 2008 bedeutete dies einen Rückgang um 0,8%. Bei 109 577 Verkehrsunfällen entstand lediglich Sachschaden, den die Polizei in 6 929 Fällen als schwerwiegend einstufte.

Verbraucherpreise im Februar 2010

Auch im Februar sind die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz nur moderat gestiegen. Die Jahresteuersatzrate lag bei 0,6%. Überdurchschnittlich stiegen die Preise für Waren und Dienstleistungen rund um den Verkehr, die um 3,5% über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen. Die Kraftstoffpreise kletterten gegenüber Februar 2009 um 10,7%. Dagegen sanken die Preise für Haushaltenergie (Strom, Gas, Öl und andere Brennstoffe) binnen Jahresfrist durchschnittlich um 4,7%. Während Heizöl (+12,2%) und Strom (+3,2%) sich verteuerten, fielen die Gaspreise um 17,5%. Ohne die Einrechnung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe wäre der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,1% gesunken. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie

Getränke lagen im Februar 2010 im Schnitt 1,4% unter dem Vorjahresniveau. Hier verbilligten sich vor allem Gemüse (-3,8%) sowie Molkereiprodukte und Eier (-4,1%). Günstiger als vor einem Jahr waren beispielsweise Speisekartoffeln (-9,3%), frische Vollmilch (-3,6%) sowie Joghurt (-2,2%).

Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,4%. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,8%), „Bekleidung und Schuhe“ (+2,8%) sowie im Bildungswesen (+1,1%) legten die Preise deutlich zu. Preisrückgänge waren hingegen im Verkehr (-0,4%) und bei der Nachrichtenübermittlung (-0,2%) zu verzeichnen. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke blieben gegenüber dem Vormonat gleich.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Februar 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2009 in %



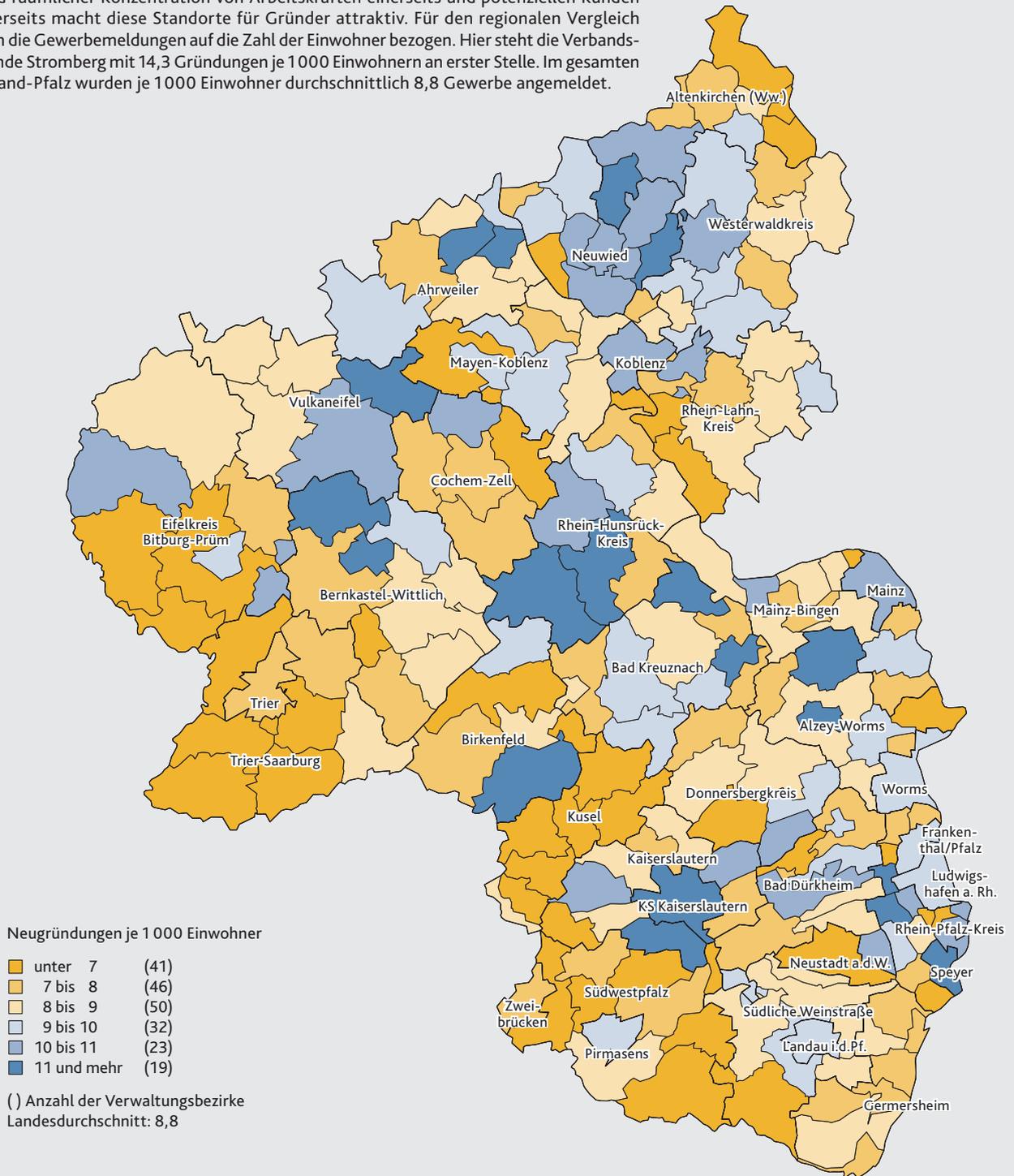
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Neugründungen 2009 nach Verwaltungsbezirken

Rund 35 500 Neugründungen

Die meisten Neugründungen gab es im Jahr 2009 in den kreisfreien Städten Mainz (1997) und Ludwigshafen am Rhein (1496). Ein städtisches Umfeld mit guter Verkehrsinfrastruktur und räumlicher Konzentration von Arbeitskräften einerseits und potenziellen Kunden andererseits macht diese Standorte für Gründer attraktiv. Für den regionalen Vergleich werden die Gewerbemeldungen auf die Zahl der Einwohner bezogen. Hier steht die Verbandsgemeinde Stromberg mit 14,3 Gründungen je 1000 Einwohnern an erster Stelle. Im gesamten Rheinland-Pfalz wurden je 1000 Einwohner durchschnittlich 8,8 Gewerbe angemeldet.



Rheinland-Pfalz 2050: Pflegevorausberechnung

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf



Von Dr. Julia König

Der Bevölkerungsrückgang und insbesondere die demografische Alterung rücken zunehmend in den Mittelpunkt des öffentlichen und privaten Interesses. Die künftige Bevölkerungsentwicklung wird Bürgerinnen und Bürger, Politik, Staat und Wirtschaft vor neue Herausforderungen stellen.

Im März dieses Jahres hat das Statistische Landesamt mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz 2050: Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf – Zweite regionalisierte Vorausberechnung“ eine Anschlussrechnung an die zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006) vorgelegt. In dieser Studie wird analysiert, wie sich die demografische Entwicklung in Rheinland-Pfalz mittel- und langfristig auf den Bedarf an Pflegehilfe und Pflegeeinrichtungen auswirkt.

Zahl an pflegebedürftigen Menschen steigt

Immer mehr Menschen pflegebedürftig

In den vergangenen Jahren ist in Rheinland-Pfalz eine steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen zu beobachten. Für den Zeitraum 2001 bis 2007 ist die Zahl Pflegebedürftiger um etwa 8 000 Personen bzw. 8% gestiegen. Im Dezember 2007 waren somit 102 026 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) pflegebedürftig.¹⁾

Anstieg der landesweiten Pflegequote

Wird die Zahl pflegebedürftiger Menschen auf die gesamte Bevölkerung bezogen, so ergibt sich die sogenannte Pflegequote. Im Jahr 2007 betrug diese 2,5%, d. h. zu der Zeit

waren 2,5% der rheinland-pfälzischen Einwohnerinnen und Einwohner pflegebedürftig. Verglichen mit 2001 hat sich die Pflegequote um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Dennoch ist für Rheinland-Pfalz im Ländervergleich eine unterdurchschnittliche Pflegequote zu verzeichnen, sie lag im betrachteten Zeitraum (2001 bis 2007) konstant 0,2 Prozentpunkte unterhalb der bundesweiten Quote.

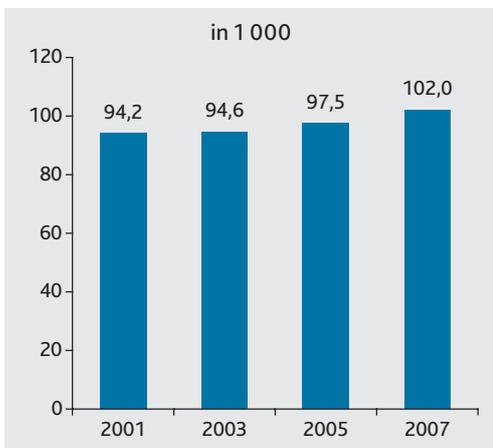
Lebensalter verursacht häufig Pflegebedürftigkeit

Ein wesentlicher Grund für die Zunahme der Pflegefallzahlen bzw. der Pflegequote ist die demografische Entwicklung, insbesondere die Alterung der Gesellschaft. Trotz des Rückgangs der rheinland-pfälzischen

Bevölkerungsentwicklung bestimmt Pflegebedarf

¹⁾ Ohne Pflegebedürftige, die zum Stichtag der Statistik noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren. Diese Personengruppe ist sehr klein und bleibt auch im Folgenden unberücksichtigt.

G 1 Pflegebedürftige 2001–2007



Gesamtbevölkerung steigt die Zahl der älteren Menschen (60 Jahre und älter). Auf diesen Personenkreis entfällt der Großteil der Pflegebedürftigen. In den Jahren 2001 bis 2007 waren durchschnittlich 87% der Pflegebedürftigen 60 Jahre oder älter; über die Hälfte der pflegebedürftigen Personen hatten sogar schon das 80. Lebensjahr vollendet. Hieran ist bereits erkennbar, dass das Risiko, pflegebedürftig zu werden, in engem Zusammenhang zum Lebensalter steht.

zu. Um hierzu eine Aussage treffen zu können, müssen altersspezifische Pflegequoten herangezogen werden. Einerseits zeigt sich, dass das altersspezifische Pflegerisiko in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben ist. Andererseits kann festgehalten werden, dass die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, signifikant mit dem Alter steigt.

Struktur des Pflegebedarfs im Jahr 2007

Im Dezember 2007 befanden sich von den rund 102 000 Pflegebedürftigen etwa 29% in Heimen zur stationären Pflege. Die übrigen Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wurden zu Hause versorgt, entweder durch Angehörige (52%) oder ambulante Pflegedienste (20%). Die hohe Bedeutung der häuslichen Pflege zeigt, dass ältere Menschen in der Regel so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben möchten. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden selbst in der höchsten Pflegestufe III über die Hälfte der Hilfsbedürftigen zu Hause gepflegt.

Häusliche Pflege hat hohen Stellenwert

Die zeitlichen Verläufe der beiden Größen „Pflegebedürftige“ und „landesweite Pflegequote“ lassen keine Rückschlüsse auf die Entwicklung des individuellen Pflegerisikos

Die absolute Zahl der Personen in den einzelnen Pflegestufen (I bis III) nimmt mit der Höhe der Pflegestufe ab: Ende 2007 waren

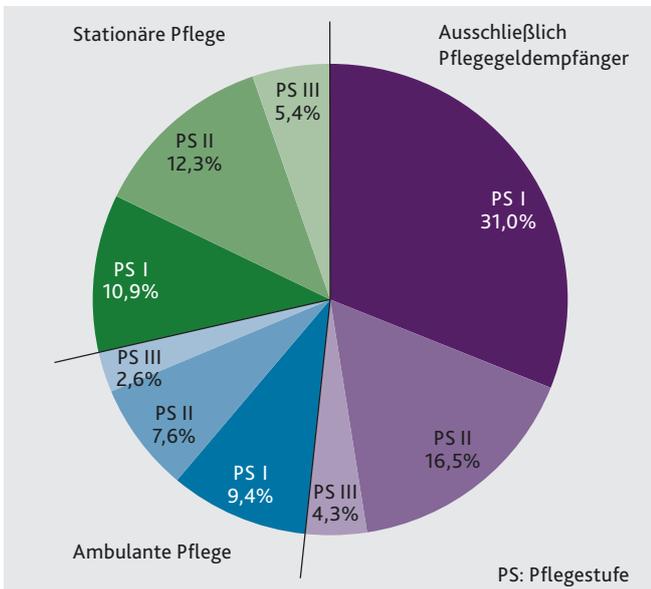
Konstante altersspezifische Pflegequoten in der Vergangenheit

T 1 Pflegequote 2001–2007 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Pflegequote				Veränderung 2007 zu 2001 in %-Punkten
	2001	2003	2005	2007	
	in %				
unter 60	0,4	0,4	0,4	0,4	0,0
60–65	1,3	1,3	1,3	1,3	0,0
65–70	2,4	2,3	2,2	2,3	-0,2
70–75	4,6	4,6	4,4	4,3	-0,3
75–80	9,2	9,0	8,9	9,2	0,0
80–85	18,5	18,8	18,9	18,4	-0,1
85–90	36,8	36,9	33,8	35,1	-1,7
90 und älter	53,5	53,5	54,0	51,8	-1,7
Insgesamt	2,3	2,3	2,4	2,5	0,2

G 2

Pflegebedürftige 2007 nach Pflegearten und Pflegestufen



Über die Hälfte der Pflegebedürftigen in Pflegestufe I

51% der Pflegebedürftigen der Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig) zugeordnet, weitere 36% der Stufe II (schwerpflegebedürftig) und die übrigen 12% der höchsten Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig).

Eine differenzierte Betrachtung der Pflegebedürftigen nach Pflegestufen und der Art der Versorgung zeigt, dass mit fast einem Drittel (31%) der Großteil der Leistungsbezieher reine Pflegegeldempfängerinnen und Pflegegeldempfänger der Pflegestufe I waren.

Modellrechnungen zur Ermittlung des künftigen Pflegebedarfs

Die Untersuchung des Statistischen Landesamtes zum künftigen Pflegebedarf ist keine Prognose im klassischen Sinne. Es handelt sich vielmehr um Modellrechnungen, denen Annahmen zu den Bestimmungsgrößen des Pflegebedarfs zugrunde liegen.

2) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006), Bad Ems 2007.

Da einerseits die Pflegebedürftigkeit ein „Phänomen des Alters“ ist und andererseits das Ziel der Vorausberechnung in der Untersuchung der Auswirkungen der demografischen Alterung liegt, wird in den Modellrechnungen nur die Bevölkerung im Alter ab 60 Jahren betrachtet.

Annahmen der Modellrechnung

Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung des zukünftigen Pflegebedarfs maßgeblich von zwei Faktoren beeinflusst wird: der Bevölkerungsstruktur sowie dem Risiko, pflegebedürftig zu werden. Im Rahmen der Modellrechnungen werden daher diese beiden Einflussfaktoren herangezogen und Annahmen hinsichtlich ihrer Entwicklungen getroffen. Weitere Einflussgrößen, die auch indirekt z. B. über die Lebenserwartung auf den Pflegebedarf wirken können, sind etwa der medizinisch-technische Fortschritt oder die Lebensweise der Menschen. Außerdem nehmen Änderungen in den Rahmenbedingungen wie die Haushalts- und Familienstrukturen oder gesetzliche Regelungen Einfluss auf den Bedarf an Pflegehilfe. Aufgrund hoher Unsicherheiten der zukünftigen Entwicklung sowie mangelnder Quantifizierbarkeit der Variablen bleiben Bestimmungsfaktoren solcher Art in der Berechnung unberücksichtigt.

Für die künftige Bevölkerungsentwicklung wird die zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2006 zugrunde gelegt.²⁾ Die Ergebnisse dieser Bevölkerungsprojektion bilden somit die erste Annahme für die Pflegevorausberechnungen.

Die zweite Annahme bezieht sich auf die Pflegewahrscheinlichkeiten. Es wird angenommen, dass die heutigen Verhältnisse

Modellrechnungen für die Bevölkerung im Alter ab 60 Jahren

Bevölkerungsstruktur und Pflegerisiko als wesentliche Einflussgrößen

1. Annahme: Mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung

2. Annahme: Konstante Pflegerquoten

Info

Pflegebedürftigkeit nach SGB XI

Die Pflegeversicherung wurde in den Jahren 1995 und 1996 als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eingeführt. Auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches XI (§ 109 SGB XI) und der Pflegestatistik-Verordnung vom 29. November 1999 wird alle zwei Jahre eine Pflegestatistik durchgeführt. Während die Statistischen Landesämter im Rahmen einer Bestandserhebung zum 15. Dezember die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragen, erhält das Statistische Bundesamt zum Jahresende von den Spitzenverbänden der Pflegekassen Daten über die Pflegegeldempfänger. Mit der Zusammenführung dieser Angaben werden umfassende statistische Ergebnisse über die Versorgung sowie die Betreuung der Pflegebedürftigen bereitgestellt.

Dabei werden folgende Pflegestufen unterschieden:

„Pflegestufe 0“ (nicht oder geringfügig Pflegebedürftige)

Der Begriff „Pflegestufe 0“ bezeichnet keine Pflegestufe im Sinne der Pflegeversicherung. Damit sind die Personen erfasst, die die Voraussetzungen der Pflegestufe I nicht erfüllen, aber dennoch auf pflegerische Hilfen angewiesen sind. Dieser Personenkreis wird in der Pflegestatistik nicht nachgewiesen.

Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige)

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- für wenigstens zwei Verrichtungen
- aus einem oder mehreren dieser Bereiche

- mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens 1,5 Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen müssen.

Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)

Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens drei Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens zwei Stunden entfallen müssen.

Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)

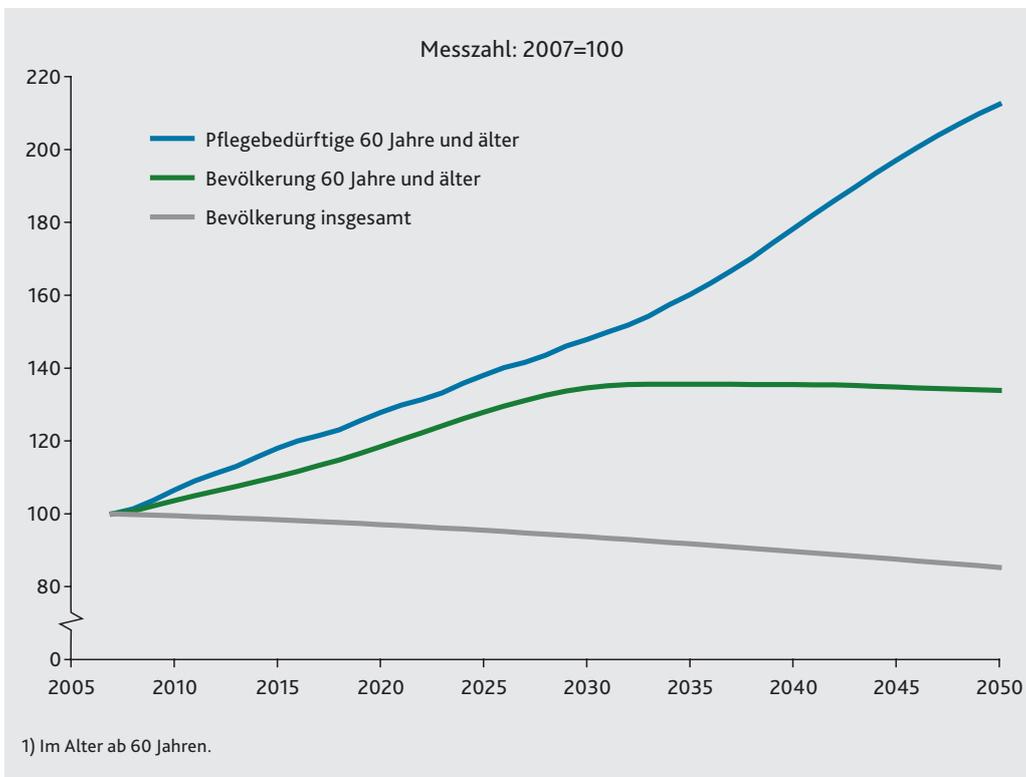
Das sind Personen, die

- bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität
- täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen
- und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

Der Hilfebedarf für die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung muss pro Tag mindestens fünf Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens vier Stunden entfallen müssen.

G 3

Bevölkerung und Pflegebedürftige¹⁾ 2007–2050 „Demografische Variante“



auch in Zukunft bestehen. Demnach werden die Pflegequoten der aktuellen Pflegestatistik des Jahres 2007 über den Projektionszeitraum konstant gehalten. Es wurden durchschnittliche Quoten für die kreisfreien Städte und für die Landkreise gebildet. Die Pflegequoten wurden außerdem getrennt für ambulante und stationäre Pflege sowie reine Pflegegeldempfängerinnen und Pflegegeldempfänger berechnet, untergliedert nach Geschlecht, Fünf-Jahres-Altersgruppen und Pflegestufen.

Entwicklung
aufgrund
demografischer
Tendenzen

Aufgrund der getroffenen Annahmen zeigen die Ergebnisse dieser Modellrechnung den künftigen Pflegebedarf, der sich allein durch die demografische Entwicklung in Rheinland-Pfalz ergibt. Diese Modellvariante wird deshalb als „Demografische Variante“ bezeichnet.

Künftig mehr ältere Menschen trotz Bevölkerungsrückgang

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz von 2007 bis 2050 um 595 000 Personen bzw. rund 15% sinken, die Zahl der Seniorinnen und Senioren wird dagegen um etwa 343 000 bzw. 34% steigen. Der Anteil der älteren Menschen (60 Jahre und älter) an der gesamten Einwohnerzahl wird demnach von heute 25% über 31% im Jahr 2020 auf 39% zum Ende des Projektionszeitraums 2050 zunehmen.

Verschiebung
der Alters-
struktur zu
Gunsten
der älteren
Bevölkerung

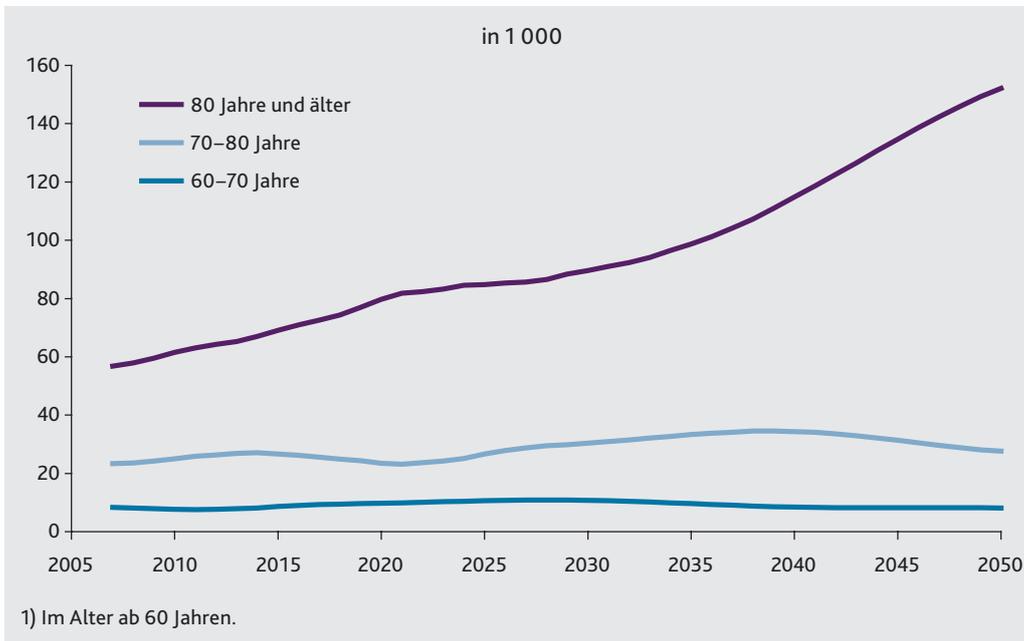
Kräftiger Anstieg der Pflegefallzahlen

Mit der Bevölkerungsentwicklung einhergehend, steigt die Zahl der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren. Gegenüber 2007 ist ein Zuwachs der Zahl Pflegebedürftiger

Langfristig
mehr als
doppelt so
viele Pflege-
bedürftige

G 4

Pflegebedürftige¹⁾ 2007–2050 nach Altersgruppen
„Demografische Variante“



im Alter ab 60 Jahren um mehr als 99 000 Menschen bzw. 112% bis 2050 zu erwarten. Damit wären knapp 14% der älteren Einwohner pflegebedürftig. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ergäbe sich ein doppelt so hoher Anteil an pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren (5,4%) als im Jahr 2007 (2,2%).

Überproportionaler Anstieg ab den 2030er-Jahren

Ab den 2030er-Jahren ist eine auffällige Entwicklung zu beobachten: Die Zahl älterer Menschen erreicht voraussichtlich Anfang 2030 ihren Höchststand und wird danach bis 2050 annähernd stabil bleiben. Die Zahl der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren wird nach 2030 jedoch überproportional ansteigen, da es innerhalb der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ selbst zu Verschiebungen der Altersstruktur kommt. Die „jungen Alten“ werden immer schwächer und die Hochbetagten (80 Jahre und älter) dementsprechend immer stärker vertreten sein. In Verbindung mit der Tatsache, dass die Pflegewahrscheinlichkeit mit jedem Altersjahr signifikant steigt – vor

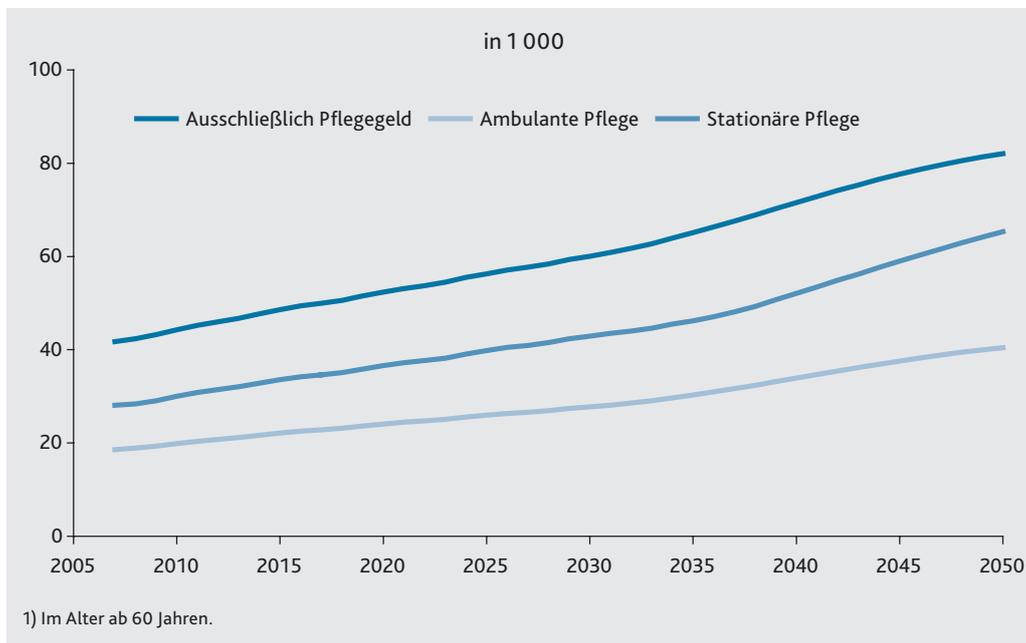
allem im hohen Lebensalter –, nimmt die Zahl Hilfsbedürftiger kräftig zu, trotz konstanter Besetzungszahl der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren.

Wird der Pflegebedarf getrennt nach Altersgruppen betrachtet, steigt die berechnete Zahl Pflegebedürftiger im Laufe des Projektionszeitraums in allen Altersgruppen. Bei den 60- bis 70-Jährigen sowie den 70- bis 80-Jährigen ist dieser Anstieg lediglich vorübergehend und wird bis 2050 wieder abgebaut, sodass die Zahl der Pflegebedürftigen in diesen zwei Altersgruppen im Jahr 2050 annähernd auf dem Niveau von 2007 liegen dürfte. Anders sieht es für die Gruppe der Hochbetagten aus: Bei den 80-Jährigen und Älteren wird es den Berechnungen zufolge einen kräftigen und anhaltenden Anstieg der Pflegebedürftigen geben. Gegenüber 2007 dürfte die Zahl pflegebedürftiger Personen im Alter ab 80 Jahren bis 2050 um rund 168% zulegen, Tendenz steigend.

Starker Anstieg bei den 80-Jährigen und Älteren

G 5

Pflegebedürftige¹⁾ 2007–2050 nach Pflegearten „Demografische Variante“



Zunahme vor allem im Bereich der professionellen Pflege

Es ist zu erwarten, dass mit dieser Entwicklung strukturelle Verschiebungen bei den Versorgungsarten einhergehen. Da mit zunehmendem Alter nicht nur das Pflegerisiko allgemein steigt, sondern tendenziell auch die Schwere der Pflegebedürftigkeit zunimmt, dürfte es zu einer vermehrten Inanspruchnahme der professionellen Pflegehilfe (ambulante und stationäre Pflege) kommen. Aller Voraussicht nach wird es in der stationären Pflege den kräftigsten Zuwachs an Pflegefallzahlen geben (bis 2020: +30%, bis 2050: +132%). Aber auch im Bereich der ambulanten Pflege ist mit einem ähnlich hohen Anstieg der Pflegebedürftigen zu rechnen (bis 2020: +29%, bis 2050: +117%). Für die Zahl der reinen Pflegegeldempfängerinnen und Pflegegeldempfänger wird zwar eine geringere Zunahme erwartet, aber dennoch wird sie sich langfristig fast verdoppeln (bis 2020: +25%, bis 2050: +97%).

Der Trend zur professionellen Hilfe könnte durch die gesellschaftliche Entwicklung noch verstärkt werden. Veränderungen in den Familien- und Haushaltsstrukturen und weiter steigende Mobilitätsanforderungen werden vermutlich dazu führen, dass seltener Familienangehörige für die häusliche Pflege zur Verfügung stehen. Bei Pflegebedürftigkeit in höherem Alter dürfte der Ehe- oder Lebenspartner seltener in der Lage sein, die häufig auch körperlich stark belastende Aufgabe der Pflege zu erfüllen. Da derzeit überwiegend Frauen die häusliche Betreuung und Versorgung Pflegebedürftiger übernehmen, wird die voraussichtlich steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen das hierfür zur Verfügung stehende Potenzial ebenfalls verringern.

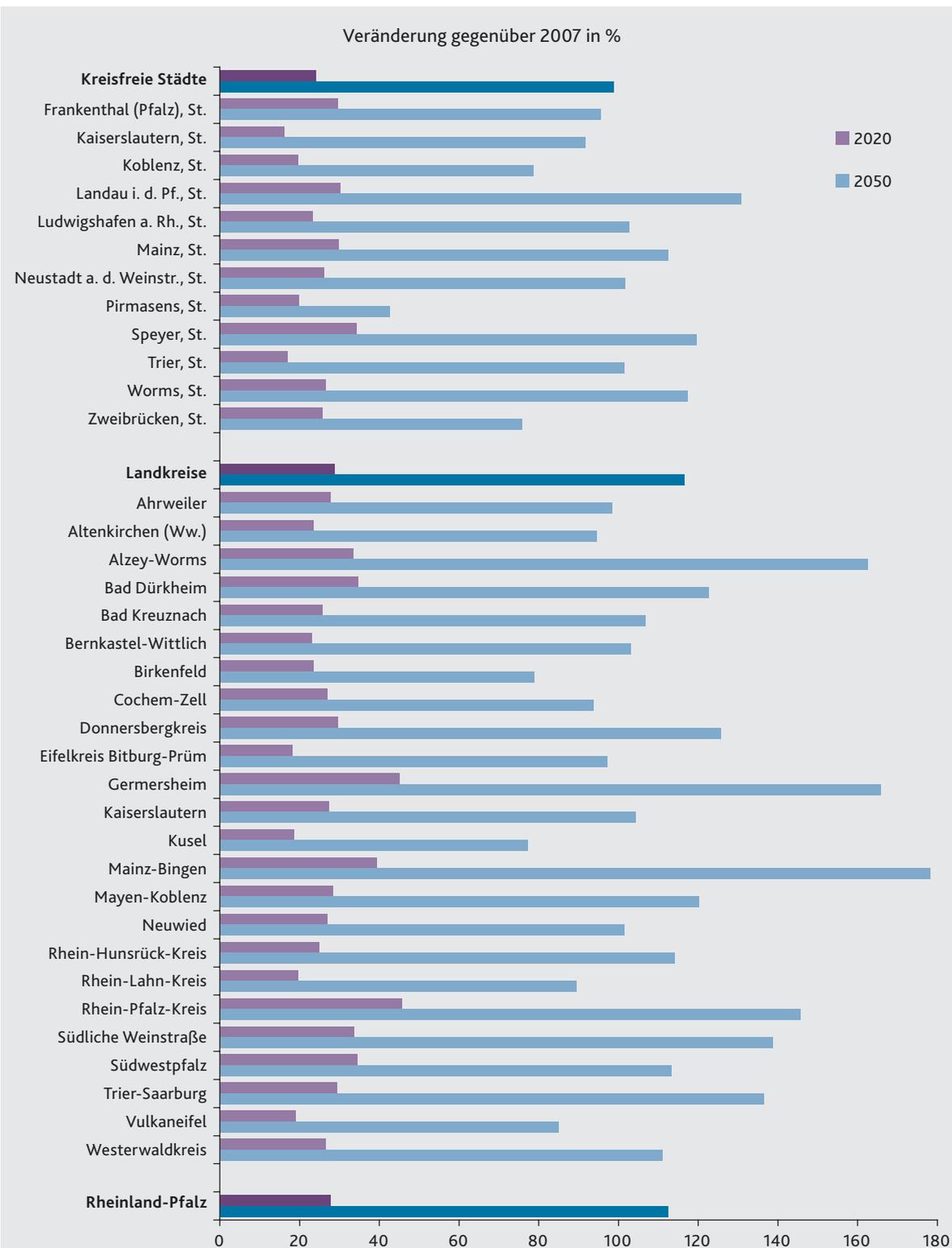
Gesellschaftlicher Wandel erhöht voraussichtlich die Nachfrage nach professioneller Hilfe

Möglicherweise kommt es außerdem zu Verschiebungen innerhalb der professionellen Pflege zwischen ambulanter und stationärer Pflege. Nach wie vor entspricht die Pflege im gewohnten häuslichen Umfeld mehr-

Größeres Angebot an ambulanten Pflegediensten zu erwarten

G 6

Pflegebedürftige¹⁾ 2020 und 2050 nach Verwaltungsbezirken
„Demografische Variante“



heitlich dem Wunsch der pflegebedürftigen Menschen. Deshalb dürfte die ambulante pflegerische Infrastruktur weiter ausgebaut werden und die kostengünstigere Versorgung durch Pflegedienste, die derzeit am wenigsten in Anspruch genommen werden, eine größere Bedeutung bekommen. Auch aus gesetzlicher Sicht haben die ambulanten Leistungen Vorrang vor den stationären, sodass eine entsprechende Förderung von politischer Seite vorstellbar ist.

Regionale Unterschiede in der Entwicklung des Pflegebedarfs

Stärkeres Wachstum in den Kreisen als in den Städten

Der zahlenmäßige Zugewinn an Pflegebedürftigen wird im Schnitt in den kreisfreien Städten etwas geringer ausfallen (bis 2020: +24%, bis 2050: +99%) als in den Landkreisen (bis 2020: +29%, bis 2050: +117%). In der detaillierten Darstellung nach den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen sind jedoch deutliche Unterschiede zu erkennen. Schon mittelfristig, im Jahr 2020, könnte die Spannweite des prozentu-

alen Anstiegs der Pflegefallzahlen 30 Prozentpunkte betragen (Minimum: kreisfreie Stadt Kaiserslautern mit +16%, Maximum: Rhein-Pfalz-Kreis mit +46%). Zum Ende des Betrachtungszeitraums 2050 ist sogar eine Spannweite von beachtlichen 135,6 Prozentpunkten berechnet worden (Minimum: kreisfreie Stadt Pirmasens mit +43%, Maximum: Landkreis Mainz-Bingen mit +178%). Der vergleichsweise geringe Anstieg der Pflegebedürftigen im Alter ab 60 Jahren in der kreisfreien Stadt Pirmasens liegt in der rückläufigen Entwicklung der Bevölkerungszahl der 60-Jährigen und Älteren begründet, die Folge einer bereits seit längerem rückläufigen Bevölkerungszahl ist.

Zwei alternative Szenarien

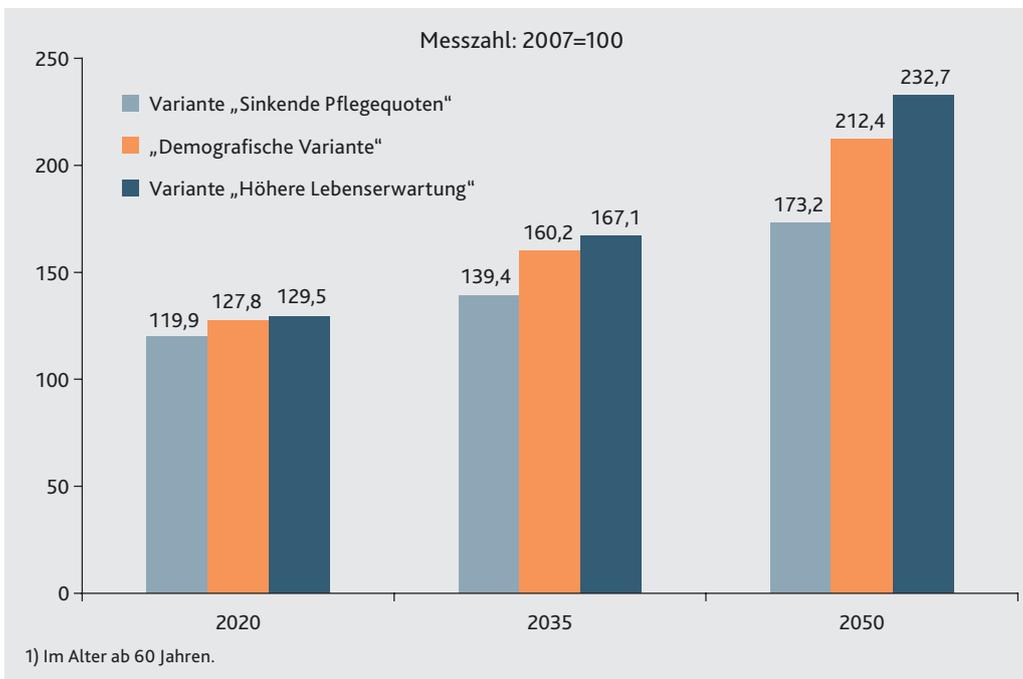
Durch die Variation der beiden Determinanten „Bevölkerungsentwicklung“ und „Entwicklung der Pflegewahrscheinlichkeiten“ können alternative Szenarien durchgerechnet werden. In der Statistischen Analyse zur Entwicklung des Pflegebedarfs werden zwei

Varianten zeigen Sensitivität des Pflegebedarfs hinsichtlich der beiden Einflussgrößen

G7 Annahmen der Modellrechnungen zur Pflegevorausberechnung	
Variante „Sinkende Pflegequoten“	
Bevölkerungsentwicklung	Lebenserwartung steigt um 7 Jahre bis 2050 Geburtenrate liegt bei 1,4 Kinder je Frau Wanderungssaldo beträgt +5 000 Personen jährlich
Entwicklung der Pflegequoten	Verschiebung der Pflegequoten aus dem Jahr 2007 um 2 Jahre in ein höheres Alter bis 2050
„Demografische Variante“	
Bevölkerungsentwicklung	Lebenserwartung steigt um 7 Jahre bis 2050 Geburtenrate liegt bei 1,4 Kinder je Frau Wanderungssaldo beträgt +5 000 Personen jährlich
Entwicklung der Pflegequoten	Konstante Pflegequoten aus dem Jahr 2007
Variante „Höhere Lebenserwartung“	
Bevölkerungsentwicklung	Lebenserwartung steigt um 9 Jahre bis 2050 Geburtenrate liegt bei 1,4 Kinder je Frau Wanderungssaldo beträgt +5 000 Personen jährlich
Entwicklung der Pflegequoten	Konstante Pflegequoten aus dem Jahr 2007

G 8

Pflegebedürftige¹⁾ 2020, 2035 und 2050 nach Szenarien



Alternativmodelle jeweils im Vergleich zur „Demografischen Variante“ vorgestellt: Das erste Szenario unterstellt einen stärkeren Anstieg der Lebenserwartung, das zweite geht davon aus, dass das altersspezifische Pflegerisiko mit dem Anstieg der Lebenserwartung sinkt. Durch die Veränderung jeweils einer Modellannahme zeigt sich die Sensitivität des künftigen Pflegebedarfs hinsichtlich der modifizierten Einflussgröße. Die Ergebnisse der Modellvarianten bilden einen Korridor möglicher Entwicklungen im Pflegebedarf.

1. Szenario – „Höhere Lebenserwartung“

Im ersten Szenario „Höhere Lebenserwartung“ wird von einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung ausgegangen als im demografischen Modell. Es wird eine Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt um neun anstatt sieben Jahre bis 2050 unterstellt. Die Annahme konstanter Pflegequoten – entsprechend der Pflegestatistik 2007 – bleibt jedoch

unverändert. Somit liegt es auf der Hand, dass der künftige Pflegebedarf, der auf dem Modell „Höhere Lebenserwartung“ basiert, den Bedarf aus der „Demografischen Variante“ übersteigt. Die Annahme, dass die Menschen zwar länger leben, das Pflegerisiko aber nicht sinkt, führt dazu, dass die zusätzlich gewonnenen Lebensjahre in Pflegebedürftigkeit verbracht werden.

Das zweite Alternativszenario „Sinkende Pflegequoten“ basiert auf der gleichen Bevölkerungsvorausberechnung wie die „Demografische Variante“ (Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt um sieben Jahre bis 2050). Allerdings wird angenommen, dass das altersspezifische Risiko, pflegebedürftig zu werden, mit dem Anstieg der Lebenserwartung sinkt. Folglich fällt der zukünftige Pflegebedarf niedriger aus. Denn die Menschen leben annahmemaß genauso lange, benötigen aber erst zu einem späteren Zeitpunkt Pflege.

2. Szenario – „Sinkende Pflegequoten“

Anstieg des
Pflegebedarfs
in allen
Varianten

Egal welches Szenario herangezogen wird, die grundlegende Aussage bezüglich des künftigen Pflegebedarfs in Rheinland-Pfalz ist die gleiche: Langfristig, bis 2050, wird in sämtlichen Modellvarianten ein deutlicher Anstieg der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren ermittelt (Spannweite: +73% im Szenario „Sinkende Pflegequoten“ bis +133% im Szenario „Höhere Lebenserwartung“).

Fazit

Insgesamt – und unabhängig von der betrachteten Modellvariante – wird der Pflegebedarf steigen. Von dem erhöhten Bedarf an Pflegehilfe werden langfristig alle rheinland-pfäl-

zischen Verwaltungsbezirke betroffen sein, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Durch die Verschiebung der Altersstruktur bei den Seniorinnen und Senioren im Alter ab 60 Jahren wächst nicht nur die absolute Zahl an Pflegebedürftigen, es wird auch die durchschnittliche Pflegeintensität (Grad der Pflegebedürftigkeit) sowie die Inanspruchnahme professioneller Hilfe (ambulante und stationäre Pflege) zunehmen.

Dr. Julia König ist Referentin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Info

Ausgabe N° 16 der Reihe „Statistische Analysen“ erschienen

Rheinland-Pfalz 2050: Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf – Zweite regionalisierte Vorausberechnung

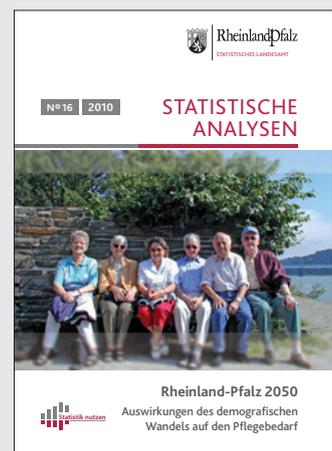
Die Statistische Analyse „Rheinland-Pfalz 2050: Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf – Zweite regionalisierte Vorausberechnung“ gibt einen umfassenden Überblick

- über mögliche Entwicklungen der Pflegefallzahlen
- für die Bevölkerung im Alter ab 60 Jahren
- differenziert nach Pflegestufen und Pflegearten
- für das Land sowie seine kreisfreien Städte und Landkreise
- bis zum Jahr 2050

In ausführlichen Texten und anschaulichen Grafiken werden die Entwicklungen des Pflegebedarfs in der Vergangenheit und in der Zukunft dargestellt. Ein umfangreicher Tabellenanhang ergänzt die Analyse.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter

<http://www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/pflege/rp2050-pflege.pdf> zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de



Der Zensus 2011

Umfassende demografische und sozioökonomische Daten



Von Nicole Graf

Im Jahr 2011 beteiligt sich Deutschland an der EU-weiten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung. Der Stichtag für diesen sogenannten Zensus 2011 ist der 9. Mai 2011. Deutschland braucht dringend aktuelle Planungsdaten, denn Bevölkerungszählungen fanden letztmalig in den alten Bundesländern im Jahr 1987 und in der ehemaligen DDR im Jahr 1981 statt.

Der Zensus 2011 soll erstmals unter Nutzung von Verwaltungsregistern durchgeführt werden, um die Belastungen für die Menschen in Deutschland so gering wie möglich zu halten und die Kosten zu begrenzen. In Rheinland-Pfalz werden daher im „registergestützten Zensus“ nur rund 40% der Bevölkerung, im Wesentlichen etwa 1,1 Mill. Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer und 550 000 Personen im Rahmen einer Stichprobe befragt.

Die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2011

Die erste gesamtdeutsche Volkszählung seit der Wiedervereinigung

In Deutschland wird durch den Zensus 2011 nach mehr als zwei Jahrzehnten erstmals wieder eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung und damit die erste gesamtdeutsche Volkszählung seit der Wiedervereinigung stattfinden. Die letzten Volkszählungen fanden in den alten Bundesländern im Jahr 1987 und im Gebiet der ehemaligen DDR 1981 statt.

Quelle verlässlicher amtlicher Einwohnerzahlen

Die in monatlichem Turnus von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder festzustellenden amtlichen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Kommunen basieren auf den oben genannten letzten Volkszählungen. Sie wurden seit der jeweils letzten Zählung lediglich mit den im

Rahmen der Geburten- und Sterbefallstatistik sowie der Wanderungsstatistik erhobenen Daten fortgeschrieben. Insbesondere Untererfassungen bei den Zu- und Fortzügen bewirken, dass die Qualität der amtlichen Einwohnerzahlen umso mehr sinkt, je weiter das Bezugsjahr zurückliegt. Der Zensus 2011 wird insofern dringend als Quelle für verlässliche amtliche Einwohnerzahlen und als Basis für deren künftige Fortschreibung benötigt.

Der hohe Stellenwert, der verlässlichen Einwohnerzahlen zukommt, liegt unter anderem darin begründet, dass Bund, Länder und Gemeinden – wie auch die Europäische Union – die Bevölkerungszahlen als Grundlage für ihre Planungen und die Kontrolle einer Vielzahl von politischen Maßnahmen

Bedeutung amtlicher Einwohnerzahlen

nutzen. Dabei gilt, dass nur mit korrekten Daten zielgerichtet und effizient auf bereits stattgefundene oder noch zu erwartende Entwicklungen, wie z. B. den demografischen Wandel, reagiert werden kann.

Darüber hinaus dienen die amtlichen Einwohnerzahlen auch als Bemessungsgrundlage beispielsweise für den Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und für die Verteilung von EU-Mitteln. Sie sind Kriterium für die Festlegung der Stimmgewichte der Länder im Bundesrat und bestimmen in vielen Bundesländern die Höhe der Finanzzuschüsse an die Kommunen.

Informationen zur Struktur der Bevölkerung auf allen Verwaltungsebenen

Neben dem Ziel der Ermittlung verlässlicher amtlicher Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden, liefern die Erhebungsdaten zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, auch die Basis für statistische und planerische Analysen, in denen die Bevölkerung hinsichtlich ihrer demografischen und sozio-ökonomischen Strukturen untersucht wird. Mit anderen Worten: Der Zensus 2011 liefert unter anderem Antworten auf die Fragen, wie viele Menschen – in der Bundesrepublik Deutschland, in den Bundesländern und in den Gemeinden – in welchen familiären Zusammenhängen leben, welcher Art von Beschäftigung diese Menschen nachgehen und wie sie wohnen. Letzteres wird über die im Rahmen des Zensus 2011 stattfindende Gebäude- und Wohnungszählung erhoben, die Aufschluss über den zum 9. Mai 2011 vorhandenen Gebäude- und Wohnungsbestand in Deutschland gibt.

Datenbasis für zukünftige wissenschaftliche Untersuchungen und Auswertungen

Zusammengenommen wird mit dem Zensus 2011 eine breit gefächerte Datenbasis für zukünftige statistische Untersuchungen und Auswertungen geschaffen. Hiervon profitieren die Nutzer statistischer Daten, insbesondere auch die Politik und die Verwal-

tung, da sich die Qualität ihrer Planungs-, Festlegungs- und Bemessungsgrundlagen erheblich verbessert. Von tief regionalisierten Grund- und Strukturdaten profitieren jedoch nicht nur Bund, Länder und Gemeinden; diese Daten eröffnen auch der Wissenschaft die Möglichkeit für breit angelegte Forschungsarbeiten.

Der Zensus 2011 als registergestütztes Erhebungsverfahren

Um die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Erhebungsdurchführung so gering wie möglich zu halten, wird in Deutschland ein registergestütztes Zensusmodell angewendet. Während sich registergestützte Verfahren in den nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Schweden und Island bereits seit fast zwei Jahrzehnten bewährt haben, wird in Deutschland zum ersten Mal eine Volkszählung auf registergestützten Erhebungen basieren. Bisher hat man hierzulande – beispielsweise auch bei der Volkszählung 1987 – lediglich Auszüge aus den Melderegistern erhebungsunterstützend genutzt.

Im Gegensatz zu den oben genannten Ländern existieren in Deutschland keine zentralen Personenregister, aus denen ein Großteil der zensusrelevanten Informationen auf der Personenebene über individuell eindeutige Identifikationsnummern vernetzt ausgelesen werden könnten. Um die Erhebung für den Zensus 2011 in Deutschland dennoch registergestützt durchführen zu können, wurde von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ein komplexes Erhebungs- und Auswertungskonzept entwickelt, bei dem die zum Teil dezentral und unverknüpft in Verwaltungsregistern vorhandenen Informationen dennoch effektiv genutzt werden können.

In Deutschland existieren keine zentralen Personenregister

Zensus 2011 – kompakt

Ziele

- Feststellung belastbarer amtlicher Einwohnerzahlen.
- Ermittlung tief regionalisierter Grund- und Strukturdaten zu den Bereichen Bevölkerung, Haushalte, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gebäude/Wohnungen.
- Schaffung einer verlässlichen Basis für statistische Aufgaben (Stichprobenziehungen, Fortschreibungen).

Registergestützter Ansatz

Verknüpfung personenbezogener Daten, die aus unterschiedlichen Quellen gewonnen werden.

1. Registerauswertungen

a) Melderegister:

Rund 4,3 Mill. Datensätze in Rheinland-Pfalz werden im Hinblick auf demografische Merkmale (z. B. Alter und Geschlecht) und geografische Merkmale (z. B. Geburtsort) ausgewertet.

b) Erwerbsstatistische Register:

Rund 1,4 Mill. Datensätze Erwerbstätiger und Erwerbsloser werden im Hinblick auf erwerbsstatistische Merkmale wie Erwerbsstatus, Beruf und Arbeitsort untersucht.

2. Primärstatistische Erhebungen

a) Gebäude- und Wohnungszählung:

- Rund 1,1 Mill. Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer bzw. Gebäudeverwalterinnen und -verwalter werden zu gebäude- und wohnungsstatistischen Merkmalen (z. B. Gebäudetyp, Baujahr, Ausstattung, Fläche, Heizungsart) befragt.

- Die Befragung erfolgt postalisch; die Rückmeldung wahlweise auch per Online-Fragebogen.
- Ziel ist die Gewinnung von Merkmalen für die Haushaltegenerierung (z. B. Anzahl der Personen je Wohnung).

b) Haushaltsstichprobe:

- Rund 550 000 Personen an 125 000 Adressen werden zur
 - Qualitätssicherung der aus den Melderegistern ermittelten Einwohnerzahlen und zur
 - Gewinnung nicht aus Registern verfügbarer Informationen (z. B. Bildungsstand) befragt.

- Die Befragung in den Haushalten erfolgt durch geschulte Interviewerinnen und Interviewer oder wahlweise per Selbstausfüller- oder Online-Fragebogen.

c) Erhebung an Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünften:

- In rund 2 000 Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünften (z. B. Senioren- und Pflegeheime, Studentenwohnheime) werden zur Qualitätssicherung der aus den Melderegistern ermittelten Einwohnerzahlen demografische Merkmale erhoben.

- Die Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner bzw. der Einrichtungsleitungen erfolgt durch geschulte Interviewerinnen und Interviewer.

d) Ergänzende Erhebungen zur Qualitätssicherung

Datenschutz

- Anonymität der Personendaten ist garantiert.
- Individualdaten werden ausschließlich für statistische Aufbereitungen im Rahmen des Zensus genutzt.
- Keine Rückmeldung von personenbezogenen Daten an die Verwaltungen (Einbahnstraßenprinzip).
- Löschung von Hilfsmerkmalen wie Name oder Anschrift.

Ergebnisse

Ab November 2012:

- Amtliche Einwohnerzahlen von Bund, Länder und Gemeinden in schematischer demografischer Untergliederung.
- Angaben zu Gebäude- und Wohnungsbeständen bis auf die Gemeindeebene.
- Vorläufige Auswertungen demografischer, erwerbs- und bildungsstatistischer Informationen aus der Haushaltsstichprobe.

Ab Mai 2013:

- Angaben zur Nutzung der Gebäude und Wohnungen.
- Endgültige Auswertungen demografischer, erwerbs- und bildungsstatistischer Merkmale einschließlich Angaben zur Haushaltsstruktur in kleinräumiger Untergliederung.

Anschriften- und Gebäuderegister als Basis für sämtliche Zensus-erhebungen

Bereits im Vorfeld der Erhebungen werden im Wesentlichen Registerbestände der Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der Vermessungsverwaltung für den Aufbau eines flächendeckenden Anschriften- und Gebäuderegisters genutzt. In dieses werden die Eigentümer und sämtliche Anschriften, an denen sich potenzieller Wohnraum befindet, eingelagert. Diese im Anschriften- und Gebäuderegister enthaltenen Daten dienen im Zensusverlauf zur Steuerung und zur Ablaufkontrolle der bereits erwähnten Gebäude- und Wohnungszählung sowie aller weiteren primärstatistischen Zensus-erhebungen.¹⁾

Die Erhebung speziell der Gebäude- und Wohnungsdaten erfolgt mittels einer postalischen Befragung der Gebäude- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer bzw. der Gebäude- und Wohnungsverwalterinnen und -verwalter. Von diesen werden – neben der Anschrift des jeweiligen Gebäudes – unter anderem auch Informationen zur Art des Gebäudes, zur Zahl der Wohnungen im Gebäude, zu deren Ausstattung und Fläche sowie zu den Eigentumsverhältnissen und dem Baujahr erfragt.

13% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in der Stichprobe

Eine ergänzende Befragung im Rahmen einer parallel ablaufenden Stichprobenerhebung in Privathaushalten ist ein weiterer wichtiger primärstatistischer Bestandteil des registergestützten Zensusmodells. Bei der Stichprobenerhebung werden rund 13% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung durch speziell geschulte Interviewerinnen und Interviewer befragt, um zusätzlich Informationen zu gewinnen, die nicht aus den Verwaltungsregistern bezogen werden können. Sowohl die Vorbereitung der Stichprobenerhebung

als auch die Auswahl der Stichprobeneinheiten werden über das Anschriften- und Gebäuderegister gesteuert.

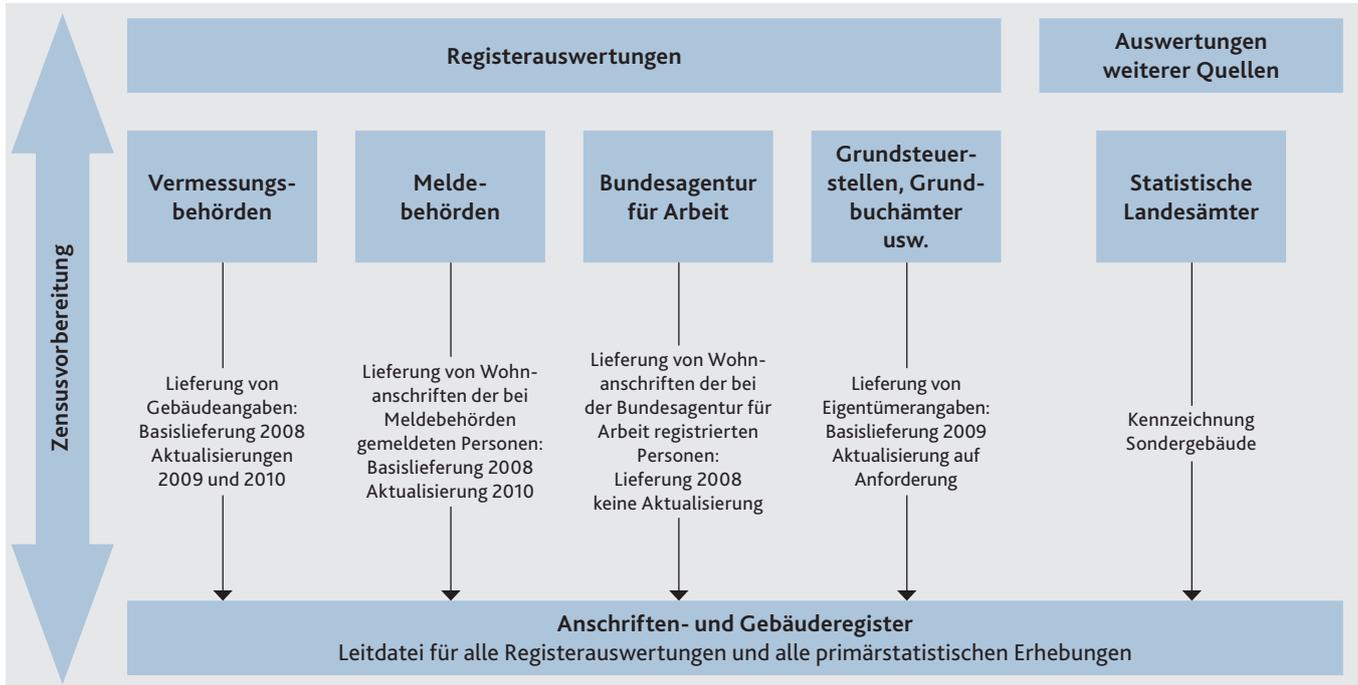
Daneben werden im Anschriften- und Gebäuderegister sogenannte Sonderanschriften gekennzeichnet. Zu diesen gehören Anschriften, an denen sich Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünfte – d. h. beispielsweise Studentenwohnheime, Alten- und Pflegeheime oder Justizvollzugsanstalten – aber auch Notunterkünfte befinden. Die Einbeziehung dieser Bereiche in die primärstatistischen Befragungen liegt darin begründet, dass die Melderegister für diese Einrichtungen erfahrungsgemäß eine hohe Anzahl an Über- und Unterfassungen aufweisen. Eine gesonderte Erhebung ist insofern für die Ermittlung qualitativ hochwertiger amtlicher Einwohnerzahlen unerlässlich.

Der Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters ist einer der vielen Arbeitsabschnitte, die ohne eine intensive Mitwirkung der Kommunen nicht leistbar wären.

Zur Ermittlung der Eigentümerinnen und Eigentümer potenzieller Wohnanschriften in Rheinland-Pfalz verarbeitet das Statistische Landesamt zurzeit umfangreiche Datenlieferungen der für die Grundsteuer und für die Abfallentsorgung zuständigen Stellen. Diese Registerdaten werden im Wesentlichen durch die rheinland-pfälzischen Kommunen und Landkreise bereitgestellt. Neben der Zulieferung dieser Registerdaten ist das Statistische Landesamt auch bei der Durchführung der eigentlichen Zensus-Erhebungen im Jahr 2011 in vielfacher Hinsicht auf die Hilfestellung der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise angewiesen. Zur Sicherstellung eines störungsfreien Ablaufs der primärstatistischen Erhebungen ist es notwendig, dezentral Vor-Ort eine effektive

Unterstützung durch rheinland-pfälzische Kommunen bei der Erhebungsdurchführung

1) Für einen detaillierten Überblick über die Ausgestaltung der primärstatistischen Erhebungen im Rahmen des Zensus 2011 vgl. Dr. Schneider, Dirk: Zensus 2011, Heft 02/2008



Erhebungsorganisation aufzubauen, die das Statistische Landesamt bei der Durchführung des Zensus 2011 unterstützt. Zu diesem Zweck wird in jedem der 24 Landkreise und in jeder der zwölf kreisfreien Städte jeweils eine kommunale Erhebungsstelle eingerichtet. Die Erhebungsstellen rekrutieren, schulen und koordinieren die Interviewerinnen und Interviewer und gewährleisten die vollständige Übermittlung der Erhebungsunterlagen an das Statistische Landesamt. Zudem tragen sie durch Vor-Ort-Recherchen zur Klärung von Unstimmigkeiten bei. Zur Wahrung des Statistikgeheimnisses und des Datenschutzes ist die strikte Trennung zwischen Statistik und der Verwaltung zu gewährleisten. Die Erhebungsstellen sind zu jeder Zeit des Verfahrens als organisatorisch, räumlich und personell von den übrigen Verwaltungsbereichen abgeschottete Einheiten zu führen.

Der Datenschutz

Bei der Erhebung und Verarbeitung der Daten im Rahmen der Vorbereitung und der Durchführung des Zensus genießen der Datenschutz und das Statistikgeheimnis höchste Priorität. Dies gilt im Zensus 2011 ebenso wie auch bei jeder anderen Erhebung in der amtlichen Statistik.

Im Hinblick auf den Zensus 2011 wurden zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger bereits im Vorfeld gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, die einen Missbrauch ihrer Daten verhindern. So dürfen die Individualdaten ausschließlich für statistische Zwecke im Rahmen des Zensus genutzt und nur in den gesondert abgesicherten Bereichen der statistischen Ämter aufbereitet und ausgewertet werden. Darüber hinaus gilt auch für Daten, die aus den Ver-

Schutz von
personen-
spezifischen
Daten und
Informationen

Datenschutz
ist im
Zensusgesetz
verankert

Einbahnstraßenprinzip

waltungsregistern zugeliefert werden, das „Einbahnstraßenprinzip“. Diesem zufolge dürfen personenbezogene Daten nach Übermittlung an ein statistisches Amt nicht mehr in die Verwaltungen zurückfließen. Das Prinzip der Einbahnstraße gilt auch bei der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen: Im Rahmen des Zensus werden beispielsweise Personen ermittelt, die in einer Gemeinde leben, ohne dort gemeldet zu sein. Diese Information wird bei der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl genutzt. Es findet jedoch weder eine Rückmeldung an die Meldebehörden noch an andere Behörden statt, um welche Personen es sich dabei handelt. Das Rückmeldeverbot gilt generell.

Hierdurch wird dem besonderen Anliegen des Gesetzgebers, die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen zu schützen, Rechnung getragen. Die Bürgerinnen und Bürger können sicher sein, dass ihre persönlichen Angaben den abgeschotteten Bereich der statistischen Ämter nicht verlassen. Auch bei einem registergestützten Zensus wird zu jeder Zeit des Verfahrens sichergestellt, dass das Statistikgeheimnis und der Datenschutz streng eingehalten werden. Die im Rahmen der Volkszählung 1987 vielfach beschworene Angst vor dem „gläsernen Bürger“ ist daher unbegründet.

Nicole Graf, Diplom Volkswirtin,
ist Mitarbeiterin im Referat Zensus.

Ungültigwähler im Vergleich

Mehrheit der Ungültigwähler entschied sich bewusst dafür, ungültig zu stimmen



Von Romy Feldmann

Das Statistische Landesamt hat für die Bundestagswahl 2009, die Europawahl 2009 und die Landtagswahl 2006 die ungültigen Stimmen aus der Repräsentativen Wahlstatistik gesondert ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass in der Regel bewusst ungültig gewählt wird. Die meisten Ungültigwählerinnen und -wähler haben sich also entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen und ihren Unmut über die Politik zu dokumentieren.

Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Grundlage für die Untersuchung der ungültigen Stimmabgabe sind die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistiken für die Bundestagswahl 2009, die Europawahl 2009 sowie die Landtagswahl 2006. Aufgrund der Unterschiede hinsichtlich der Wahlbeteiligung ergeben sich für diese drei Wahlen unterschiedliche Stichprobenumfänge. Während bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl jeweils rund 90 000 Stimmzettel in die Untersuchung einbezogen werden konnten, waren es bei der Europawahl nur etwa 87 000 Stimmzettel.

Markierung der Stimmzettel

Bei der Repräsentativen Wahlstatistik sind die Stimmzettel mit einer Markierung zu Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler versehen. Das Wahlgeheimnis bleibt

dabei gewahrt. Es sind keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten von Einzelpersonen möglich. Um das zu gewährleisten, können Urnenwahlbezirke nur dann in die Erhebung einfließen, wenn sie bei der letzten Wahl mindestens 400 Wahlberechtigte aufweisen. Bei den Briefwahlbezirken müssen mindestens 400 Personen gewählt haben. Darüber hinaus dürfen höchstens fünf Geburtsjahresgruppen mit mindestens sieben Geburtsjahrgängen gebildet werden. Schließlich ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik auf Wahlbezirks- bzw. Briefwahlbezirksebene ausgeschlossen.

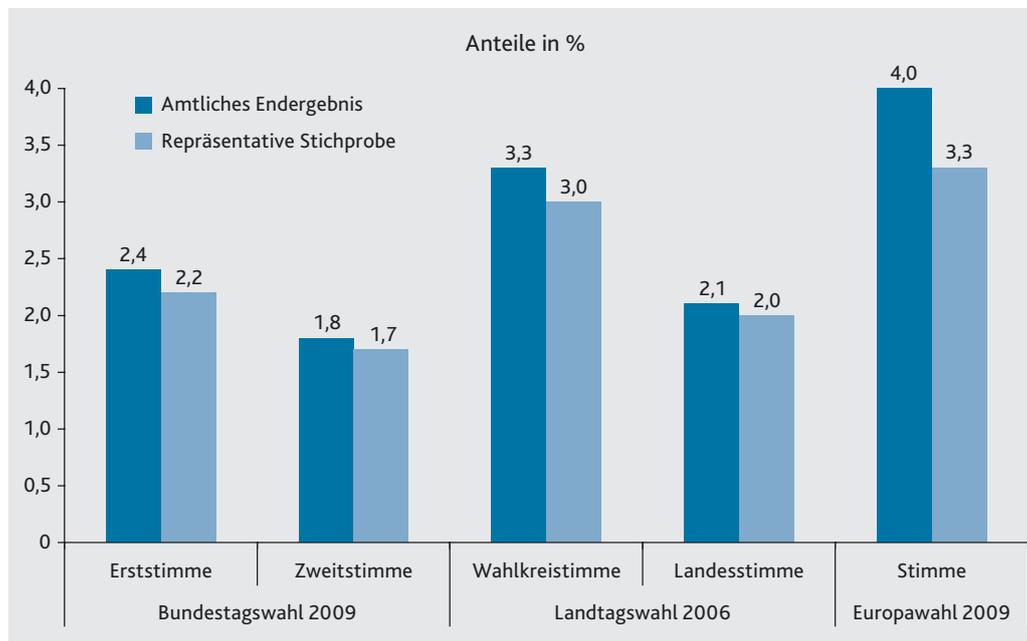
Wahlgeheimnis gewahrt

Ein Vergleich der amtlichen Endergebnisse mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik zeigt für alle drei Wahlen in den ausgewählten Stimmbezirken einen geringeren Anteil an ungültigen Stimmen.

Ungültige Stimmen in der Stichprobe unterrepräsentiert

G1

Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, Landtagswahl 2006 und Europawahl 2009



Stärkste Abweichung bei der Europawahl

Die Ungültigwähler sind in den Stichproben also unterrepräsentiert. Am stärksten ist die Abweichung bei der Europawahl 2009 mit 0,7 Prozentpunkten.

Nach der Repräsentativen Wahlstatistik ergaben sich bei der Bundestagswahl 2,2% ungültige Erststimmen und 1,7% ungültige Zweitstimmen. Bei der Landtagswahl waren 3% der Wahlkreisstimmen und 2% der Landesstimmen nicht gültig. Bei der Europawahl ist nur eine Stimme zu vergeben; von den abgegebenen Stimmen wurden 3,3% für ungültig erklärt.

Die meisten ungültigen Stimmen werden absichtlich ungültig abgegeben

Bei allen drei Wahlen wählte die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die ungültige Stimmen abgaben, bewusst ungültig. Die Stimmzettel enthielten entweder keine Markierungen, waren durchgestrichen oder mit Bemerkungen versehen.

Da keine Wahlpflicht besteht, hätten diese Wählerinnen und Wähler auch der Wahlurne fernbleiben können. Sie haben sich aber bewusst entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen und „ungültig“ zu wählen.

Bei der Bundestagswahl 2009 lässt sich lediglich bei 365 Stimmzetteln der insgesamt 2 500 in der Stichprobe erfassten ungültigen Erst- und Zweitstimmen auf versehentliche Ungültigkeit schließen (15%). Bei der Europawahl 2009 sind 380 von 2 880 Stimmzetteln versehentlich ungültig gekennzeichnet worden (13%). Bei der Landtagswahl 2006 waren rund 280 von 3 170 Wahlkreis- und Landesstimmen offensichtlich aufgrund eines Versehens der Wählerinnen und Wähler nicht gültig (9%). Bewusst ungültig gemacht worden sind demnach bei der Bundestagswahl 85%, bei der Europawahl 87% und bei der Landtagswahl 91% der ungültigen Stimmzettel.

Höchster Anteil bewusst ungültig abgegebener Stimmen bei der Landtagswahl mit 91%

Unkenntnis des Wahlrechts

Obwohl sich dies mithilfe der Repräsentativen Wahlstatistik nicht abschließend klären lässt, gehen die meisten versehentlich ungültig abgegebenen Stimmen wohl auf Unkenntnis des Wahlrechts zurück. Die meisten Wählerinnen und Wähler scheinen zwar zu wissen, dass sie bei der Wahl zum Bundestag bzw. zum rheinland-pfälzischen Landtag zwei Stimmen abgeben dürfen. Sie haben aber oft – anstatt eine Erst- und eine Zweitstimme bzw. eine Wahlkreis- und eine Landesstimme abzugeben – zwei Erst- bzw. zwei Wahlkreisstimmen oder zwei Zweit- bzw. zwei Landesstimmen vergeben.

Bei der Europawahl rührt die unbeabsichtigt ungültige Stimmabgabe oft daher, dass auf dem Stimmzettel zwei Kreuze gemacht werden. Den Wählerinnen und Wählern scheint also nicht bewusst zu sein, dass es sich bei der Europawahl um ein „Einstimmenwahlrecht“ handelt.

Diese Erkenntnisse können als Ansatzpunkt für die Verhinderung der versehentlichen ungültigen Stimmabgabe dienen. Hier scheint eine gezielte Information besonders älterer Wählerinnen und Wähler erforderlich zu sein.

Zusätze auf Stimmzetteln machen diese ungültig

Auf einigen Stimmzetteln mit mindestens einer gültigen Stimme waren neben dem Kreuz entweder Korrekturen oder Zusätze vermerkt, sodass diese Stimmen – trotz eindeutiger Wahlentscheidung – nach den Wahlgesetzen für ungültig erklärt werden mussten. In den Zusätzen wurden die gewählten Kandidaten und/oder Parteien gelobt oder ihre Kontrahenten beschimpft. Bei der Landtagswahl 2006 gab ein Wähler seine beiden Stimmen in Form von Smileys ab. Hier ist nicht eindeutig erkennbar, ob es sich um positive Zustimmung handelt oder ob sich der Wähler über den Wahlkreiskan-

Info

Ungültige Stimmabgabe

Bei Bundestagswahlen regelt das Bundeswahlgesetz (BWG) in § 39 Abs. 1 die Gültigkeit von Stimmen. Demnach sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
5. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

Landtagswahl

Bei Landtagswahlen regelt das Landeswahlgesetz (LWahlG) die Gültigkeit von Stimmen. Nach § 48 Abs. 1 LWahlG sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. als nicht amtlich hergestellt erkennbar oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig.

Zweistimmenwahlrecht

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gilt das Zweistimmenwahlrecht einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl. Dabei haben die stimmberechtigten Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine Stimme für die Wahl einer bzw. eines Wahlkreisabgeordneten (Wahlkreisstimme) und eine Stimme für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste (Landesstimme). Die Wählerinnen und Wähler entscheiden mit den Landesstimmen, wie sich der neue Landtag nach Parteien und Wählervereinigungen zahlenmäßig zusammensetzt, und mit den Wahlkreisstimmen, welche Abgeordneten in den Wahlkreisen direkt gewählt sind. Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel unabhängig voneinander abgegeben.

Repräsentative Wahlstatistik

Rechtsgrundlage für die so genannte „repräsentative Wahlstatistik“ ist § 54 a Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 31. Januar 2006 (GVBl. S. 35).

didaten und die Partei lächerlich machen wollte. Daher mussten beide Stimmen für ungültig erklärt werden.

Den Wählerinnen und Wählern scheint oft die Konsequenz ihrer Kennzeichnung nicht bewusst zu sein. Ihnen fehlt offenbar die Information, dass die Stimmen durch solche Markierungen ungültig werden, sowie die Kenntnis, dass sie bei Bedarf von den ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und -helfern auf Nachfrage einen neuen Stimmzettel bekommen können.

Ältere Wählerinnen und Wähler geben häufiger ungültige Stimmen ab als jüngere

Junge Wählerinnen und Wähler zwischen 18 und 34 Jahren gaben am seltensten ungültige Stimmen ab

Frauen und Männer wählten bei den drei untersuchten Wahlen in etwa gleich häufig ungültig. Unterschiede bestehen zwischen den Altersgruppen. Je älter die Wählerschaft ist, desto höher ist der Anteil der ungültigen Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2009 war der Anteil der ungültigen Stimmen an allen abgegebenen Stimmen bei den 60-Jährigen und Älteren doppelt so hoch (2,6%) wie bei den 18- bis 25-Jährigen (1,3%). Bei der Landtagswahl 2006 war ein ähnlich großer Unterschied zu beobachten; bei den Jungwählerinnen und -wählern belief sich der Anteil der ungültigen Stimmen auf 1,8%, während er bei den älteren Wählerinnen und Wählern bei 3,4% lag. Bei der Europawahl 2009 war der Unterschied noch ausgeprägter. Während sich der Anteil der ungültigen Stimmen bei den Jüngeren auf 2% belief, lag er bei den Älteren bei 4,7%.

Ungültige Stimmzettel mit Beschimpfungen wurden meistens von Männern abgegeben

Außerdem zeigten sich bei den jüngeren und älteren Wählerinnen und Wählern Unterschiede bezüglich der Form der Ungültigkeit. So brachten ältere Wählerinnen und Wähler häufiger Bemerkungen auf

den Stimmzetteln an, Männer häufiger als Frauen. Beschimpfungen auf dem Stimmzettel gingen insbesondere von älteren Männern über 60 Jahren aus: Etwa die Hälfte aller Beschimpfungen kam aus dieser Personengruppe. Am häufigsten wurden die Politiker dabei als Lügner oder Betrüger bezeichnet.

Häufigster Grund der Ungültigkeit sind leere oder durchgestrichene Stimmzettel

Die Wählerinnen und Wähler gaben ihre Stimmen am häufigsten ungültig ab, indem sie die Stimmzettel leer ließen oder durchstrichen. Bei der Bundestagswahl wurden rund 70% der ungültigen Stimmen in einer dieser beiden Varianten abgegeben. Bei der Landtagswahl waren es 76% und bei der Europawahl sogar gut 81%.

Kommentare enthielten bei der Bundestagswahl rund 8% und bei der Landtagswahl und der Europawahl jeweils gut 2% der ungültigen Stimmzettel. Es handelte sich meistens um Begründungen für die ungültige Wahl oder um Beschimpfungen. In einigen Fällen haben die Wählerinnen und Wähler auch das Wort „ungültig“ auf dem Stimmzettel vermerkt.

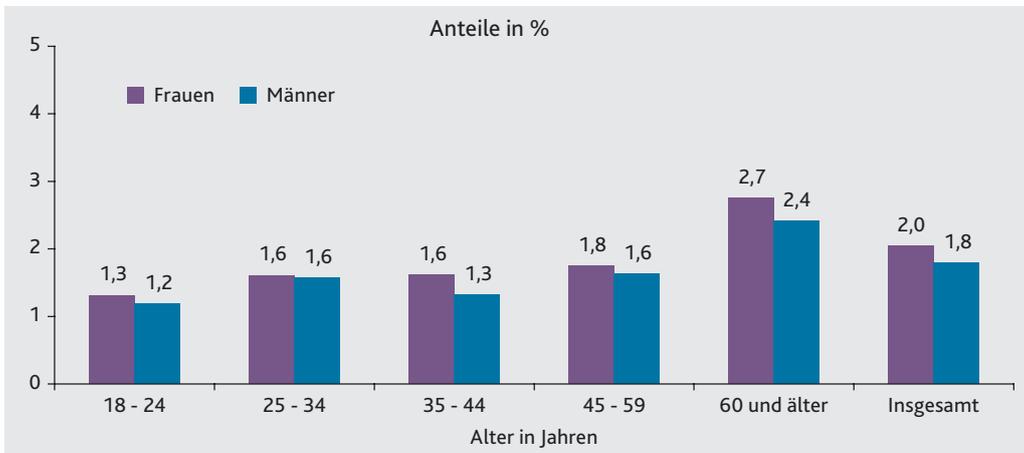
Auch eigene Wahlvorschläge waren ein häufiger Grund für die Ungültigkeit der Stimmabgabe. Eine Besonderheit gab es diesbezüglich bei der Bundestagswahl 2009. Rund 3,5% der ungültigen Stimmen gingen auf einen auf dem Stimmzettel angebrachten eigenen Wahlvorschlag zurück (Landtagswahl: 1,4%, Europawahl: 1,8%). Dabei war fast ausschließlich ein bekannter Schauspieler genannt, der sich in einem Spielfilm, der kurz vor der Bundestagswahl anlief, als Kanzlerkandidat aufstellen lassen wollte. Bei der Landtagswahl 2006 waren meistens Comic-

Der größte Teil der ungültigen Stimmen wird in Form von leeren Stimmzetteln abgegeben

Eigene Wahlvorschläge bei der Bundestagswahl besonders häufig

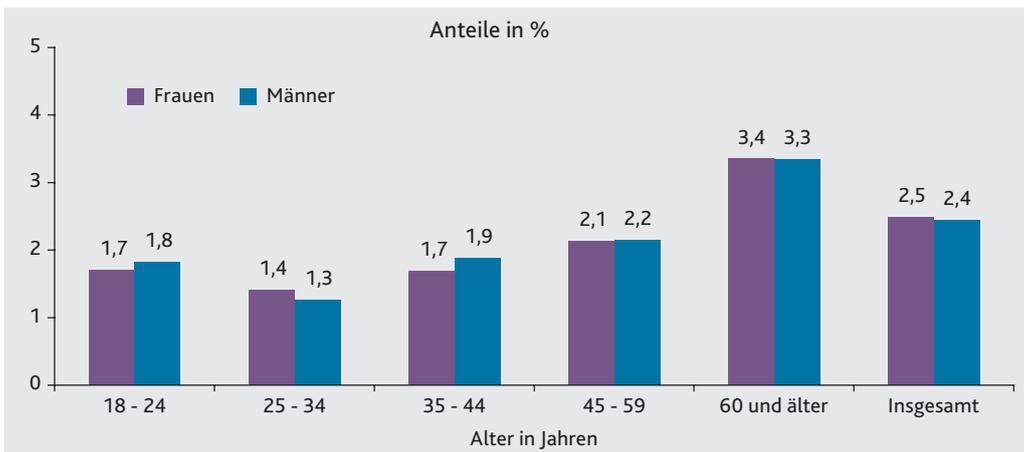
G 2

**Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2009
nach Geschlecht und Altersgruppen**



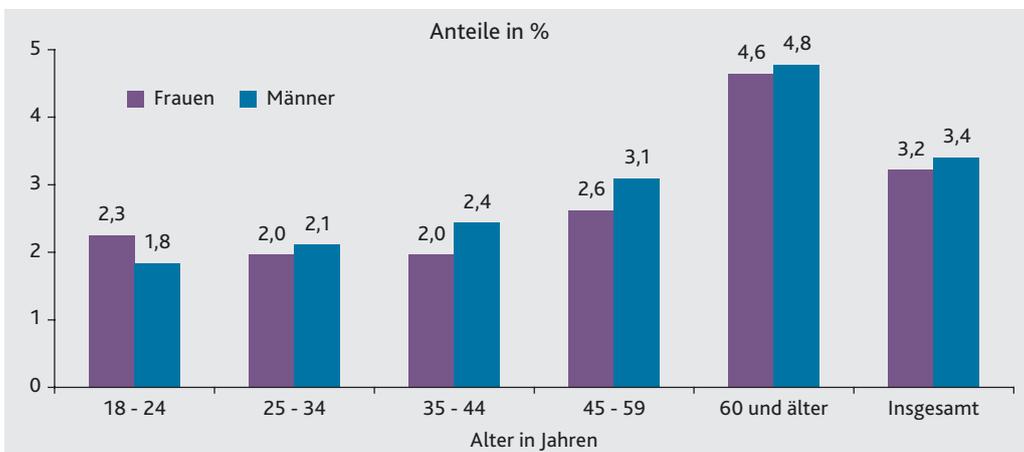
G 3

**Ungültige Stimmen bei der Landtagswahl 2006
nach Geschlecht und Altersgruppen**



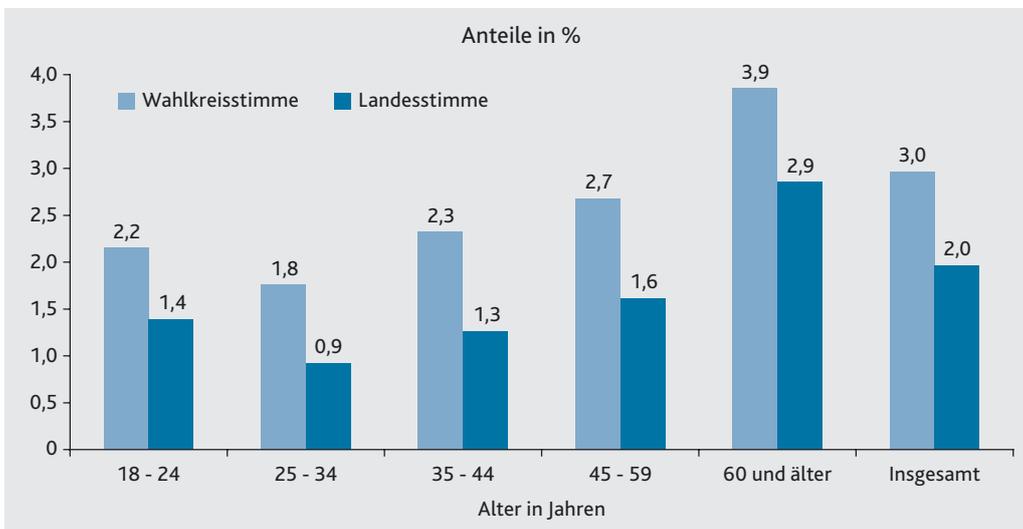
G 4

**Ungültige Stimmen bei der Europawahl 2009
nach Geschlecht und Altersgruppen**



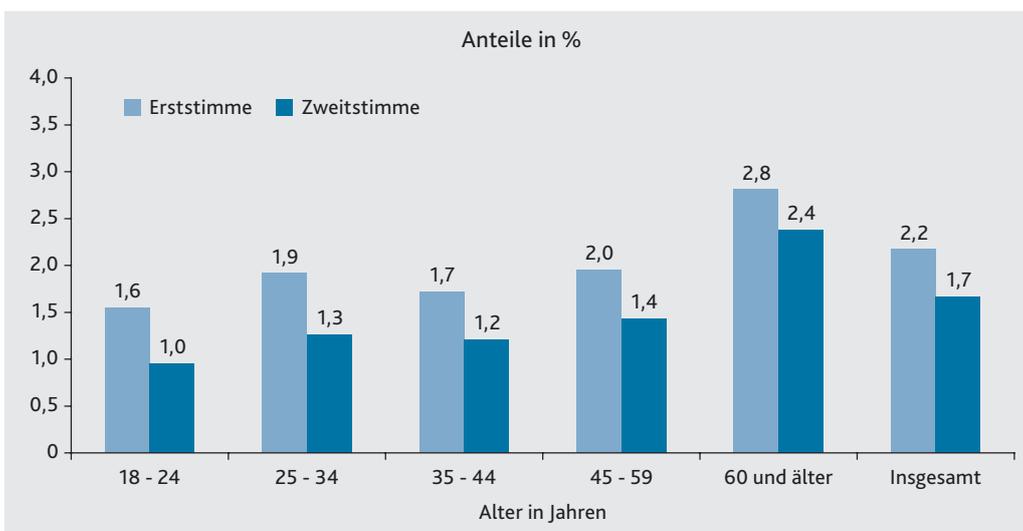
G 5

Ungültige Stimmen bei der Landtagswahl 2006 nach Wahlkreis- und Landesstimme



G 6

Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2009 nach Erst- und Zweitstimme



figuren als eigene Wahlvorschläge genannt worden. Insbesondere Letzteres deutet auf eine bewusst ungültige Stimmabgabe hin.

Direktkandidaten und Parteien an. Etliche Stimmzettel waren lediglich mit einem Fragezeichen versehen.

Zeichnungen

Darüber hinaus wurden auf den Wahlzetteln auch Zeichnungen angefertigt oder Zeitungsartikel eingeklebt. Einige Wahlzettel wurden auch einfach zerrissen. Manche Wählerinnen und Wähler machten mehr als zwei Kreuze, andere kreuzten sogar alle

In einigen Kommentaren wurde explizit die Enttäuschung über die Politik oder den Kandidaten als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. So klagten einige Wähler, kein Vertrauen mehr in die Politik zu haben und von allen Parteien enttäuscht zu sein.

Kommentare

T 1

Ungültige Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, Landtagswahl 2006 und Europawahl 2009 nach dem Ungültigkeitsgrund

Form der Ungültigkeit	Bundestagswahl 2009		Landtagswahl 2006		Europawahl 2009
	Erststimme	Zweitstimme	Wahlkreisstimme	Landesstimme	Stimme
	%				
Leer	47,8	28,5	69,2	47,8	62,0
Durchgestrichen	26,9	34,7	14,7	20,4	19,1
Alle angekreuzt	3,2	3,6	2,5	3,3	1,8
Zwei und mehr Kreuze, aber nicht alle	15,1	23,8	11,1	25,5	13,3
Beschimpfung/Scherz/Begründung	2,8	3,8	1,2	1,6	1,9
Eigener Wahlvorschlag	2,9	4,0	0,2	0,2	0,2
Nur die Bemerkung „Ungültig“	0,6	0,6	0,4	0,5	0,3
Zeichnung	0,6	0,9	0,4	0,6	0,3
Sonstiges	0,1	-	0,2	0,2	1,1
Insgesamt	100	100	100	100	100

Begründungen für ungültige Stimmen ...

Es gab bestimmte Themen, die die Ungültigwählerinnen und -wähler besonders beschäftigten. Diese hängen oft mit dem aktuellen politischen Geschehen zusammen. Ein Schwerpunkt waren bei allen Wahlen finanzielle Verhältnisse. Besonders Diätenerhöhungen wurden von den Wählerinnen und Wählern sehr kritisch gesehen. Darüber hinaus wurden die Nebeneinkünfte der Politiker als Grund dafür thematisiert, ungültig zu wählen.

... Diäten-erhöhung

sprochen. Einige Wählerinnen und Wähler vermerkten auf ihren Stimmzetteln, dass sie erst dann wieder bereit seien, gültige Stimmen abzugeben, wenn die Rente erhöht werde. Auch bei der Bundestagswahl im Jahr 2009 waren die Renten – trotz der Erhöhung kurz vor der Wahl – noch ein häufiger Grund für die Abgabe ungültiger Stimmen.

Die Stimmabgabe für eine „sonstige“ Partei in Verbindung mit einer ungültigen Stimme ist eine häufige Konstellation

Das Stimmensplitting mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme ist sowohl bei der Bundestags- als auch bei der Landtagswahl möglich. Es wurde bei den untersuchten Wahlen hauptsächlich genutzt, um mit der Zweit- bzw. Landesstimme eine Partei zu wählen, ohne eine Erst- bzw. Wahlkreisstimme zu vergeben. Diese Splittingvariante gab es besonders häufig bei den sonstigen Parteien. Sie bekamen von den Wählerinnen und Wählern, die so kombiniert haben, bei der Landtagswahl gut 43% und bei der Bundestagswahl 25% der Stimmen.

Gültige Zweit- bzw. Landesstimme häufig mit ungültiger Erst- bzw. Wahlkreisstimme kombiniert

... Mehrwert-steuererhöhung

Bei der Landtagswahl im März 2006 wurde die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. Aber auch bei der Bundestagswahl 2009 war die Erhöhung der Mehrwertsteuer immer noch eine Begründung für die ungültige Stimmabgabe.

... Nullrunden bei der Rente

Ein sehr wichtiger Grund für die Abgabe ungültiger Stimmen sind immer wieder die Renten. Bei der Landtagswahl 2006 wurden häufig die Nullrunden bei der Rente als Grund für die Ungültigkeit genannt. Dieses Thema wurde naturgemäß vor allem von den älteren Wählerinnen und Wählern ange-

T 2

Stimmensplitting mit einer ungültigen Stimme bei der Bundestagswahl 2009 und bei der Landtagswahl 2006 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Bundestagswahl 2009		Landtagswahl 2006	
	gültige			
	Erststimme	Zweitstimme	Wahlkreisstimme	Landesstimme
%				
Insgesamt				
18 - 24	6,7	3,5	4,4	3,6
25 - 34	9,3	5,0	2,8	8,4
35 - 44	13,1	9,2	10,5	13,3
45 - 59	27,0	22,2	24,3	24,1
60 und älter	44,0	60,1	58,0	50,6
Insgesamt	100	100	100	100
Frauen				
18 - 24	6,3	4,0	2,0	2,5
25 - 34	8,3	5,2	2,6	15,0
35 - 44	11,6	9,5	9,9	15,0
45 - 59	22,7	19,2	20,7	15,0
60 und älter	51,1	62,2	64,8	52,5
Zusammen	100	100	100	100
Männer				
18 - 24	7,2	3,0	4,8	4,7
25 - 34	10,4	4,7	1,9	2,3
35 - 44	14,9	8,9	9,0	11,6
45 - 59	32,3	26,3	26,7	32,6
60 und älter	35,3	57,2	57,6	48,8
Zusammen	100	100	100	100

Gründe für ungültige Erst- bzw. Wahlkreisstimme

Ein möglicher Grund für eine solche Wahlentscheidung könnte sein, dass die Direktkandidaten der kleineren sonstigen Parteien häufig nicht genügend bekannt sind. So vergeben einige Wählerinnen und Wähler lieber keine Erst- bzw. Wahlkreisstimme, als eine Person zu wählen, die sie nicht kennen. Auch eine geringe Chance für einen Wahlsieg kann eine Ursache sein, dass ein Kandidat nicht gewählt wird. Ein weiterer Grund könnte sein, dass kleine Parteien oft keinen Kandidaten für die Erst- bzw. Wahlkreisstimme aufstellen. So erhielten beispielsweise DIE PIRATEN bei der Bundestagswahl 2009 oftmals eine gültige Zweitstimme, ohne dass eine gültige Erststimme vergeben wurde. Diese Partei hatte nur in einem rheinland-pfälzischen Wahlkreis einen Kandidaten für die Erststimme aufgestellt.

Fazit

Die Analyse der Stimmzettel hat gezeigt, dass die Abgabe von ungültigen Stimmen in den meisten Fällen bewusst geschieht. Die Wählerinnen und Wähler, die eine oder beide Stimmen ungültig abgeben, sind nicht politisch desinteressiert. Oft ist das Gegenteil der Fall: Sie haben ihre Stimme wohlüberlegt ungültig abgegeben. Insofern stellen sie ein Wählerpotenzial dar, das von der Politik noch erreicht werden kann.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im Februar leicht gesunken

ifo Index nach zehn Anstiegen in Folge gesunken

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich etwas eingetrübt. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Februar 2010 von 95,8 auf 95,2 Punkte gesunken. Das war der erste Rückgang nach zehn Anstiegen in Folge. Experten hatten mit einer weiteren Zunahme gerechnet.

Rückgang der Lagebeurteilung fällt stärker aus als Verbesserung der Geschäftserwartungen

Die Unternehmen schätzten ihre Geschäftslage deutlich ungünstiger ein als im Vormonat. Der Lageindex verschlechterte sich von 91,2 auf 89,8 Punkte. Dagegen verbesserte sich der Erwartungsindex für die nächsten sechs Monate leicht von 100,6 auf 100,9 Punkte.

Unverändertes Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe

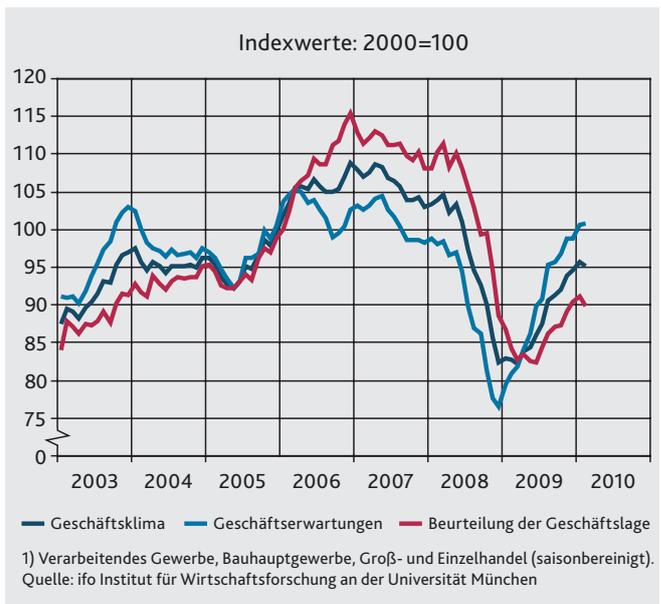
Im verarbeitenden Gewerbe blieb das Geschäftsklima nach den kräftigen Verbesserungen vom Jahreswechsel 2009/2010 im Februar nahezu unverändert. Die Industrieunternehmen blickten zuversichtlich auf das Exportgeschäft und schätzten ihre Geschäftsentwicklung für die kommenden Monate daher etwas günstiger ein. Allerdings verschlechterte sich die Einschätzung der Geschäftslage geringfügig.

Weitere Aufhellung im Baugewerbe

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung erneut verbessert. Die Lagebeurteilung fiel zwar nur etwas günstiger aus als im Januar. Dagegen zogen die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer für die kommenden Monate trotz der witterungsbedingten Beeinträchtigungen noch einmal deutlich an.

Vor allem im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima kräftig abgekühlt. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Erwart-

Stand: Februar 2010
ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



tungen für die nächsten Monate fielen im Februar erheblich schlechter aus als im Vormonat. Im Großhandel kühlte sich der Lageindex ebenfalls merklich ab. Dagegen konnte sich hier der Erwartungsindex leicht verbessern.

Schlechte Stimmung im Groß- und Einzelhandel

Leichter Anstieg der Auftrags-eingänge im verarbeitenden Gewerbe auf niedrigem Niveau

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich eine allmähliche Erholung der nach wie vor angespannten konjunkturellen Lage. Im Berichtsmonat Dezember 2009 lagen die Auftragseingänge mit +6% zum zweiten Mal im abgelaufenen Jahr über dem – allerdings sehr schwachen – Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es dagegen ein

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +0,3%

Minus von 8,9%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für den November 2009 (in den die Originalwerte für die Monate Oktober, November und Dezember einfließen) lag mit +0,3% zum ersten Mal im Jahresverlauf über dem niedrigen Vorjahreswert. Im Oktober und September hatte der Rückgang des Ordervolumens noch 10 bzw. 20% betragen.

Auslandsaufträge steigen im Vorjahresvergleich

Im Berichtsmonat Dezember 2009 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat mit -13% stärker gesunken als die ausländische Nachfrage (-5,1%). Im Vergleich zum Dezember 2008 weisen die Inlandsaufträge damit ein Minus von 1% auf, während die Auslandsaufträge in diesem Zeitraum um 12,7% anzogen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt ging die heimische Nachfrage im November 2009 um 4,5% (Oktober: -11%) zurück, das Ordervolumen aus dem Ausland stieg dagegen um 4,9% (Oktober: -9,4%).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 14,5% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) hat sich im Berichtsmonat Dezember 2009 die Auftragslage im Vormonatsvergleich deutlich verschlechtert (-9,5%). Gegenüber Dezember 2008 wurde ein Minus von 6,3% registriert. Der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts fällt im Jahresvergleich immer noch kräftig aus. Im November 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr mit -14,5% aber nicht mehr so stark wie noch im Oktober (-23%). Die Einbuße ist von Nachfragerückgängen im Inland (-6,6%) und vor allem aus dem Ausland (-21%) verursacht worden.

Fahrzeugbau: Steigende Auftragseingänge auf niedrigem Niveau

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, stiegen die Auftragseingänge

im November 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +25,4% sehr deutlich. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage zum Jahresende 2008 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmonat Dezember 2009 lag das Auftragsvolumen um 0,3% über dem Vormonatswert und erreichte etwa das Niveau vom Oktober 2008. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verringerte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 8,3%. Dagegen kam es nach den besonders kräftigen Einbrüchen der Vormonate bei den Auslandsaufträgen zu einer Zunahme um 85%.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat Dezember 2009 zu einem Auftragsminus von 11% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum auftragsschwachen Dezember 2008 kommt es dagegen zu einem Anstieg der Nachfrage um 21%. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt verschlechterten sich die Bestellungen im November 2009 gegenüber dem November des Vorjahres damit nur noch um 2,8%, nach einem Minus von 22% im Oktober. Während die heimische Nachfrage mit -27,5% wieder kräftig gesunken ist, kam es bei der Auslandsnachfrage zu einem Plus von 29%.

Auftragseingänge im Maschinenbau nur noch leicht rückläufig

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe schwächer gesunken als zuletzt

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im November 2009 gegenüber November 2008 „geglättet“ um 7,4% gesunken. Damit war das Minus deutlich schwächer als in den vorangegangenen Monaten. Zuletzt hatte es von August bis Oktober einen Rückgang zwischen 18 und 25% gegeben. In den vier vorangegangenen Monaten wurden leichte Abnahmen im Bereich von

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 7,4%

2,4 bis 3% beobachtet. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt nach dem Minus vom Oktober (-6,7%) im November wieder zu einem Auftragsplus von 2,1%. Die Auftragsrückgänge im Hochbau fielen mit -18% nicht mehr so kräftig aus wie in den Vormonaten. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2008 bei 51%, der des Hochbaus entsprechend bei 49%.

Zahl der Baugenehmigungen weiter gestiegen

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im November 2009 im Drei-Monats-Durchschnitt um 16% gestiegen. Bereits im April sowie von August bis zum Oktober (mit +40% die stärkste Verbesserung seit mehr als drei Jahren) hatte sich die Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich erhöht.

Umsätze im Handel und im Gastgewerbe gesunken – lediglich Kraftfahrzeughandel leicht im Plus

Umsatz im Einzelhandel sinkt um 0,2%

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im November 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Rückgang um 0,2% gegenüber November 2008 auf. Bereits von August bis Oktober waren im Vorjahresvergleich leicht sinkende Umsätze festgestellt worden (zwischen -0,3 und -0,9%).

Umsatzzuwachs im Kfz-Handel

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel stiegen im Drei-Monats-Durchschnitt im November 2009 zum vierten Mal in Folge. Das Plus von 0,8% gegenüber November 2008 blieb aber hinter den Zuwächsen der Vormonate zurück. Seit 2007 ist es im Kraftfahrzeughandel überhaupt erst zum siebten Mal zu einem Umsatzplus im Vorjahresvergleich gekommen.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Deutlich sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im November 2009 gegenüber November 2008 real um 3,5% und damit nicht mehr ganz so stark wie in den Vormonaten (Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts). Im Oktober lag das Umsatzminus bei 4,5%.

Weiterhin Umsatzeinbußen im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im November 2009 preisbereinigt um 2,3% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im Oktober waren die Umsätze im Vorjahresvergleich um 2,8% gesunken.

Jahresteuerrate im Februar bei 0,5%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Februar 2010 im Vergleich zum Vormonat um 0,3% gestiegen. Gegenüber dem Februar des Vorjahres hat sich der Index um 0,5% erhöht. Der Anstieg ist damit etwas niedriger als im Januar 2010 und im Dezember 2009 (jeweils +0,7%). Im November 2009 hatte es wieder ein leichtes Plus gegeben, nachdem zuvor die Teuerungsrate sechs Mal in Folge rückläufig war. Zu dem Anstieg im Februar 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+12 bzw. 11%) bei.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Februar 2010 in den Indexhauptgruppen „Verkehr“ (+3,5%), „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3%), sowie für „Möbel, Hausrat sowie ihre laufende Instandhaltung“ (+2,1%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (-0,5%), „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-1,4%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-1,8%) niedriger als im Februar 2009. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-18%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl im Februar leicht gestiegen

Die Arbeitslosigkeit hat sich auch im Februar 2010 erneut leicht erhöht. Zu diesem Anstieg trugen vor allem die winterlichen Bedingungen in den Bauberufen sowie das Ende betrieblicher Ausbildungen in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen bei. Insgesamt waren im Berichtsmonat 134 600 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 700 bzw. 0,6% mehr als im Januar. Der Anstieg fiel damit deutlich niedriger aus als sonst im Februar. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es nur eine geringe Zunahme der Arbeitslosenzahl um 1200 bzw. 0,9%.

Zahl der Arbeitslosen steigt trotz winterlicher Bedingungen nur leicht

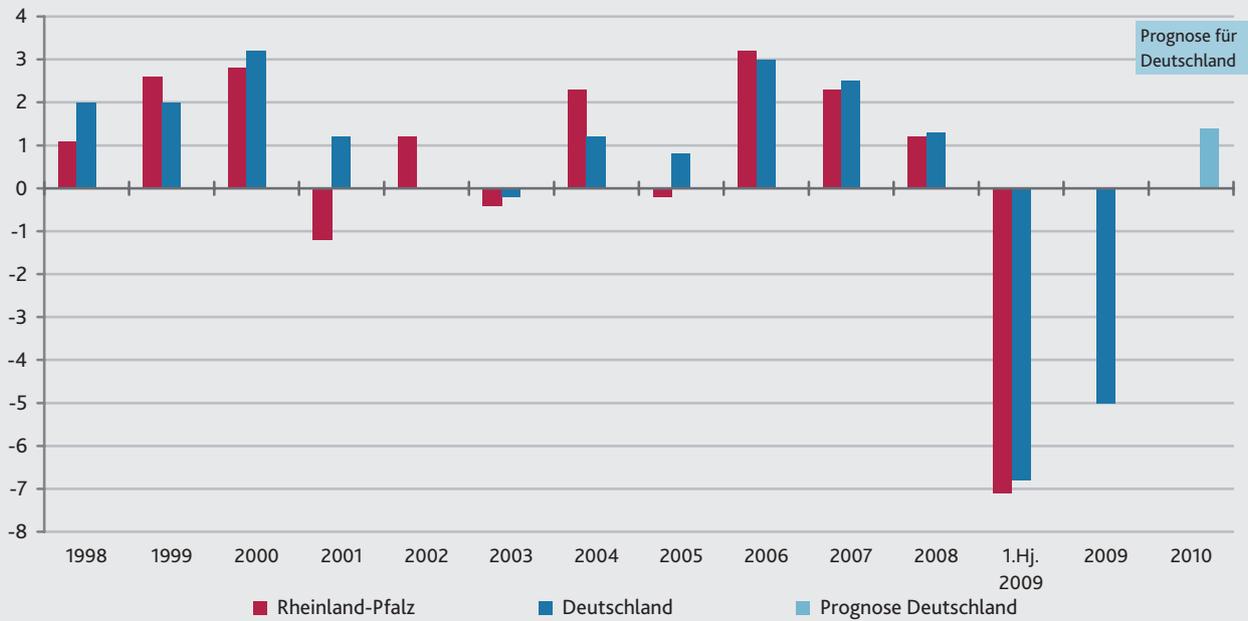
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb sowohl im Vergleich zum Vormonat als auch gegenüber Februar 2009 unverändert bei 6,4%.

Arbeitslosenquote 6,4%

Nach Ansicht der Leiterin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, Heidrun Schulz, wird die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt vor allem durch drei Faktoren bestimmt. Zur Stabilisierung der Beschäftigung und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit tragen trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage die Kurzarbeit, die Förderangebote für Arbeitslose sowie die positive Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor bei.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

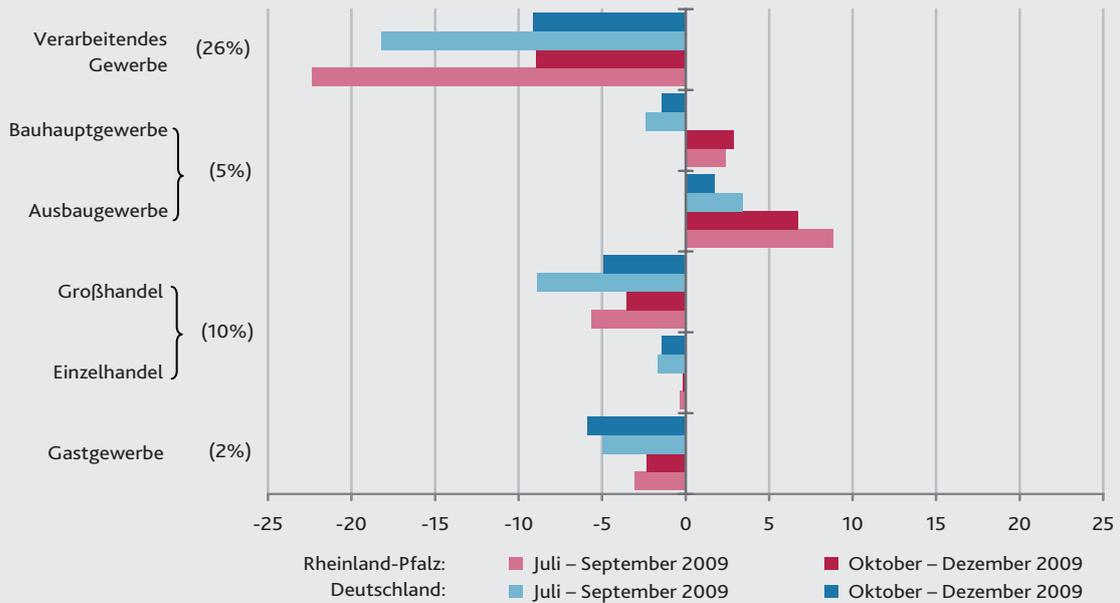
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
 – Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für 2009 im März 2010.
 Quelle Prognosewert: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – Jahreswirtschaftsbericht 2010

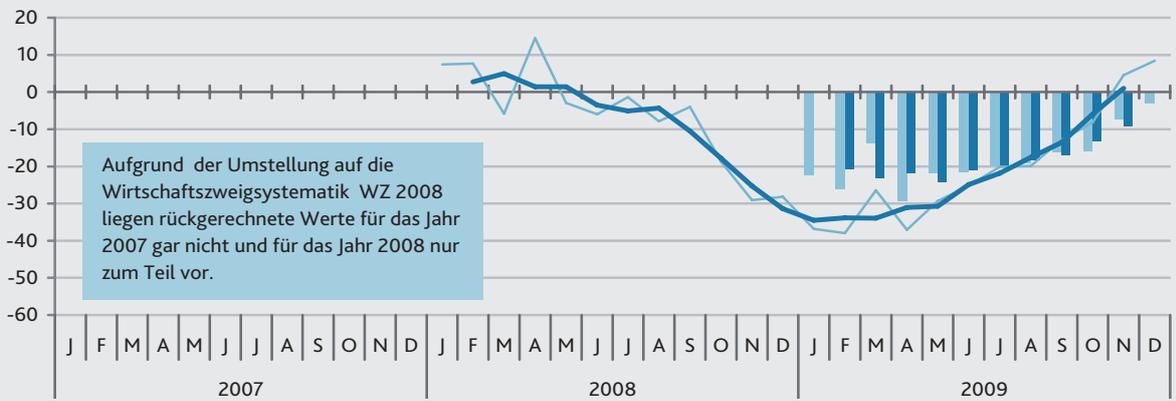
Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
 in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

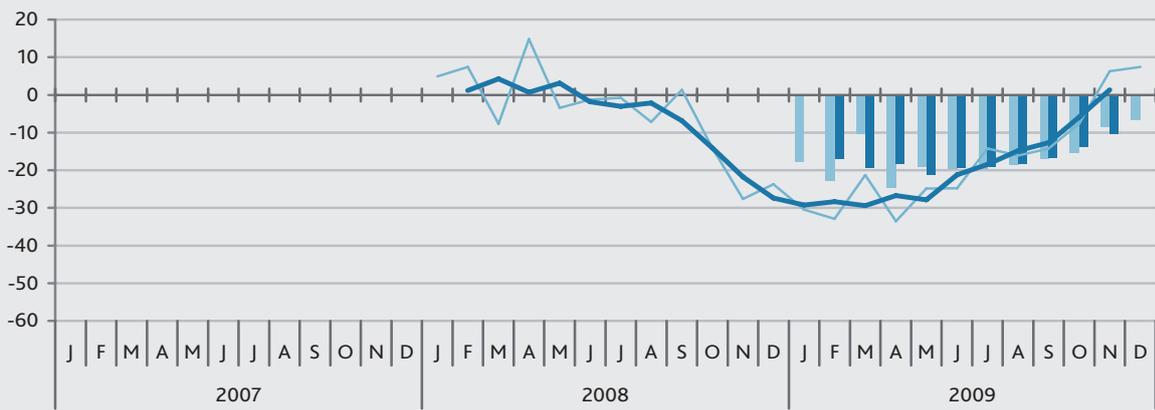


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2008. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

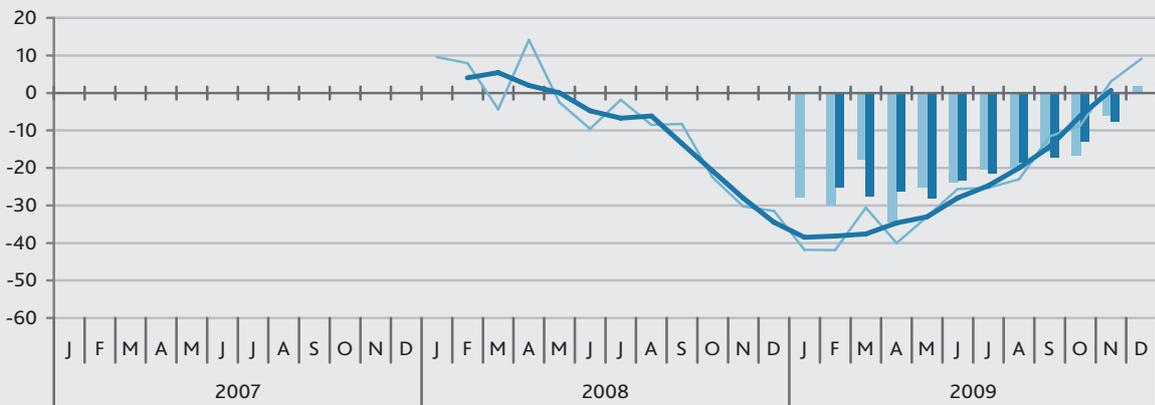
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



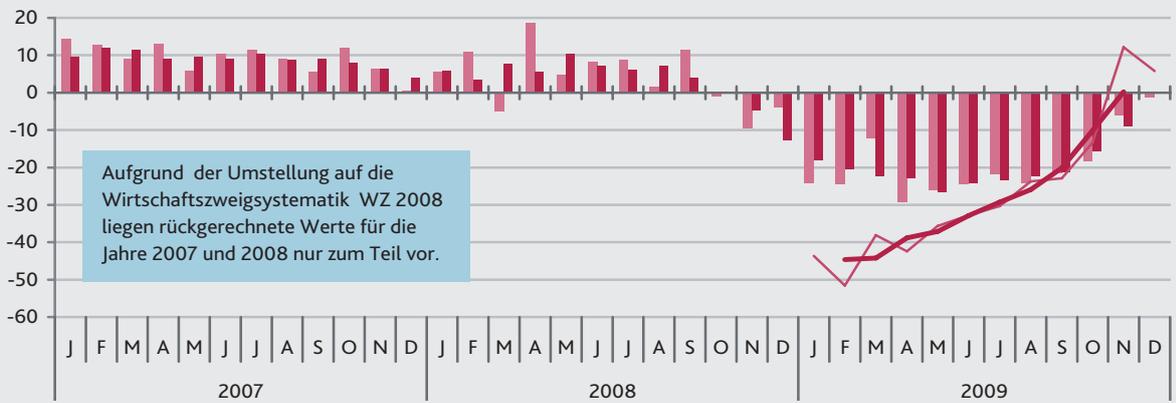
Ausland



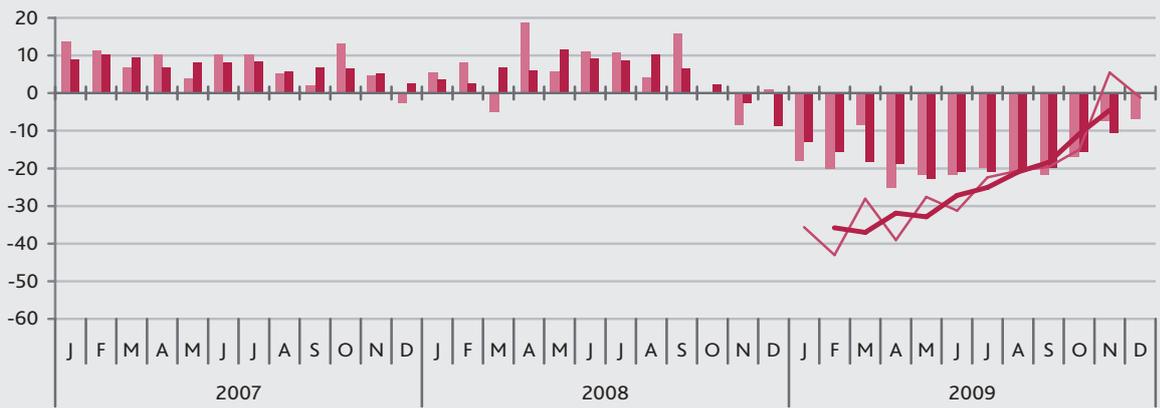
■ Umsatz (Monatswerte) ■ Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
— Auftragseingang (Monatswerte) — Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

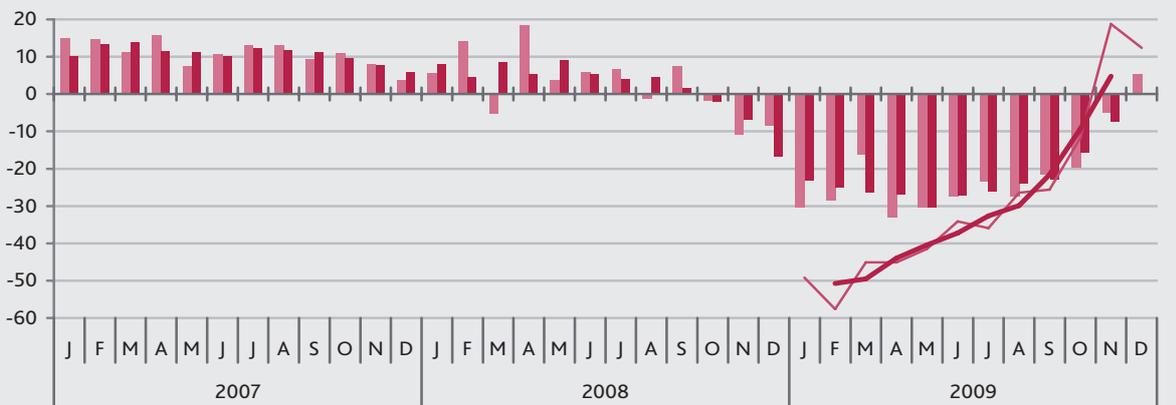
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



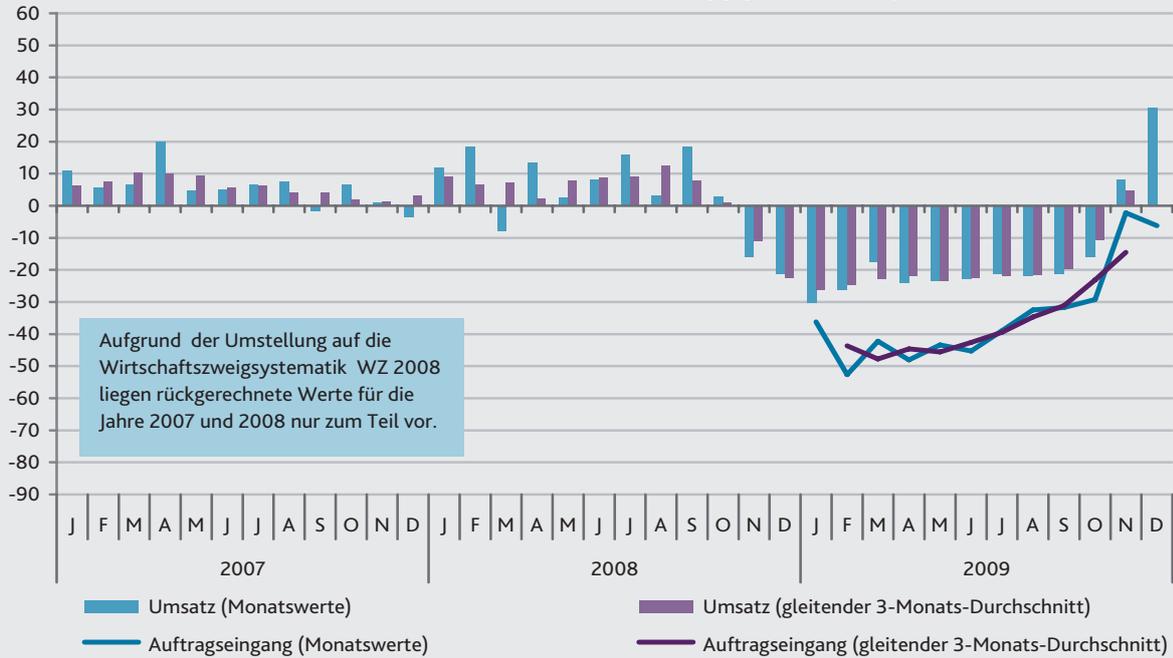
- Umsatz (Monatswerte)
- Umsatz (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)
- Auftragseingang (Monatswerte)
- Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 28%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

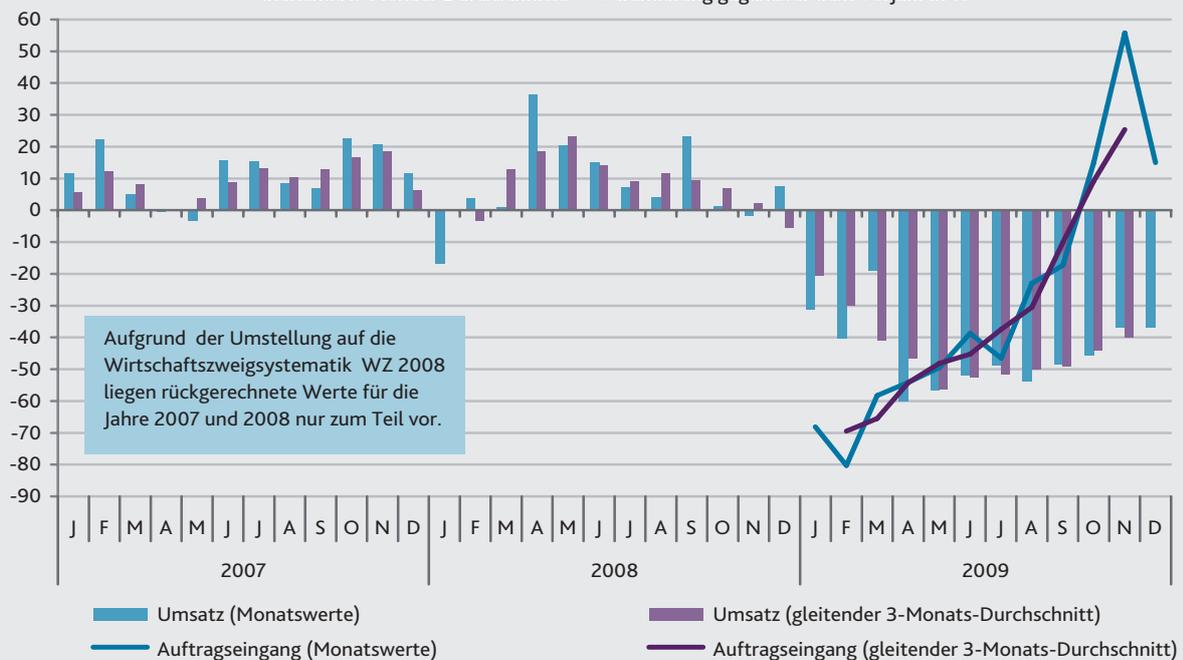


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 17%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

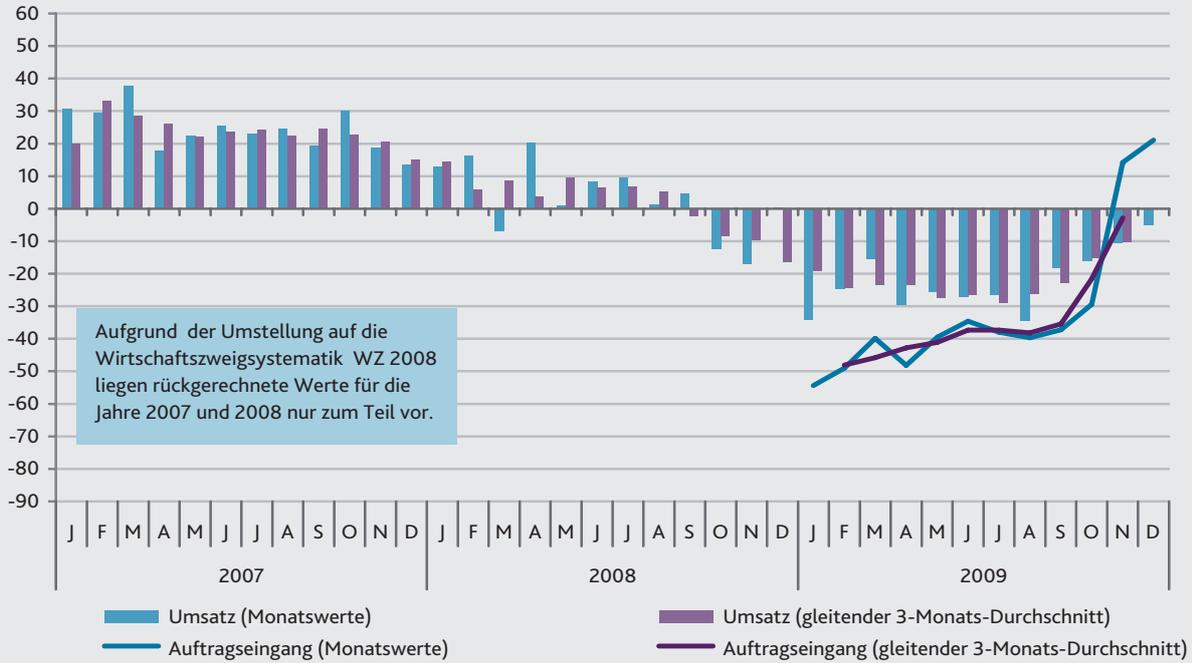


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 10%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



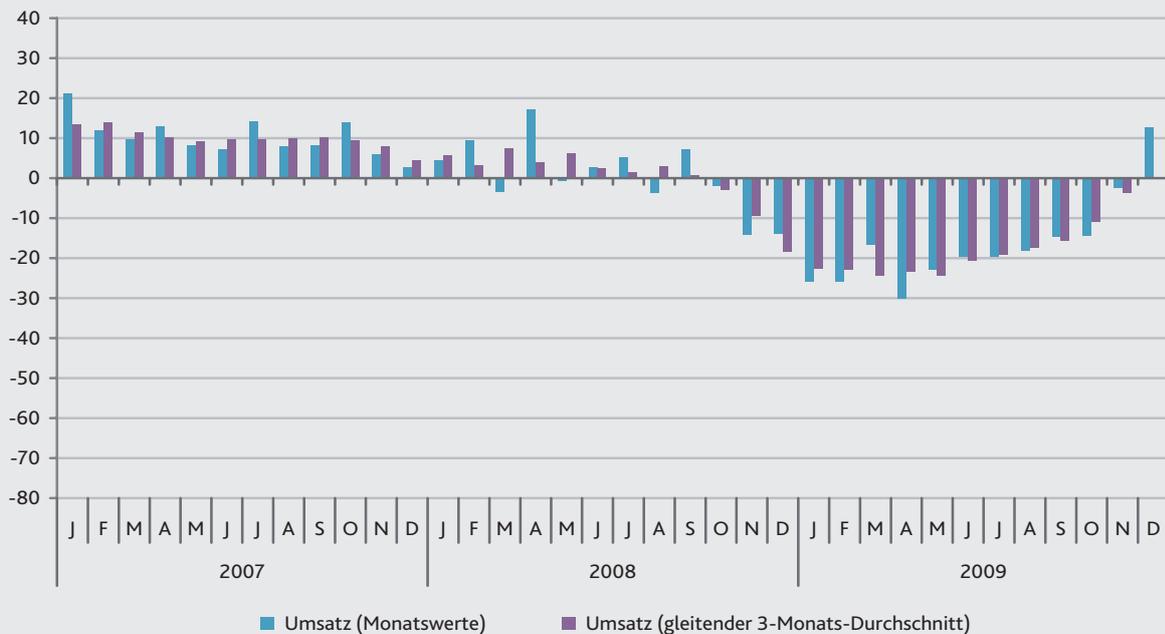
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

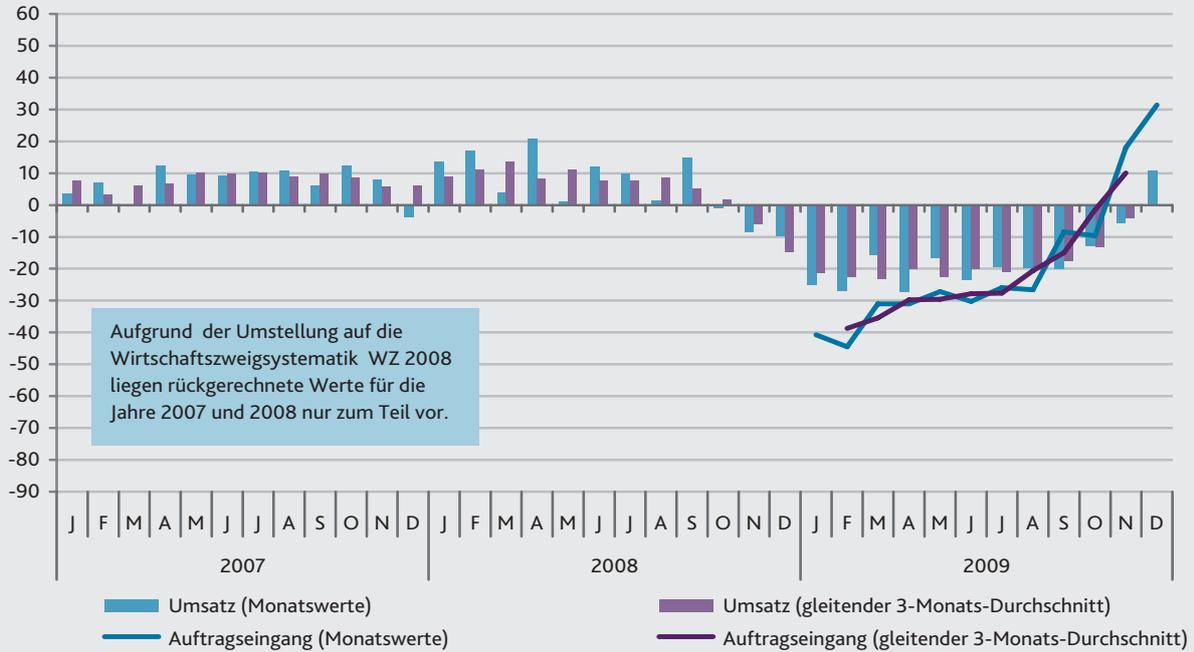


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



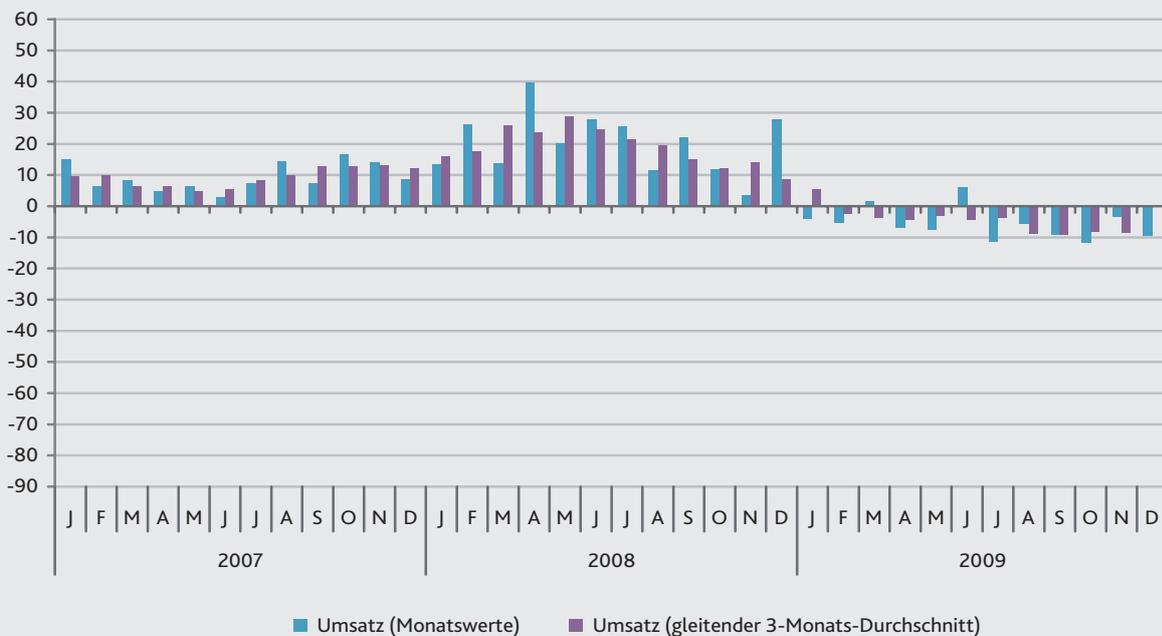
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

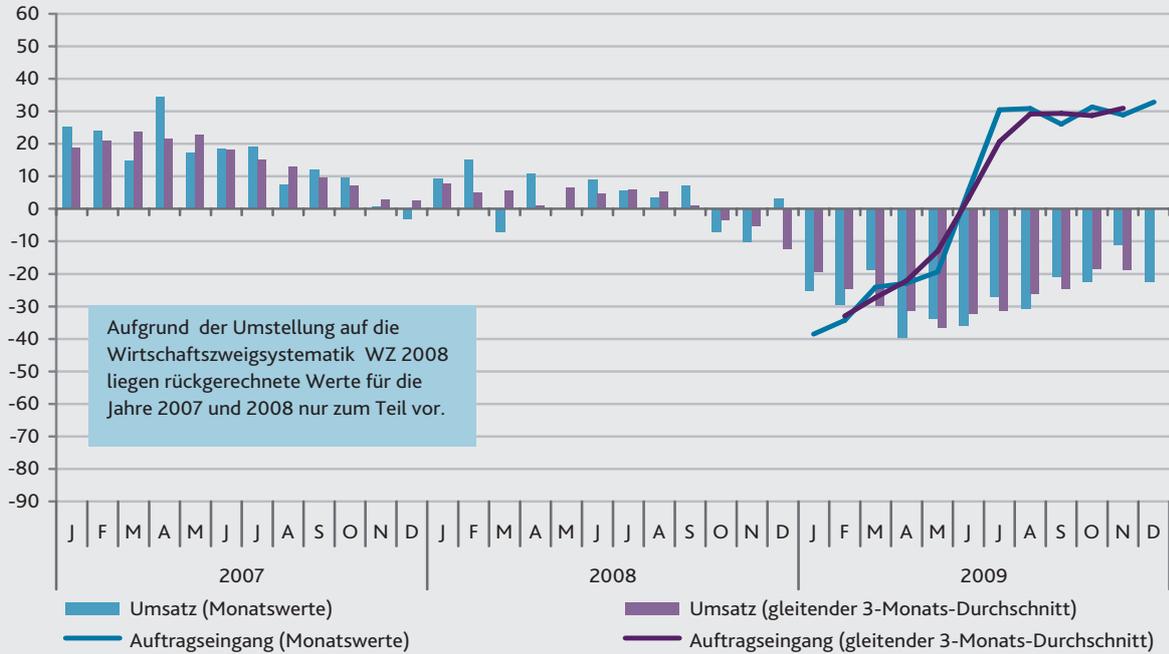


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



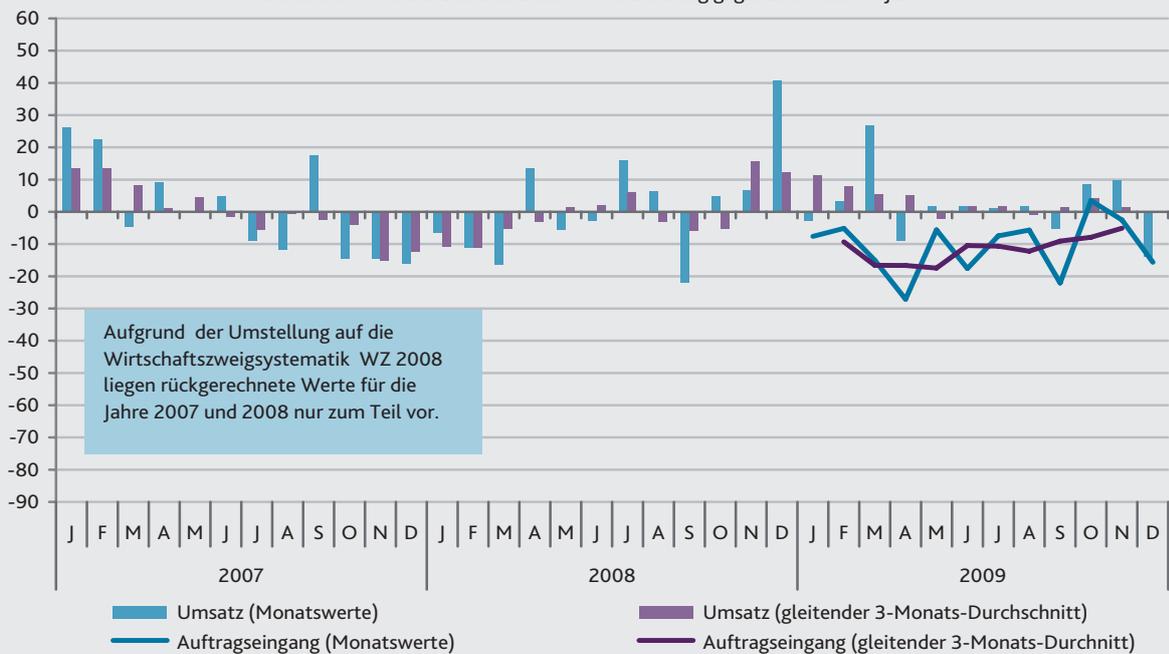
Aufgrund der Umstellung auf die Wirtschaftszweigsystematik WZ 2008 liegen rückgerechnete Werte für die Jahre 2007 und 2008 nur zum Teil vor.

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2008: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

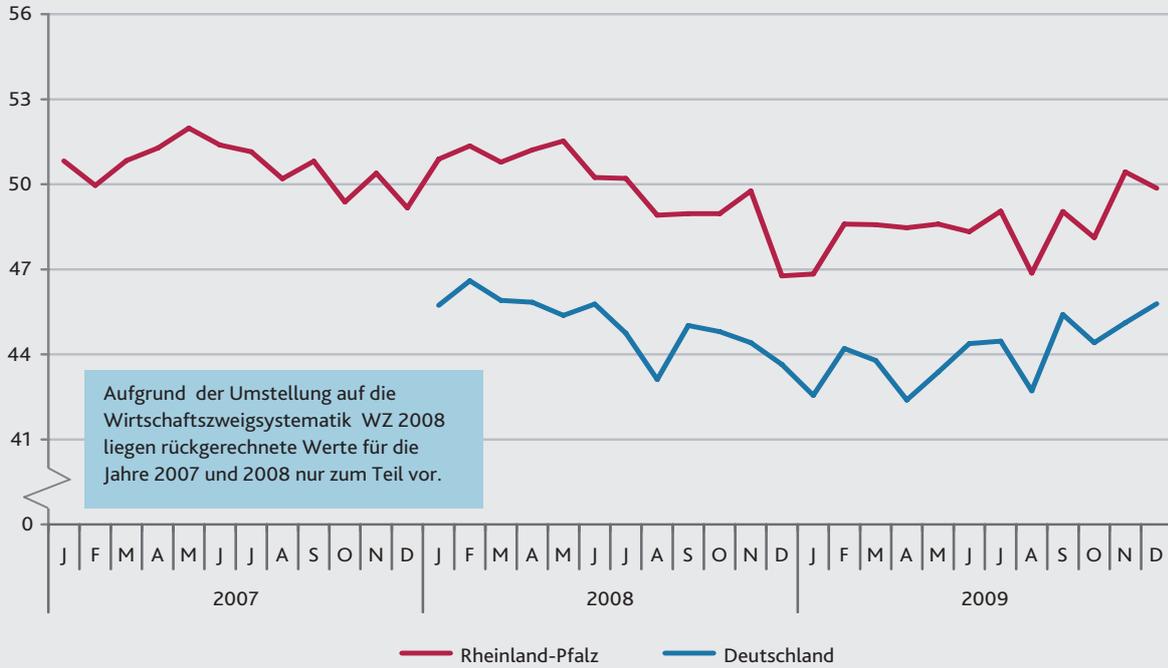


Aufgrund der Umstellung auf die Wirtschaftszweigsystematik WZ 2008 liegen rückgerechnete Werte für die Jahre 2007 und 2008 nur zum Teil vor.

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

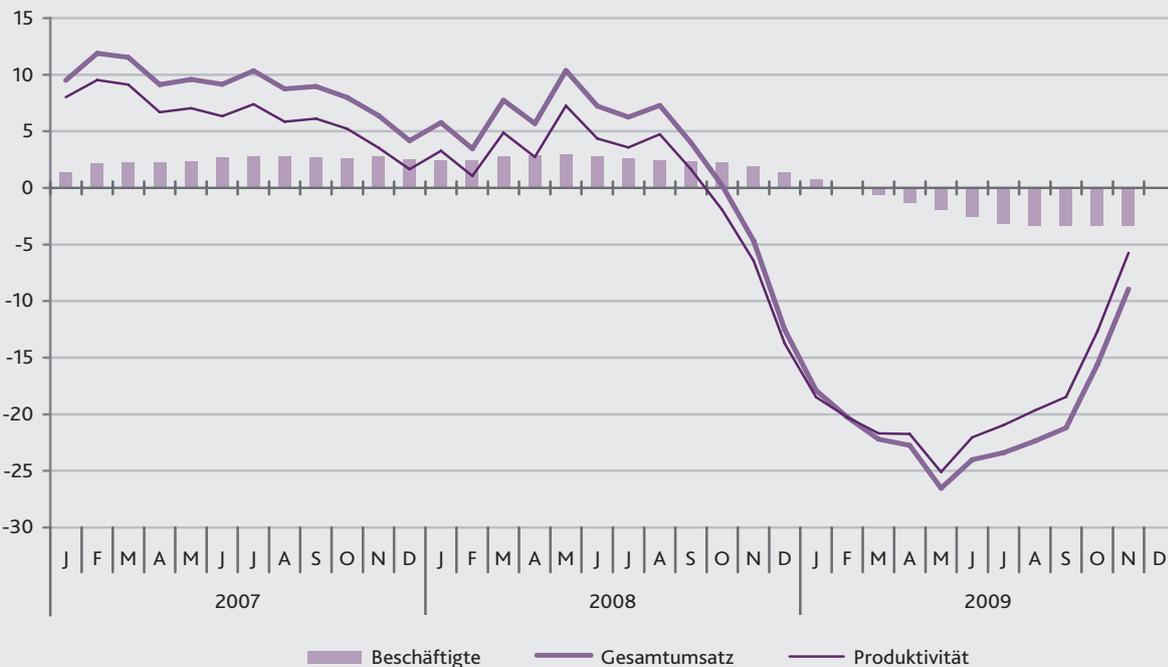
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe

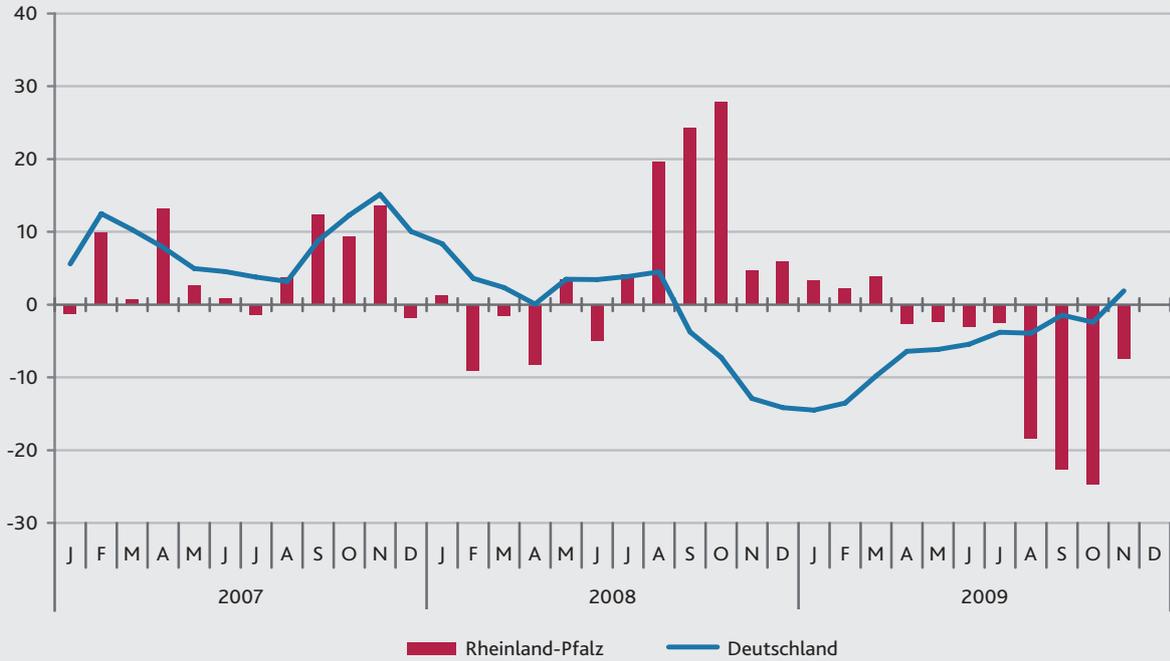
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

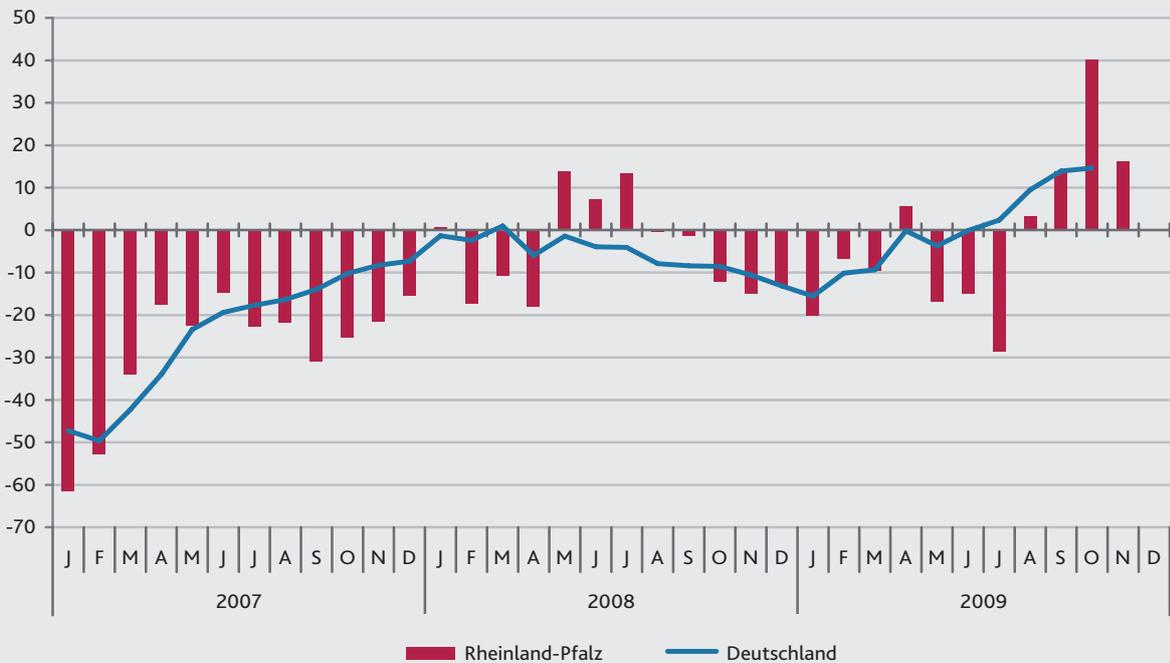
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

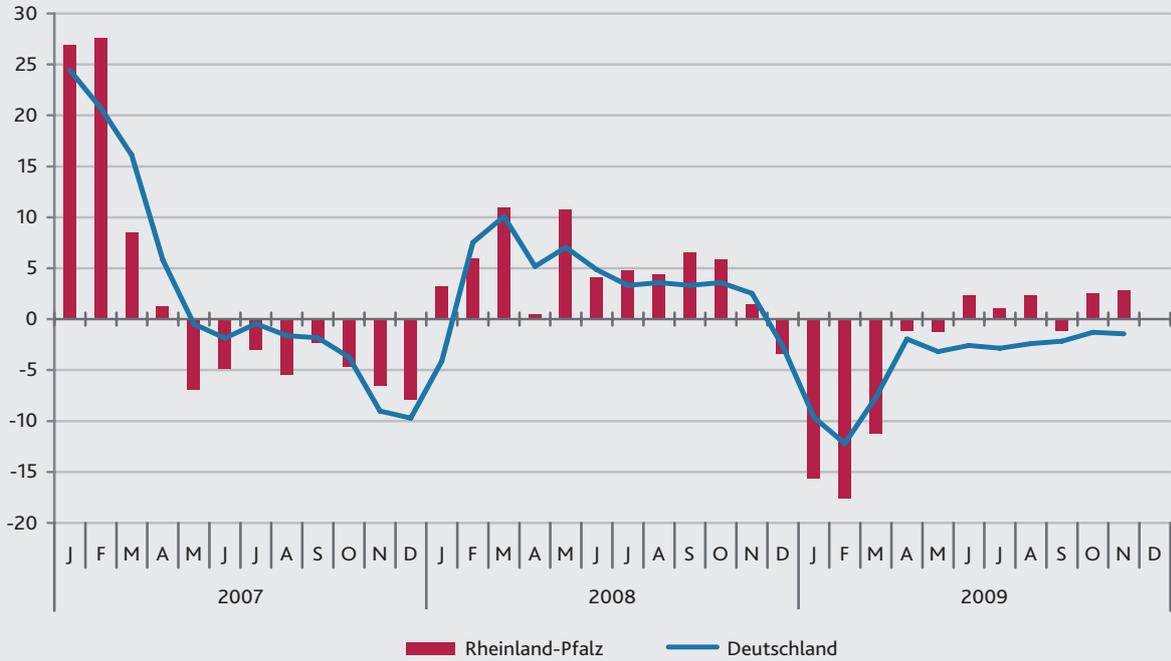
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

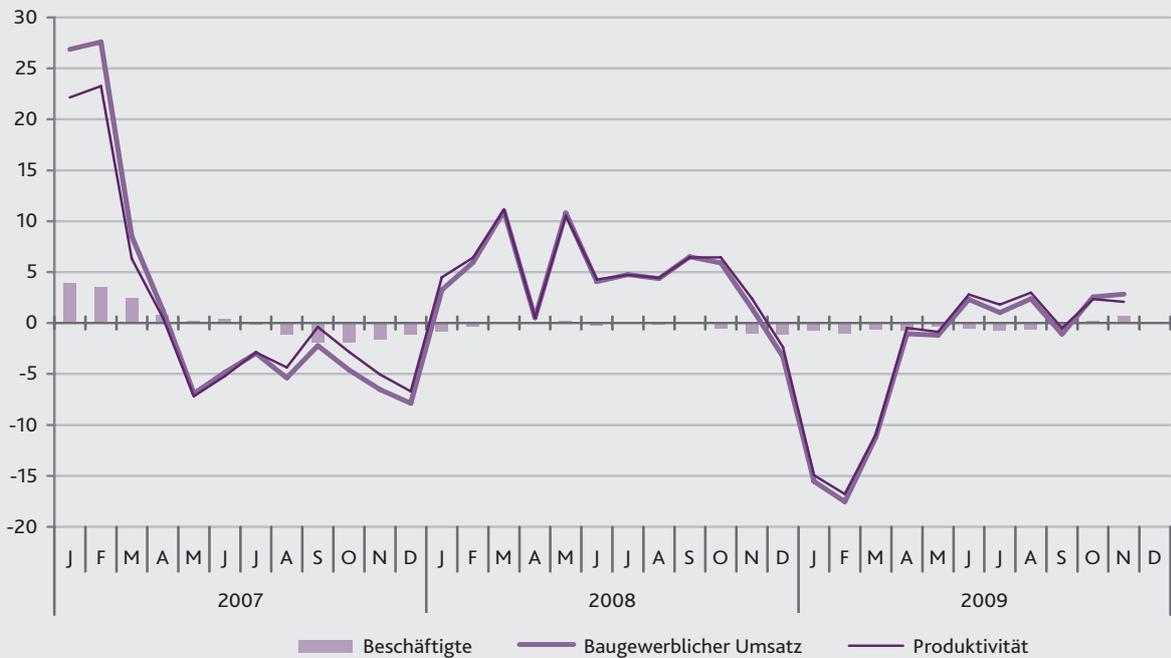
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

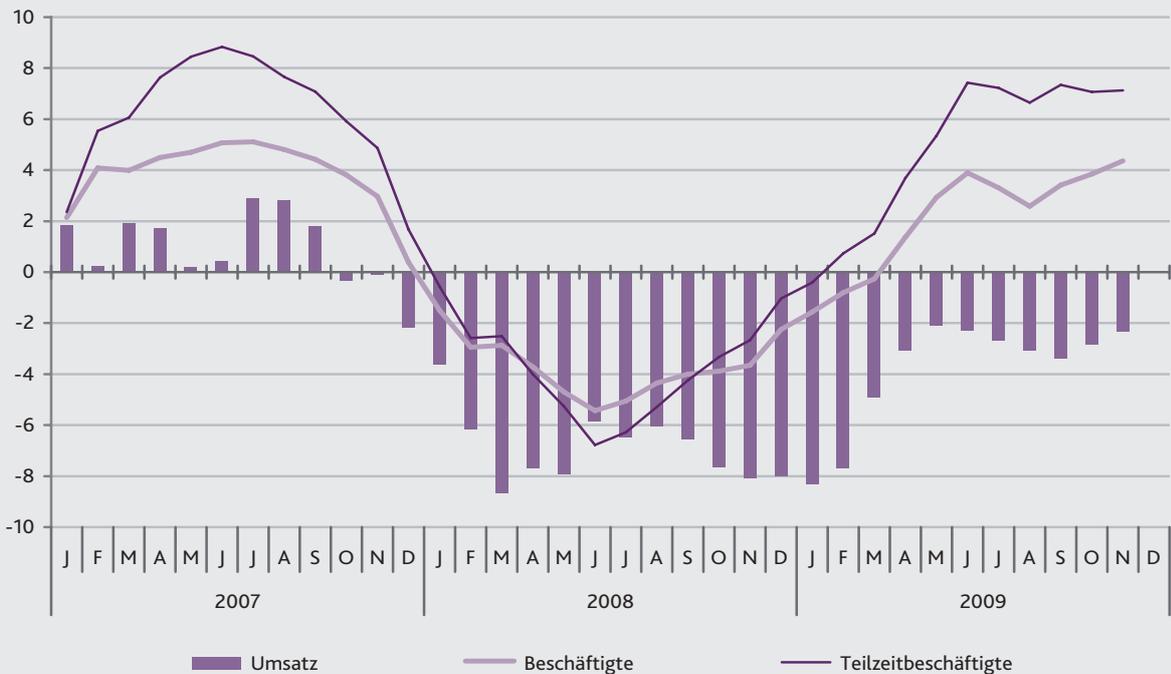
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

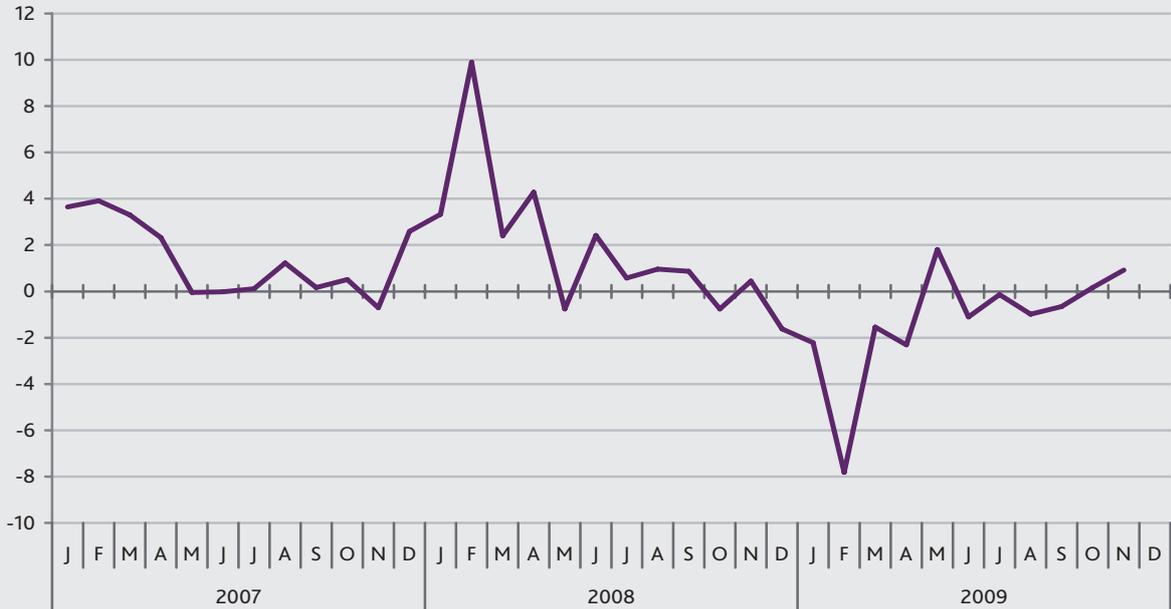
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

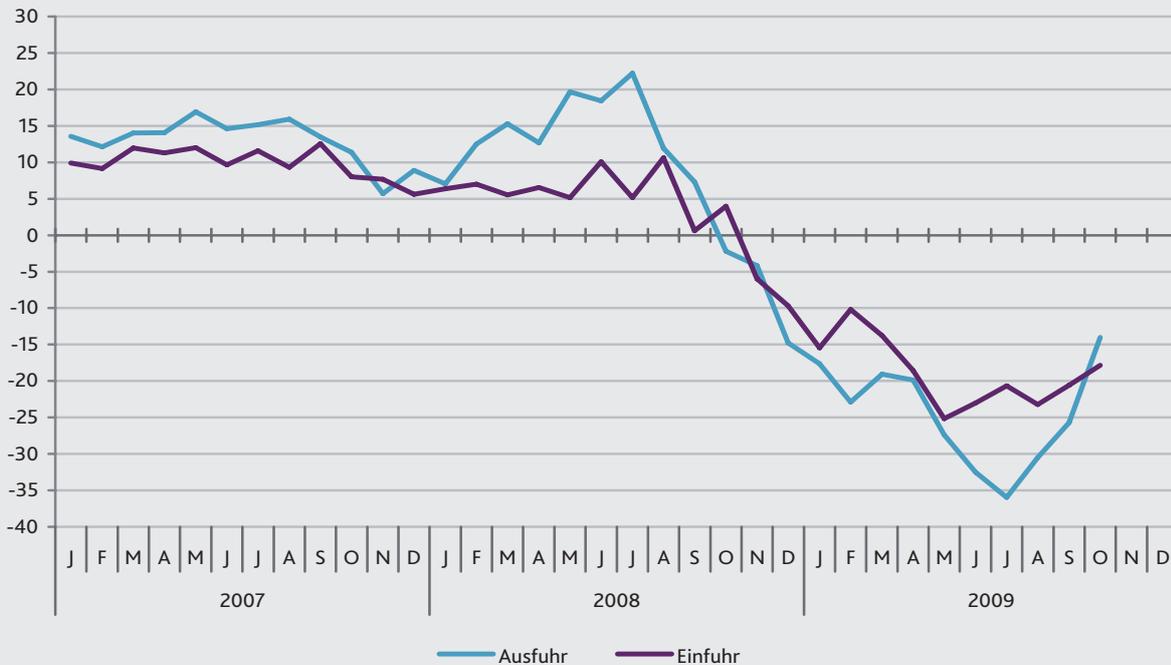
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

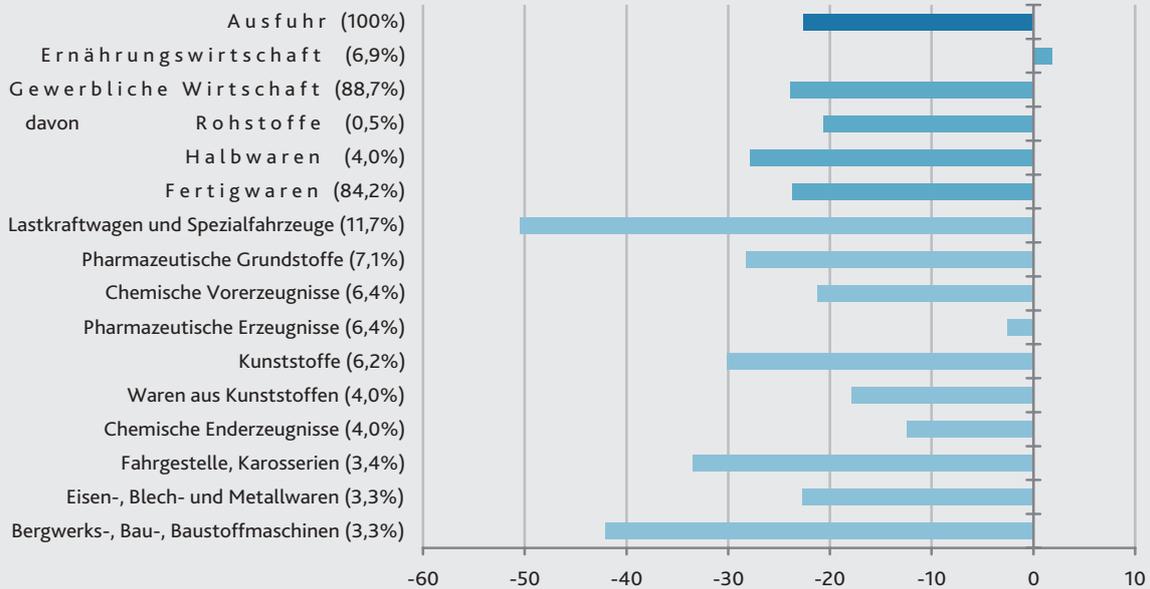
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2008 bis November 2009 nach Warengruppen¹⁾

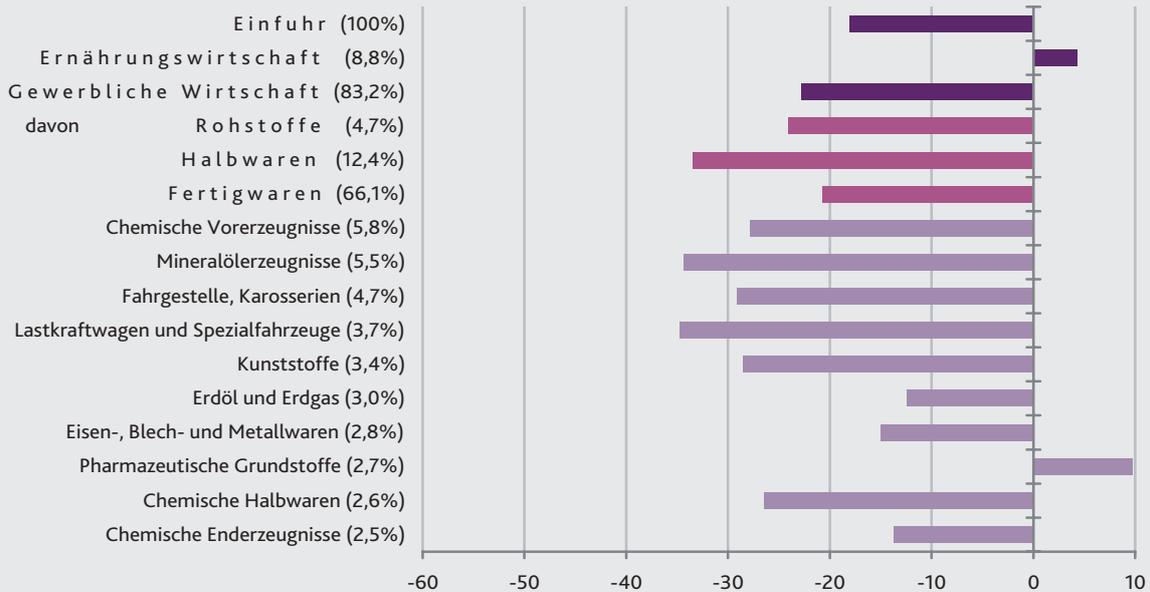
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

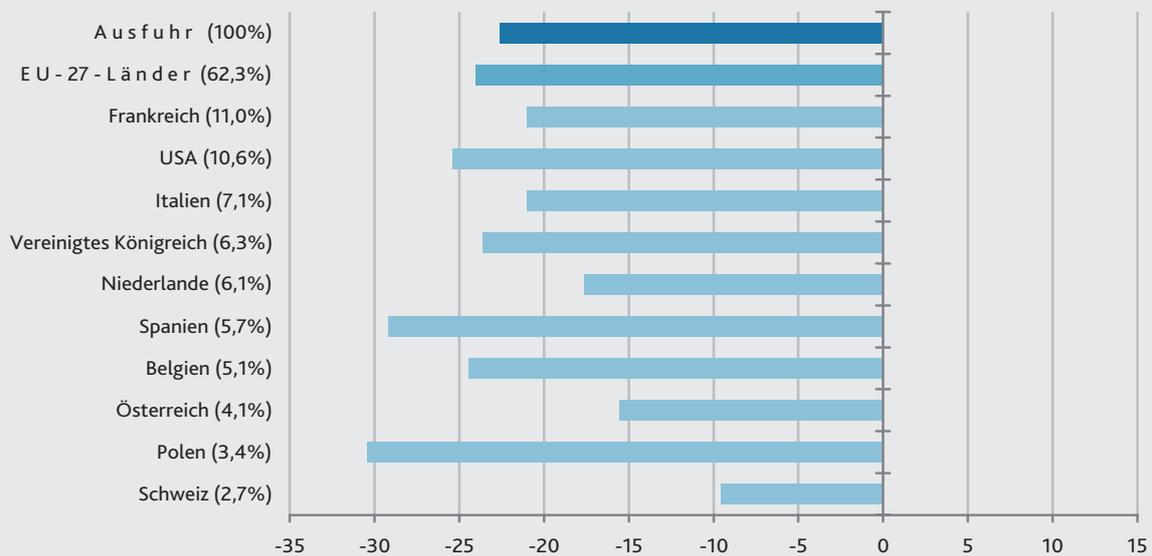
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2008 bis November 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



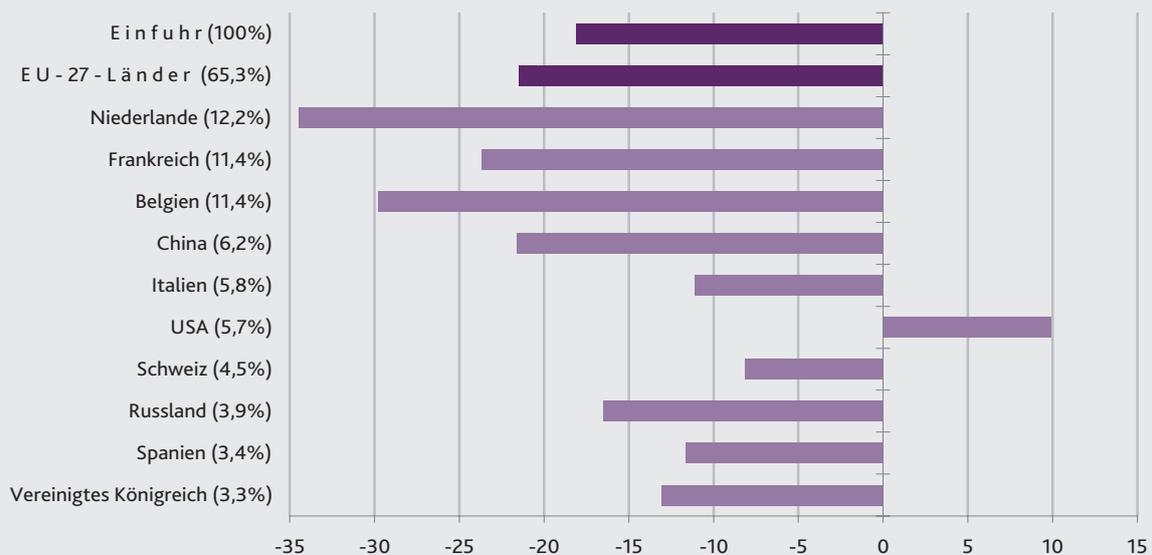
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Dezember 2008 bis November 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



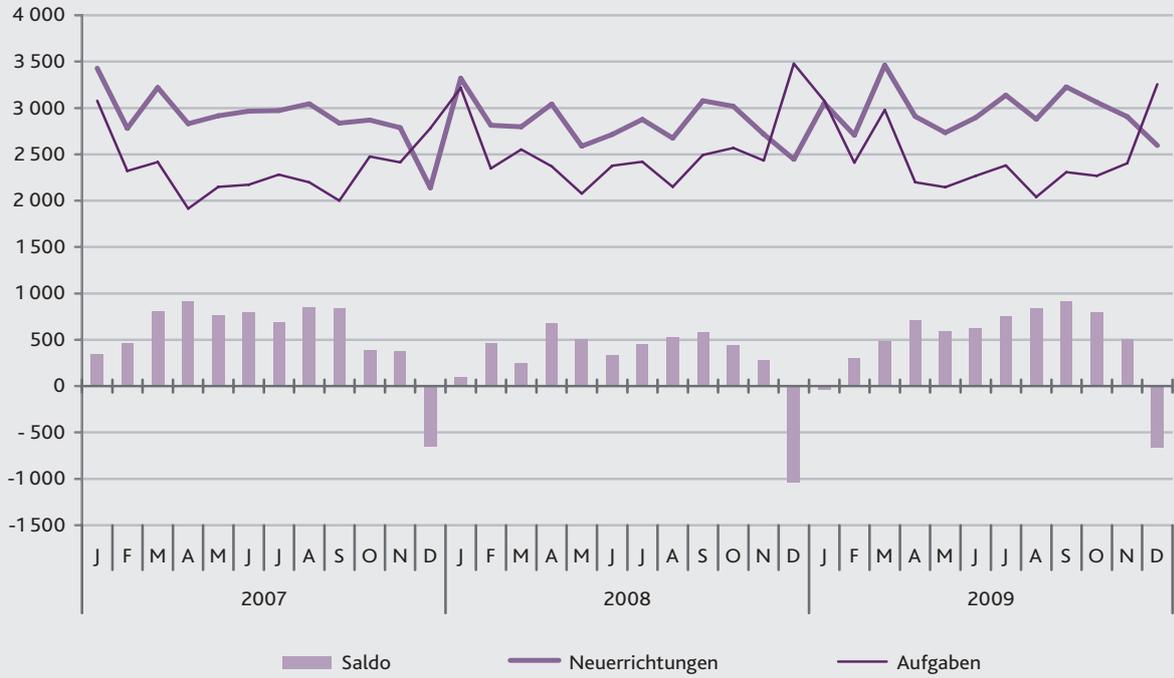
1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Dezember 2008 bis November 2009 nach Herkunftsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen



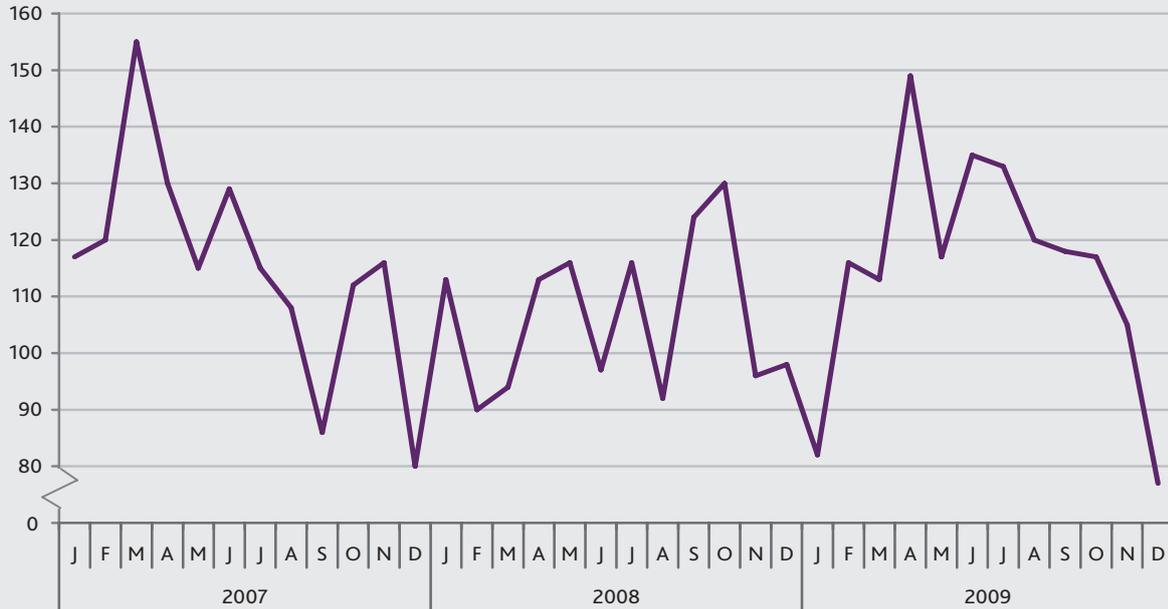
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

Monatsdurchschnitt in US-Dollar



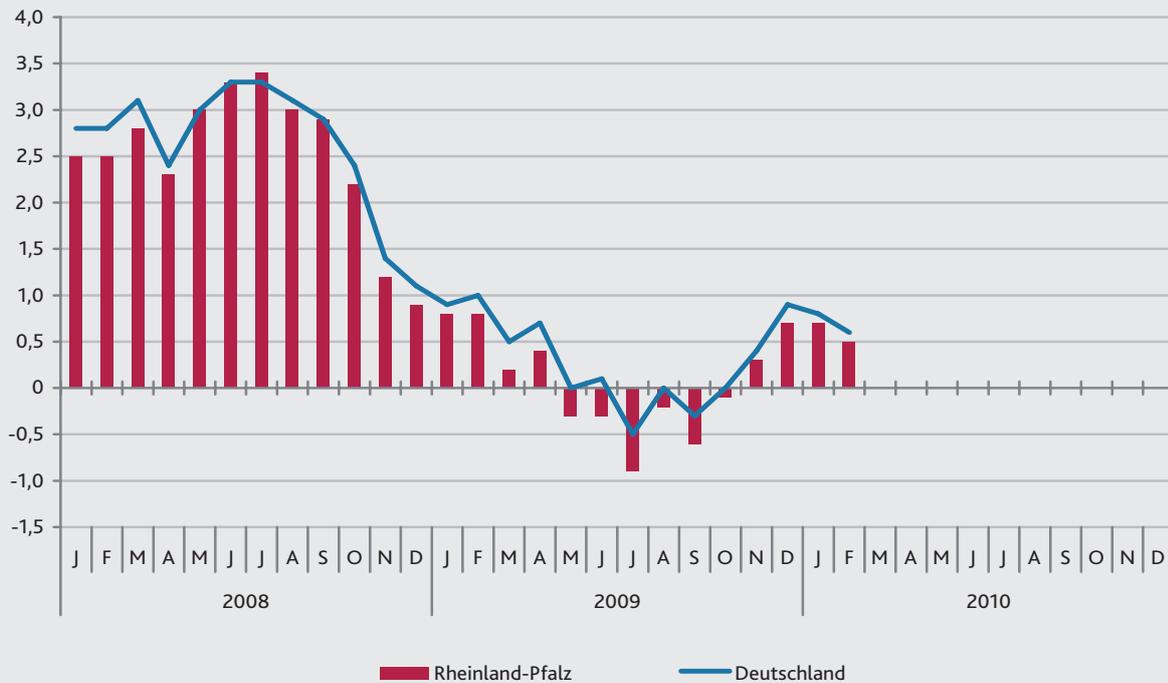
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

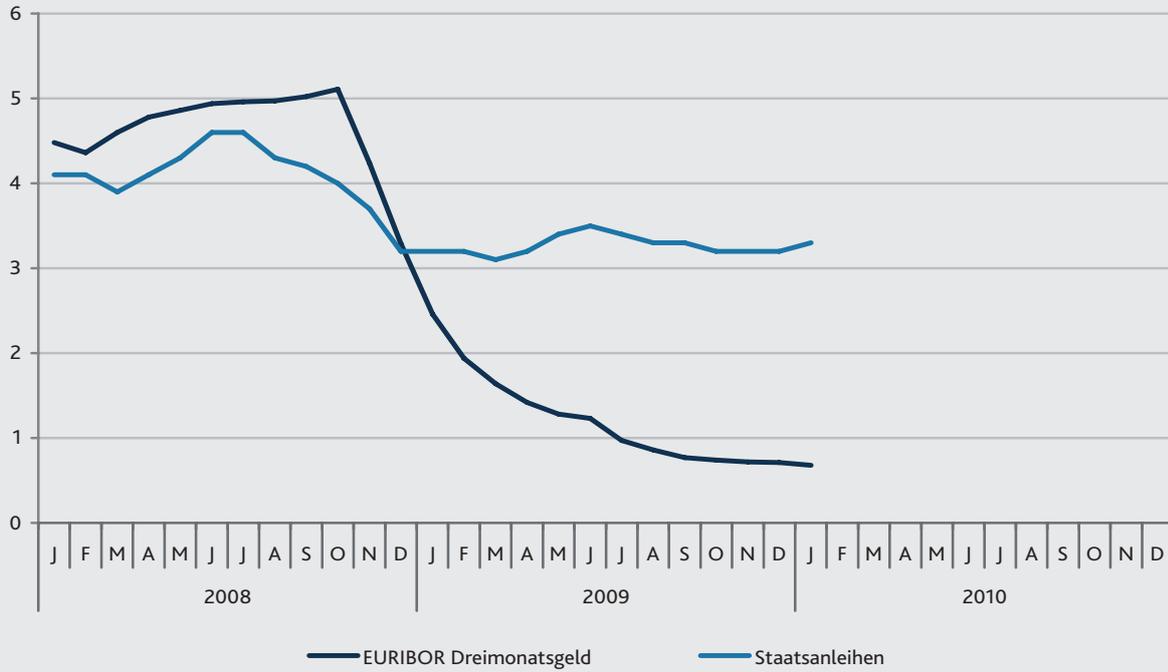


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

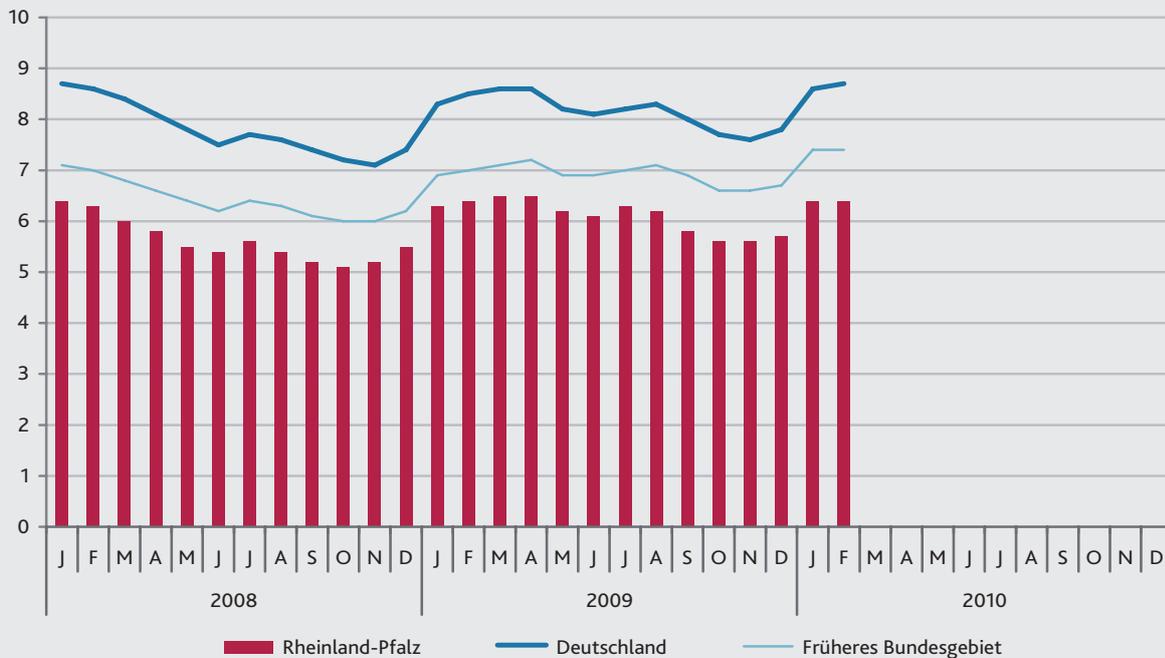


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



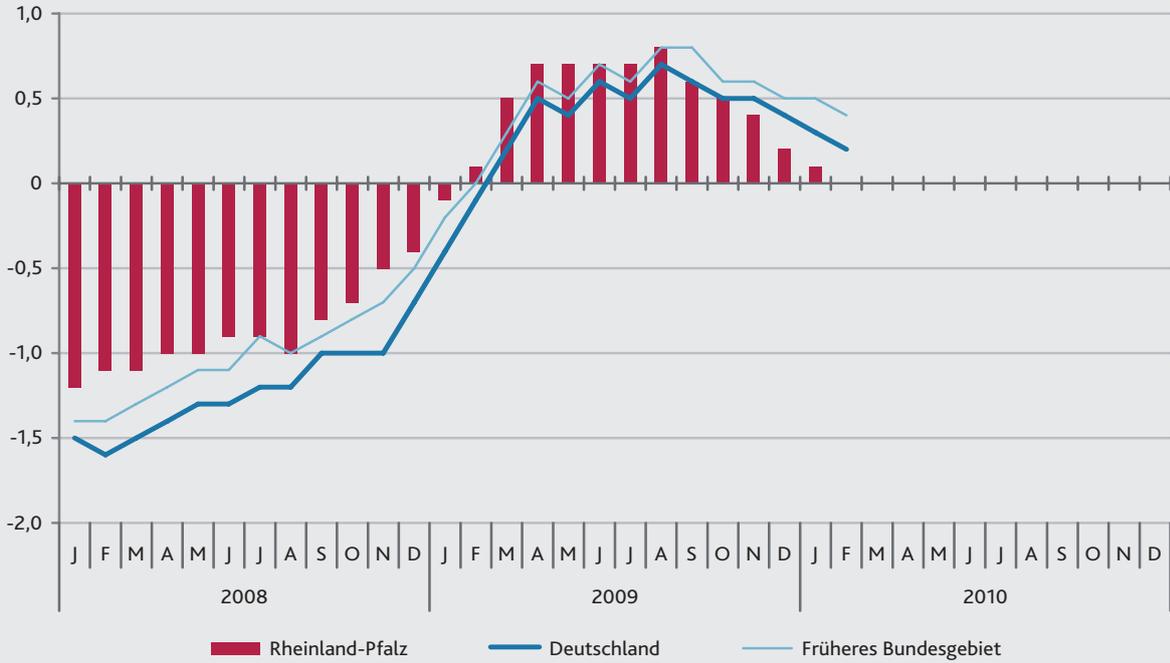
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



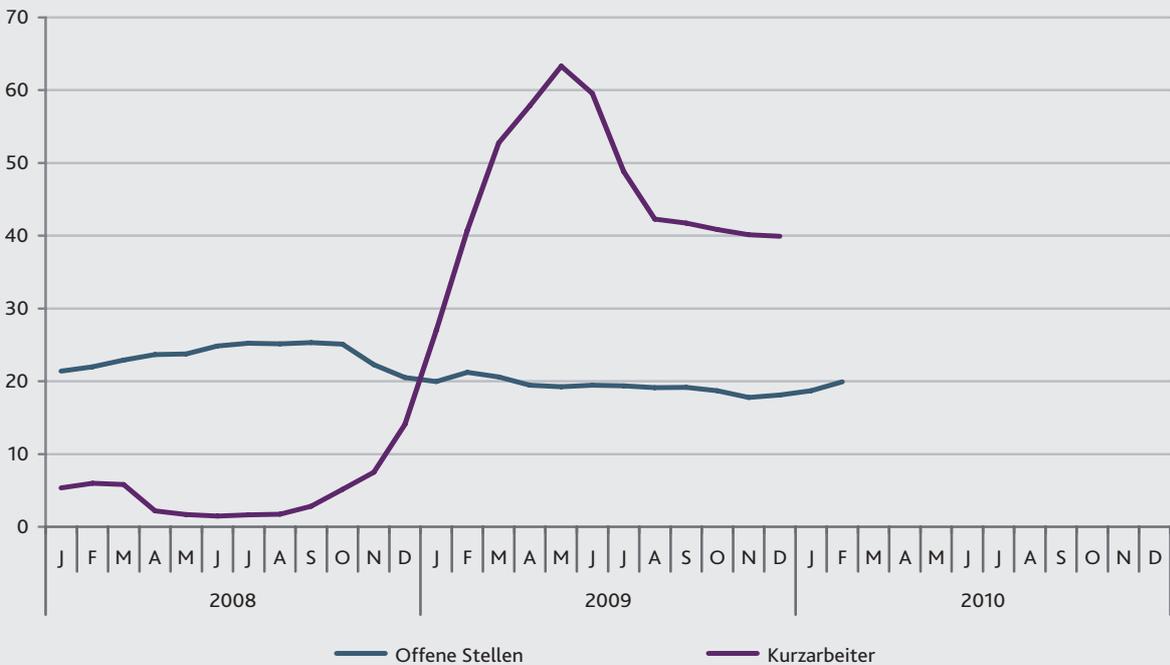
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



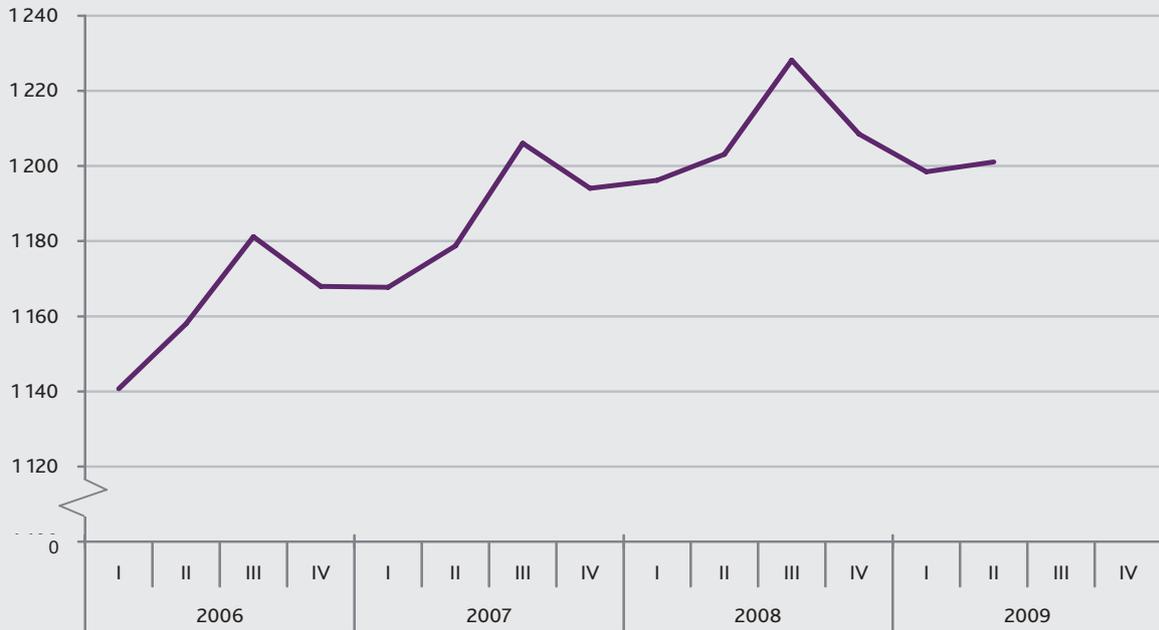
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter
in 1 000



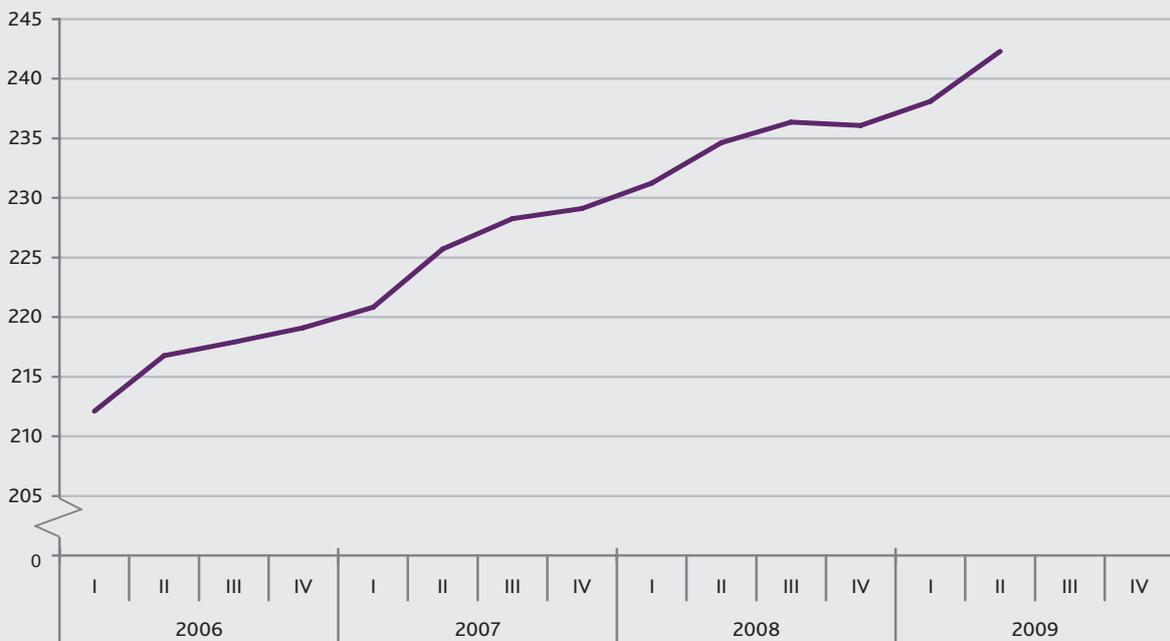
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



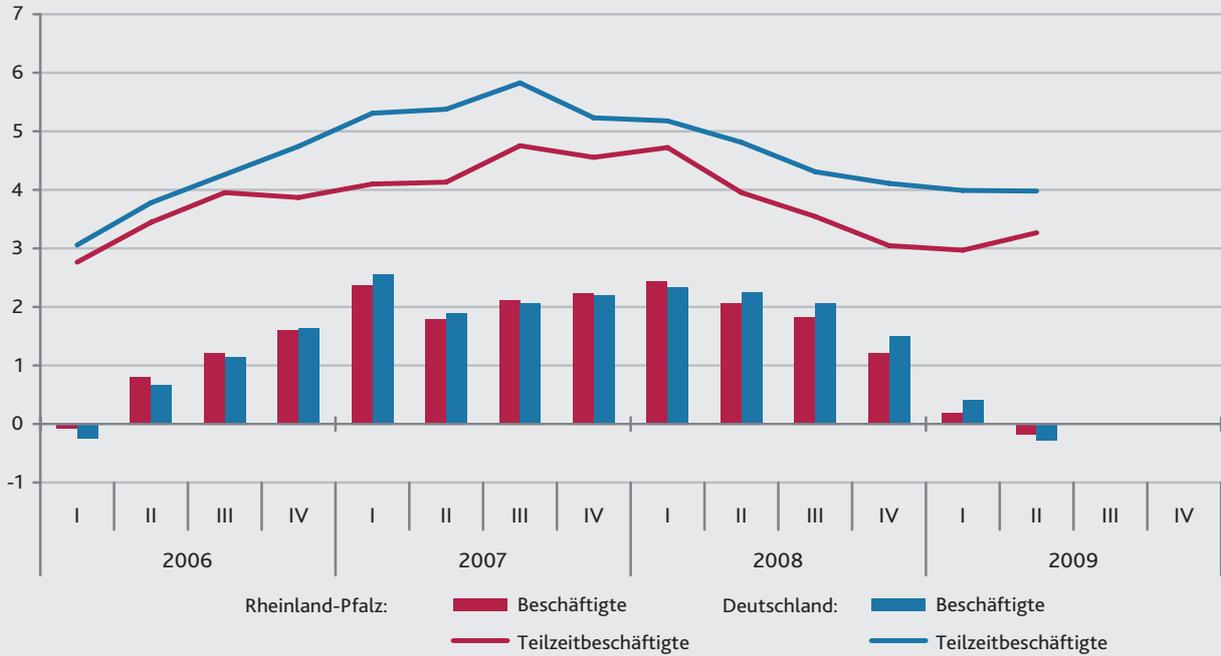
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



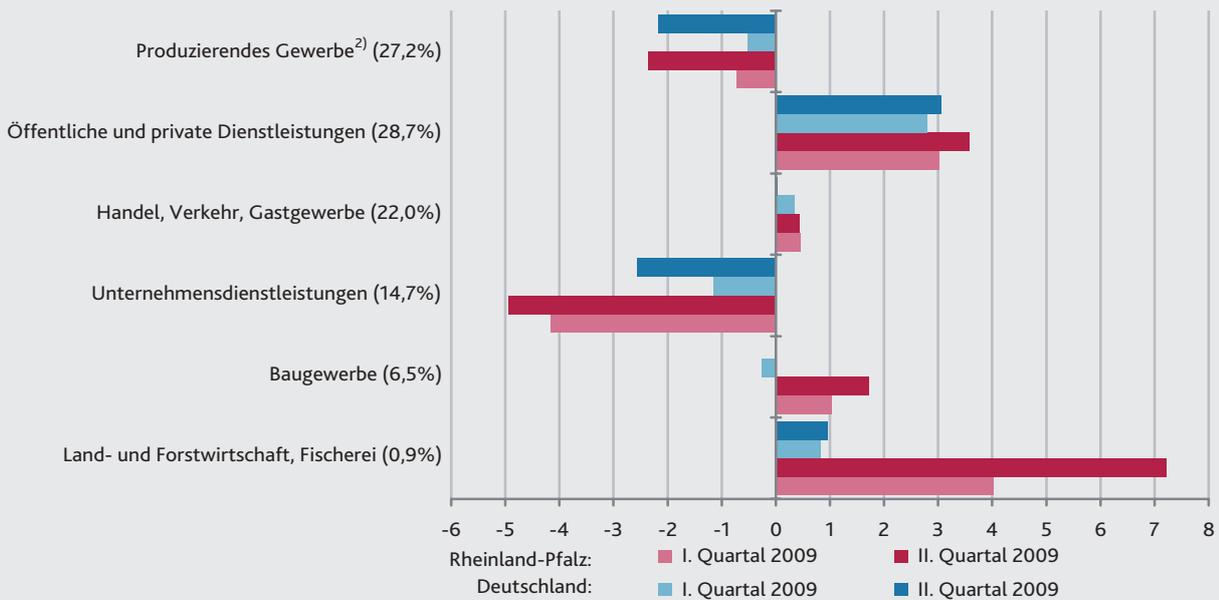
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



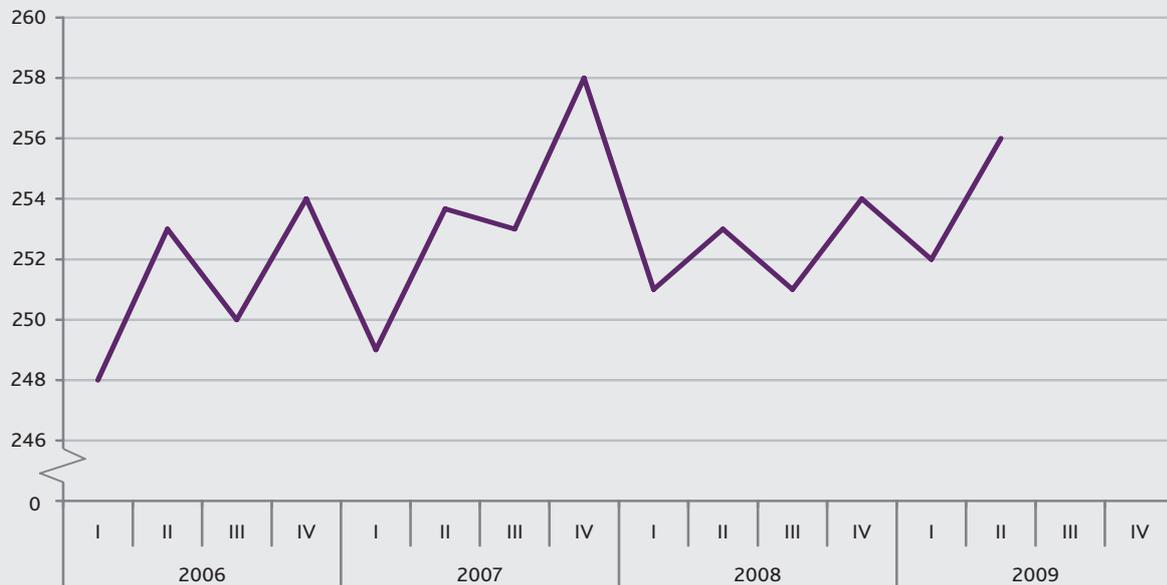
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



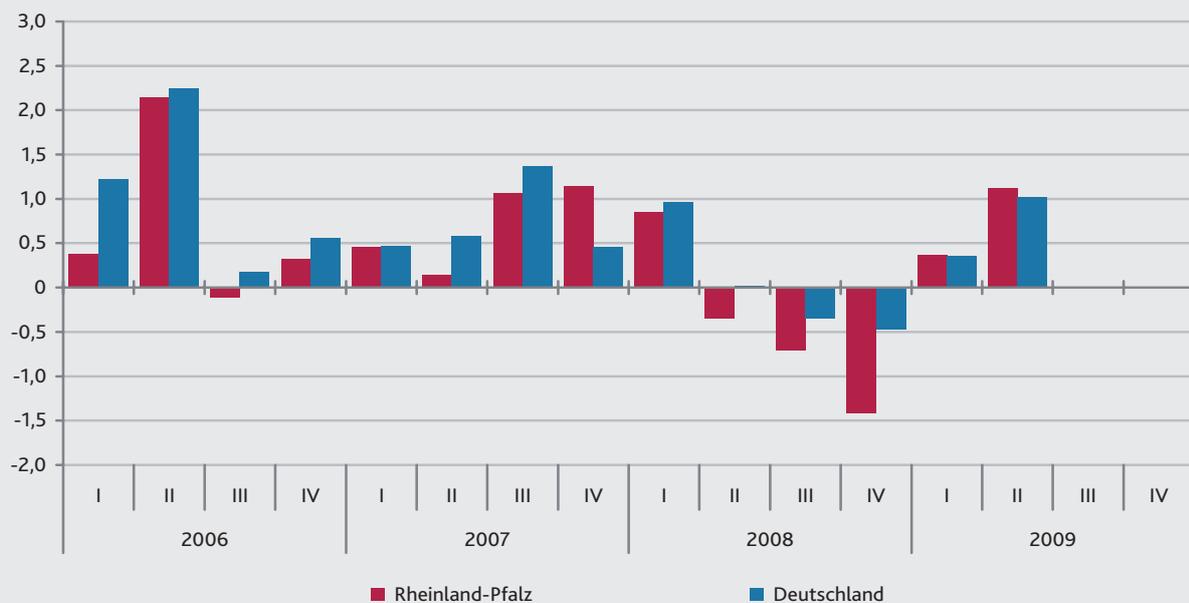
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



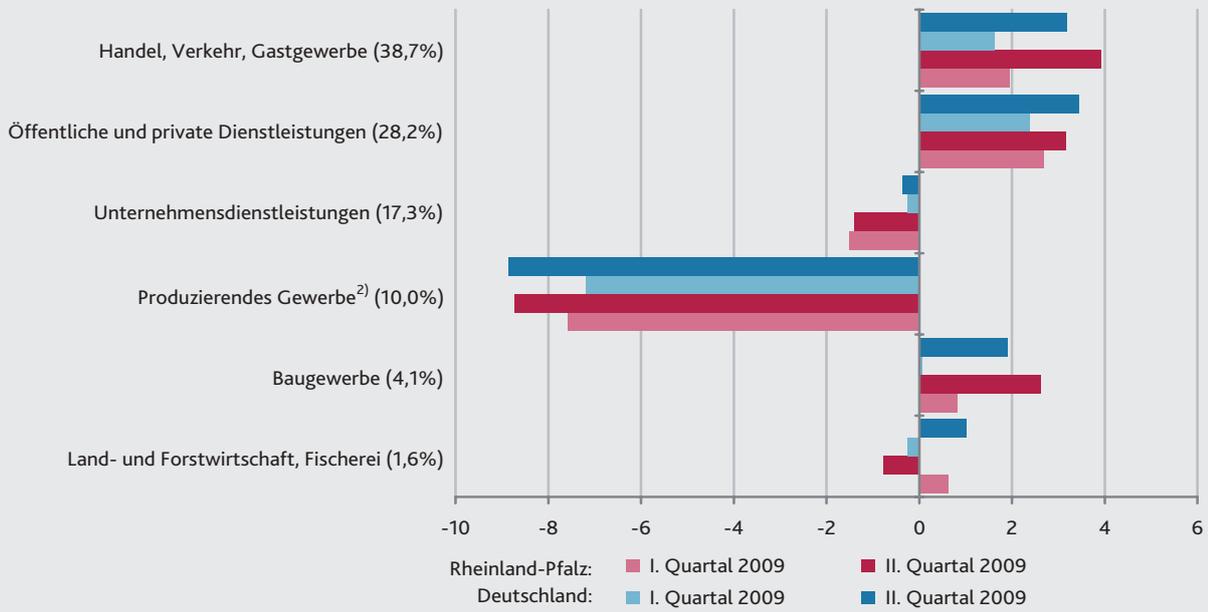
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 26. Februar 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeord-

net, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values are arranged in a grid-like pattern, with some numbers appearing to be part of a larger dataset. The numbers are: 20, 752, 6 058, 134 628, 157 811, 113 466, 87 007, 65 282, 78 320, 95 409, 129 151, 134 121, 126 824, 134 545, 157 827, 113 035, 84 980, 64 829, 78 146, 94 429, 125 677, 130 933, 128 093, 133 453, 157 264, 111 776, 80 756, 63 568, 77 648, 92 396, 125 873, 103 80, 127 842, 129 432, 133 523, 110 138, 77 082, 61, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG		Einheit	2007		2008			2009			
			Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 037	4 036	4 034	4 017	4 017	
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	315	316	316	307	307	
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾											
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	3 874	1 740	1 585	2 354	2 598	
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 840	2 943	2 828	2 916	2 817	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	8,3	8,9	8,3	8,5	8,3	
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 121	3 584	3 612	3 448	3 373	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	9,1	10,8	10,5	10,1	9,9	
* darunter im 1. Lebensjahr											
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	7	9	7	15	5	
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	2,5	3,1	2,5	5,1	1,8	
* Überschuss der Geborenen (+)											
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	- 281	- 641	- 784	- 532	- 556	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 0,8	- 1,9	- 2,3	- 1,6	- 1,6	
Wanderungen											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	8 651	9 251	9 949	8 166	9 425	
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	2 693	3 152	3 123	2 688	2 835	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	9 418	9 811	11 405	9 031	9 828	
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	2 751	2 930	4 055	2 829	2 860	
* Wanderungsgewinn (+)											
bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	- 767	- 560	- 1 456	- 865	- 403	
* Innerhalb des Landes											
Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	13 188	13 611	14 018	12 646	14 269	
ERWERBSTÄTIGKEIT											
Beschäftigte ^{8) 9)}		Einheit	2006		2007			2008			2009
			30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig											
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 158	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203	1 228	1 209	1 198	
* Frauen	1 000	521	527	540	539	539	540	553	550	549	
* Ausländer/-innen	1 000	70	73	76	70	74	77	78	73	74	
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	217	226	228	229	231	235	236	236	238	
* darunter Frauen	1 000	187	195	197	198	200	202	203	204	205	
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾											
* Land- und Forstwirtschaft,											
Fischerei	1 000	9	10	11	9	10	
* Produzierendes Gewerbe	1 000										
* Handel, Verkehr						408	411	419	412	407	
und Gastgewerbe	1 000	262	263	269	265	263	
* Erbringung von											
Unternehmensdienstleistungen	1 000	182	185	188	179	175	
* Erbringung von öffentlichen											
und privaten Dienstleistungen	1 000	334	333	341	344	344	

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	114 080	130 402	133 459	116 664	120 104	133 894	134 633
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	54 672	59 106	59 203	53 602	54 214	58 072	57 738
Männer	Anzahl	66 315	58 501	59 408	71 296	74 256	63 062	65 890	75 822	76 895
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	52 478	43 862	45 389	57 366	59 155	44 826	46 890	56 580	57 732
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	81 198	72 398	68 691	73 036	74 304	71 838	73 214	77 314	76 901
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	6,5	5,6	5,5	6,3	6,4	5,6	5,7	6,4	6,4
* Frauen	%	.	6,0	5,7	6,2	6,2	5,5	5,6	6,0	5,9
* Männer	%	.	5,3	5,3	6,4	6,7	5,6	5,9	6,7	6,8
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	5,5	6,5	7,1	5,3	5,4	6,1	6,5
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	3,8	4,0	4,3	3,2	3,2	3,4	3,6
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	5,9	6,6	6,7	5,7	5,9	6,5	6,5
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	6,0	6,7	6,8	5,9	6,1	6,7	6,7
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	12,6	14,1	14,3	12,6	12,9	14,3	14,1
Deutsche	%	.	5,1	5,0	5,7	5,9	5,0	5,2	5,8	5,9
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	14 070	27 009	40 754	40 128	39 918
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	20 504	19 958	21 231	17 779	18 125	18 681	19 906

BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)Baugenehmigungen für
Wohngebäude

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	469	467	436	346	328	488	479	361	357
insgesamt										
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	414	324	310	456	446	336	340
* 3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	22	22	18	32	33	25	17
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	2	1	1	1	1	-	1
Unternehmen	Anzahl	68	88	72	66	52	76	68	36	74
private Haushalte	Anzahl	400	376	362	279	275	411	410	325	282
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	560	475	485	959	702	535	529
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	403	324	340	516	498	389	316
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	76	61	64	95	91	71	61
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	3 200	2 525	2 641	4 246	3 762	2 986	2 487
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	107	103	81	86	134	128	99	83

Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	133	155	120	95	123	103	111	101
insgesamt										
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	11	20	7	13	16	10	21
Unternehmen	Anzahl	115	116	143	99	88	107	83	100	79
private Haushalte	Anzahl	6	3	1	1	-	3	4	1	1
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	10	32	5	6	14	4	7
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	3 407	1 101	659	661	577	554	623
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	341	163	105	107	88	90	95
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	76	105	169	121	83	60	71	64	74

Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	783	752	641	615	544	1 065	804	624	600
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	3 809	3 283	3 043	4 826	4 382	3 487	2 854

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	11 412	11 044	11 029	10 411	11 179	11 405	10 458
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 984	2 811	2 945	2 408	2 610	3 043	2 569
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	22	22	38	11	15	15	35
* Jungrinder	t	13	8	25	13
* Schweine	t	8 211	8 094	8 355	8 173	7 933	7 938	8 510	8 261	7 805
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	9 233	9 676	10 059	9 019	8 351	7 207	6 629

PRODUZIERENDES GEWERBE

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴⁾

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 039	1 041	1 041	1 041	1 038	1 039	1 039
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	250 003	249 533	248 193	242 560	241 944	240 827	239 789
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	33 239	31 982	28 359	30 297	30 614	30 658	27 526
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	836	1 142	854	791	802	1 093	838
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	6 579	5 985	5 474	5 446	5 388	5 623	5 413
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	3 483	2 995	2 362	2 925	2 941	3 071	2 771
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	1 936	1 858	1 914	1 356	1 294	1 360	1 508
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	117	112	86	114	117	119	99
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 043	1 020	1 112	1 050	1 036	1 073	1 036
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	.	1 804	1 815	1 544	1 253	1 475	1 523	1 671	1 635
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 163	1 098	1 051	651	633	695	665
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	3 221	2 978	2 560	2 670	2 593	2 836	2 699
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	49,0	49,8	46,8	49,0	48,1	50,4	49,9
Index des Auftragsingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	94,2	73,9	71,2	80,8	81,6	82,9	75,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	99,1	77,8	69,4	80,3	81,0	82,3	73,2
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	82,8	58,2	63,6	75,0	74,6	77,0	73,1
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	80,1	72,4	55,2	100,7	109,7	106,0	84,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	118,2	120,4	117,9	111,9	117,3	115,5	101,3
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	99,0	72,2	68,2	70,8	70,1	70,6	63,9
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	58,4	37,7	51,3	65,5	67,1	58,8	59,0

Energie- und Wasser- versorgung

* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	103	111	110	110	110	115	115	115	115
* Beschäftigte ^{5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 994	9 993	9 992	10 026	10 011	10 023	10 044
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1 000 h	1 241	1 261	1 309	1 297	1 154	1 323	1 318	1 350	1 179
* Bruttoentgeltsomme ⁹⁾	Mill. EUR	34	35	40	50	34	33	42	50	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	761	783	798	567	573	571	549
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	747	770	785	547	553	554	534

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Bauhauptgewerbe ²⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	36 604	36 349	35 892	36 854	36 552	36 733	36 378
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	4 091	3 631	2 652	4 165	4 079	3 869	2 812
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 534	1 317	993	1 496	1 440	1 509	1 137
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	1 035	991	765	981	989	898	709
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 522	1 323	894	1 688	1 650	1 462	966
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	778	703	426	894	837	720	451
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	87	99	84	86	87	102	84
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	419	425	420	422	420	444	436
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	128	100	113	112	131	133	125
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	119	128	129	123	108	113	113
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	172	198	177	186	181	198	198
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	81	89	78	97	96	111	98

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	310	311	313	356	357	358	359
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024	13 085	12 990
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129	4 324	4 392
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	81	81	90	86	88	90	97
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	302	302	409	249	306	329	436

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	124,9	124,2	125,0	121,8	122,3	121,8	120,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	118,8	117,3	120,6	123,6	126,0	125,3	123,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	119,9	133,7	114,0	107,3	119,3	118,5	112,2	105,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,7	121,1	106,2	102,6	112,7	112,3	106,1	99,9

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	106,0	107,5	107,9	107,9	106,8	106,5	106,7	106,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	108,3	110,2	110,8	110,7	109,0	108,1	108,5	108,4
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	111,2	117,2	110,4	129,7	109,0	117,6	109,8	128,9
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,7	113,2	107,4	127,2	106,0	114,4	107,1	125,7

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	102,9	104,2	104,9	103,7	103,2	103,3	103,4	102,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	115,1	116,6	119,4	116,6	119,9	119,7	120,9	118,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	94,1	100,8	92,8	81,1	97,2	104,9	94,0	79,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,6	96,6	89,0	78,0	92,8	99,9	89,7	76,2

GASTGEWERBE ⁹⁾

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	107,0	104,5	102,5	113,0	114,1	107,6	106,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,5	113,2	112,0	110,0	123,5	125,8	117,5	115,8
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	114,7	93,2	98,4	115,1	113,9	92,3	97,7
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	96,6	107,0	87,1	91,0	105,5	104,6	85,0	88,9

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtszeitraum wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Gästeankünfte	1 000	615	621	793	467	384	854	792	475	404
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	160	91	96	188	162	104	106
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	2 142	1 140	1 042	2 270	2 135	1 162	1 070
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	449	230	267	546	436	261	281

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	2 227	2 272	1 850	2 179	2 183	2 062	1 969
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 491	1 463	1 141	1 616	1 528	1 348	1 230
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	18	22	15	15	27	17	9
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	9	15	8	9	14	10	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	3	3	-	3	5	1	1
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	1	-	1	1	3	-
Fußgänger	Anzahl	2	3	3	2	5	-	4	1	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	1 961	1 978	1 510	2 057	1 920	1 806	1 620
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	379	344	242	424	379	315	252
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	164	157	136	125	136	169	151
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	82	113	88	34	162	119	52	35
Radfahrer	Anzahl	47	47	47	32	28	94	78	37	19
Fußgänger	Anzahl	34	35	31	44	27	22	28	27	37

Kraftfahrzeuge³⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	11 659	10 454	9 521	16 849	15 581	13 297	10 162
darunter										
Krafträder	Anzahl	825	835	406	305	351	626	358	218	122
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	9 912	8 965	8 133	15 072	14 284	12 150	9 134
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	994	908	736	870	721	748	621
* Zugmaschinen	Anzahl	302	314	248	194	219	208	162	128	207

Personenbeförderung

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399	54 542	...
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	579	508	636	586	581	499	...

Binnenschifffahrt

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 137	1 190	1 103	911	879	814	1 009
* Güterversand	1 000 t	959	945	932	993	771	878	783	783	935

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	3 744	3 733	3 209	2 575	2 827	3 182	3 179
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	268	278	229	257	242	295	256
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	3 301	3 286	2 828	2 216	2 482	2 783	2 825
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	19	28	19	11	18	16	18
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	152	185	108	115	117	116	116
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	3 130	3 073	2 701	2 090	2 347	2 651	2 691
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	903	864	710	647	678	835	984
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 227	2 209	1 990	1 442	1 669	1 815	1 707

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾

davon nach

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	2 753	2 689	2 373	1 881	2 183	2 203	2 036
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 413	2 341	2 104	1 664	1 929	1 919	1 775
Belgien	Mill. EUR	183	190	178	206	172	138	156	162	150
Luxemburg	Mill. EUR	48	49	49	56	49	42	50	47	44
Dänemark	Mill. EUR	49	50	47	52	38	28	36	35	34
Finnland	Mill. EUR	28	31	39	30	28	26	24	22	21
Frankreich	Mill. EUR	372	413	425	403	395	275	350	330	340
Griechenland	Mill. EUR	41	44	54	41	39	37	33	40	36
Großbritannien	Mill. EUR	245	237	234	240	230	188	196	202	184
Irland	Mill. EUR	15	13	12	10	11	8	8	7	8
Italien	Mill. EUR	268	265	294	288	238	166	227	236	213
Niederlande	Mill. EUR	198	228	229	234	198	183	193	188	178
Österreich	Mill. EUR	145	153	150	153	156	124	131	135	128
Schweden	Mill. EUR	67	66	66	75	58	42	48	49	47
Spanien	Mill. EUR	210	215	208	186	178	132	186	163	152
Portugal	Mill. EUR	22	27	32	26	21	20	20	18	17
* Afrika	Mill. EUR	74	83	103	87	81	55	54	117	98
* Amerika	Mill. EUR	396	542	415	494	301	280	224	406	597
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	279	325	203	190	170	273	493
* Asien	Mill. EUR	364	418	437	420	430	340	344	432	418
darunter nach China	Mill. EUR	76	79	73	75	56	82	93	107	102
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	36	43	24	19	22	25	31

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 424	2 250	2 194	1 675	1 790	1 946	1 913
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	195	206	199	182	190	238	162
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 786	1 860	2 040	1 861	1 825	1 340	1 452	1 550	1 612
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	192	38	197	65	80	72	73
* Halbwaren	Mill. EUR	237	278	346	327	276	193	186	152	229
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 502	1 496	1 352	1 081	1 186	1 326	1 310
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	414	432	333	281	299	392	365
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 089	1 065	1 019	801	887	934	945
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 855	1 716	1 709	1 252	1 344	1 498	1 465
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 529	1 488	1 382	1 077	1 162	1 309	1 271
Belgien	Mill. EUR	256	254	248	281	230	189	191	186	209
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	46	49	27	34	35	94	38
Dänemark	Mill. EUR	43	27	25	12	55	21	24	37	21
Finnland	Mill. EUR	12	11	14	10	8	13	8	7	8
Frankreich	Mill. EUR	246	256	264	257	233	159	207	182	193
Griechenland	Mill. EUR	6	7	4	4	9	5	9	3	6
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	77	82	88	63	65	118	65
Irland	Mill. EUR	11	7	3	6	8	9	7	6	8
Italien	Mill. EUR	135	129	111	133	118	97	114	124	134
Niederlande	Mill. EUR	238	273	352	276	238	154	156	170	217
Österreich	Mill. EUR	66	71	72	68	70	57	57	68	64
Schweden	Mill. EUR	43	46	47	43	31	22	27	31	31
Spanien	Mill. EUR	81	75	81	75	70	60	67	86	87
Portugal	Mill. EUR	11	14	13	14	13	15	13	10	13
* Afrika	Mill. EUR	32	34	31	36	33	29	21	23	16
* Amerika	Mill. EUR	209	210	214	212	190	153	167	176	174
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	138	128	123	107	115	123	118
* Asien	Mill. EUR	260	283	320	280	254	238	253	245	255
darunter aus China	Mill. EUR	26	131	160	141	135	108	106	117	101
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	4	5	8	3	5	4	4

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

Einheit	2007	2008			2009					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 582	3 189	3 070	3 739	3 582	3 415	3 105
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	3 095	2 942	4 083	2 840	2 776	2 898	3 833

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
* Insgesamt	Anzahl	615	592	620	555	545	686	654	682	582
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	107	130	96	98	118	117	105	77
* Verbraucher	Anzahl	371	355	359	341	353	379	418	425	372
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	113	102	82	155	92	126	111
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	15	16	18	16	12	34	27	26	22
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	106	94	62	353	212	97	207

HANDWERK²⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	96,4	98,5	96,8	95,7	95,4	97,1	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	105,5	107,8	113,0	85,8	102,9	104,9	...

PREISE

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	106,2	105,7	106,2	106,1	106,9	106,4	106,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	103,5	103,5	103,5	103,9	104,0	104,0	104,2

VERDIENSTE⁶⁾

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
* Bruttomonatsverdienste ⁷⁾ der vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienst- leistungsbereich	EUR	3 294	3 391	3 058	3 094	3 096	3 123	3 102	3 142	3 169
* männlich	EUR	3 480	3 582	3 214	3 256	3 257	3 285	3 251	3 297	3 328
* weiblich	EUR	2 803	2 890	2 648	2 668	2 673	2 703	2 715	2 744	2 762
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 497	3 615	3 164	3 224	3 222	3 240	3 139	3 178	3 223
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 183	3 241	2 958	3 011	3 044	3 046	3 057	3 070	3 039
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 572	3 697	3 224	3 279	3 269	3 284	3 199	3 202	3 247
* Energieversorgung	EUR	4 897	4 951	4 167	4 227	4 192	4 285	4 278	4 346	4 343
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 798	2 870	2 620	2 756	2 701	2 696	2 673	2 702	2 704
* Baugewerbe	EUR	2 888	3 002	2 681	2 786	2 848	2 885	2 620	2 886	2 948
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 145	3 226	2 981	2 999	3 003	3 037	3 074	3 116	3 131
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 133	3 204	2 903	2 918	2 918	2 934	2 941	3 001	3 040
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 664	2 739	2 525	2 533	2 530	2 579	2 541	2 581	2 587
* Gastgewerbe	EUR	1 980	1 984	1 944	1 909	1 901	1 924	1 928	1 938	1 927
* Information und Kommunikation	EUR	4 199	4 192	3 799	3 829	3 804	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 234	4 356	3 659	3 724	3 708	3 742	3 807	3 804	3 796
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 382	3 347	3 085	3 020	2 962	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und tech- nischen Dienstleistungen	EUR	3 612	3 714	3 345	3 395	3 379	3 404	3 439	3 432	3 418
* Erbringung von sonstigen wirt- schaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 879	1 922	1 818	1 870	1 850	1 871	1 879	1 891	1 902
* öffentliche Verwaltung, Verteidi- gung; Sozialversicherung	EUR	3 044	3 117	2 930	2 943	2 995	3 011	3 053	3 103	3 136
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 748	3 803	3 699	3 708	3 728	3 727	3 735	3 854	3 884
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 260	3 334	3 051	3 100	3 100	3 157	3 195	3 217	3 218
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 151	3 217	3 000	3 030	3 009	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 623	2 700	2 502	2 521	2 522	2 612	2 589	2 622	2 621

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639	112 534	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682	11 421	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275	11 892	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682	89 221	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925	103 339	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167	95 489	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758	7 850	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714	9 195	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226	104 036	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464	35 897	...
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778	33 558	...
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197	7 582	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787	26 999	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204	101 786	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988	99 590	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216	2 196	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022	2 250	...

STEUERN

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	3 151	3 729	2 561	2 432	2 814	3 557	2 369
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	902	1 622	753	489	782	1 552	626
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	918	825	550	482	872	833	529
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	407	-	-	-	386	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	- 20	481	15	- 24	- 10	404	- 7
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	18	80	65	13	11	30	30
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	72	20	116	22	68	16	87
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	42	-	0	0	46	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	- 87	217	7	- 3	- 158	269	- 13
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	- 67	-	-	-	- 3	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	2 249	2 107	1 808	1 943	2 032	2 005	1 743
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	407	443	382	477	528	464	402
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 843	1 664	1 427	1 465	1 504	1 541	1 341
Zölle	Mill. EUR	156	161	176	159	143	152	139	136	137
Bundessteuern⁴⁾	Mill. EUR	78	78	65	162	56	96	101	175	100
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	30	68	8	29	32	55	7
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	25	84	37	24	24	79	30

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund.

noch STEuern

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	83	82	147	45	37	42	39
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	- 0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	19	18	22	15	53	9	8	8	7
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	16	17	17	21	15	17	15
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	Mill. EUR	41	40	31	33	58	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	12	12	16	12	11	11	14
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	0	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	2	2	3	3	2	3	3

Gemeindesteuern

Einheit	2007	2008			2009				2010	
	Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	Jan.	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	516	523	537	520	505	460	478	392	385
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	4	6	4	5	5	5	3
Grundsteuer B	Mill. EUR	104	106	111	120	96	89	118	120	99
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	399	404	410	385	399	358	347	256	275
sonstige Gemeindesteuern ²⁾	Mill. EUR	9	9	11	9	7	9	7	11	8

Steuerverteilung
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

	Mill. EUR	753	826	780	831	1 024	502	730	655	874
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	320	326	339	319	264	351	290	184	196
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	281	344	283	338	592	45	280	295	513
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	34	37	31	39	62	4	29	40	55

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2007	2008		2009			2010			
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	733	765	696	1 006	709	511	618	970	570
Landessteuern	Mill. EUR	97	94	83	82	147	45	37	42	39
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	331	372	325	610	326	153	263	573	267
Lohnsteuer	Mill. EUR	219	235	338	252	234	153	316	249	226
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	39	54	- 8	204	6	- 10	- 4	172	- 3
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	21	27	7	37	31	2	0	11	12
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴⁾	Mill. EUR	17	21	32	9	51	10	30	7	38
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	35	- 43	108	4	- 2	- 79	134	- 6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	286	280	286	260	239	279	315	321	266
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	199	195	172	177	221	244	251	195
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	75	81	91	88	63	58	70	69	70
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	1	12	- 1	8	1	8	- 0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	6	- 0	3	0	3	- 0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	10	11	1	29	- 1	18	2	18	- 1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	6	- 0	4	0	4	- 0

Steuereinnahmen des Bundes

Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 485	1 578	1 629	1 987	1 323	1 318	1 473	1 905	1 257
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	65	162	56	96	101	175	100
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	386	427	378	711	327	208	322	682	268
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 016	1 068	1 184	1 102	941	1 005	1 049	1 040	889
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	5	1	12	- 1	8	1	8	- 0

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

Februar

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden
am 30. Juni 2009

Bestellnr.: A1033 200921

Einbürgerungen 2009

Bestellnr.: A1093 200900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher
Betriebe 2009 (endgültiges Ergebnis
der Bodennutzungshaupterhebung)

Bestellnr.: C1023 200900

Viehbestände landwirtschaftlicher
Betriebe am 3. November 2009
(endgültiges Ergebnis)

Bestellnr.: C3043 200900

Viehbestände landwirtschaftlicher
Betriebe am 3. November 2009
(vorläufiges Ergebnis)

Bestellnr.: C3063 200900

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2009

Bestellnr.: D1013 200900

Gewerbeanzeigen im Dezember 2009

Bestellnr.: D1023 200912

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im Dezember 2009

Bestellnr.: E1023 200912

Index des Auftragseingangs
für das verarbeitende Gewerbe
im Dezember 2009

Bestellnr.: E1033 200912

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im November 2009

Bestellnr.: E4023 200911

Energiebilanz und CO₂-Bilanz 2007

Bestellnr.: E4123 200700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen 2009

Bestellnr.: F2023 200900

Baugenehmigungen im
Dezember 2009

Bestellnr.: F2033 200912

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz
im Handel und im Gastgewerbe
im Dezember 2009

Bestellnr.: G1023 200912

Aus- und Einfuhr 2008

Bestellnr.: G3013 200800

Aus- und Einfuhr im November 2009

Bestellnr.: G3023 200911

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im November 2009

Bestellnr.: G4023 200911

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle
im November 2009

Bestellnr.: H1023 200911

Bestand an Kraftfahrzeugen
und Kfz-Anhängern nach Gemeinden
am 1. Januar 2009

Bestellnr.: H1053 200900

Binnenschifffahrt im November 2009

Bestellnr.: H2023 200911

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das
3. Vierteljahr 2009 – Kassenergebnisse

Bestellnr.: L2023 200943

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in
Rheinland-Pfalz und in Deutschland
im Januar 2010

Bestellnr.: M1013 201001

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur
im Dezember 2009

Bestellnr.: Z1013 200912

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte

Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Februar 2010

Bestellnr.: Z2201 201002

CD-ROM: Schulverzeichnis für
allgemeinbildende Schulen in
Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2009/2010

B1004C 201000

CD-ROM: Schulverzeichnis für
berufliche Schulen und Schulen
des Gesundheitswesens in
Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2009/2010

B2004C 201000

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Pflegestatistik 2007 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich
K5025E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und

Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2008 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 – Berechnungsstand: August 2008/Februar 2009
P1225E 200900

CD-ROM: Gemeindeverzeichnis – Anschriften, Schlüsselnummern, Eck-

daten für alle Gemeinden Deutschlands – Stand: 31. Dezember 2008
A5015C 200800

Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland – Ausgabe 2009
Z1015 200900

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Iris Stadler und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.